

# Info-Blatt 72

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Juni 2008



# migrare - reisen



Liebe Leserinnen und Leser,

Migration ist ein Thema, das nicht nur in unseren Partnerländern in Mittelamerika eine ungeheure Bedeutung hat, sie begegnet uns auch täglich in Europa. Im Fernsehen wird berichtet, auf der Straße treffen wir Migrant\_innen und in München gibt es zur Zeit Bemühungen, mit der „Save Me“-Kampagne dem Thema Flüchtlinge in der lokalen Öffentlichkeit und Politik mehr Resonanz zu verschaffen. Bei der Beschäftigung mit dem Thema „migrare – reisen“ haben wir uns vor allem auf die Aspekte von Mobilität – Migration und Tourismus – konzentriert. Unterschiede, aber vor allem auch Gemeinsamkeiten zwischen den Reisenden, den Migrant\_innen und den Tourist\_innen, haben uns interessiert. Wir hoffen, mit diesem etwas anderen Blickwinkel auf das Geschehen wegzukommen von der Gefahr der Verengung, in die man unserer Meinung nach gerät, wenn man sich zu sehr auf die Opfersituation der Migrant\_innen konzentriert. Es geht uns auch darum, unsere eigene Situation als Tourist\_innen und Brigadist\_innen in diesem Zusammenhang kritisch zu reflektieren. Hierfür stehen die Artikel „Das Erlebnis der Grenze“ und „Politisch korrekter Urlaub im Dschungelcamp?“. Dass die Reisen der Migrant\_innen häufig gefährlich sind, steht außer Frage. Beispielhaft dafür ist die Situation der Zentralamerikaner\_innen, die auf dem Landweg durch Mexiko versuchen, in die USA zu gelangen. Davon handeln der Artikel „Auf gefährlichen Wegen“ und das Interview mit dem Filmemacher Uli Stelzner. Außerdem beleuchten wir die oben schon erwähnte „Save Me“-Kampagne mit zwei Beiträgen. Wir hoffen mit der Vielzahl der Aspekte, die in diesen Artikeln angeschnitten werden, ein wenig zur Diskussion des Themas Migration beizutragen.

Seit Oktober 2007 laufen zwischen der EU und den zentral-amerikanischen Staaten Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen. Wie schon bei den CAFTA-Verhandlungen mit den USA geht es hierbei kaum um die Interessen der Bevölkerung Zentralamerikas, sondern um diejenigen der Konzerne aus den Industrieländern. Hierzu stellen wir die Kampagne „kolonisiert – koffeiniert – assoziiert“ des Ökumenischen Büros vor und dokumentieren beispielhaft in einem Interview mit Omar Salazar von ASEPROLA aus Costa Rica die ablehnende Haltung der sozialen Organisationen der Region.

Über ein Thema aus Zentralamerika, dem wir uns leider immer wieder widmen müssen, den Privatisierungsbestrebungen im öffentlichen Sektor, berichtet der Artikel „Teure Pillen und wache BürgerInnen“. Ein neuer Gesichtspunkt zur Regierung Daniel Ortega in Nicaragua steht im Mittelpunkt unseres Interviews mit Vilma Núñez von der Menschenrechtsorganisation CENIDH. Es geht um die zunehmend kritische Einstellung von Organisationen der Zivilgesellschaft gegenüber der Regierung.

Kunst machen in einer Stadt, in der die Bürger\_innen damit leben müssen, dass in den letzten Jahren Hunderte von Frauen ermordet worden sind und die Schuldigen unbehelligt blieben, dies ist die Situation der Theatergruppe „Telón de Arena“ aus Ciudad Juárez in Mexiko.

*Das Redaktionskollektiv*

## Inhaltsverzeichnis

### migrare - reisen

Warum das Meer wagen, wenn man im Flugzeug reisen kann?	3
Die Reaktionsweisen von Migrationswilligen auf die Grenzregime	7
Das Erlebnis der Grenze	11
Politisch korrekter Urlaub im Dschungelcamp?	17
Von Grenzsituationen zentralamerikanischer MigrantInnen in Mexiko und warum die Migration ein Teufelskreis ist	19
„Asalto al sueño“ – Angriff auf den Traum	21
save me	25

### Assoziierungsabkommen EU Zentralamerika

EU neokolonial in Zentralamerika	28
Interview mit Omar Salazar, ASEPROLA	29

### El Salvador

Teure Pillen und wache BürgerInnen	33
------------------------------------	----

### Mexiko

Über das Theater, das wir machen	36
----------------------------------	----

### Nicaragua

Systematische Einschränkung des Spielraums	37
--	----

**Impressum:** Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45

Telefax: 089 - 48 76 73

E-mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)

Homepage: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)

**Redaktion und Layout:** Angelika Haas (ah), Babs Kwapkowski, Dettel von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach, Kaus Pinzek, Marianne Walther, Miriam Stumpfe (ms), Philip Zölls, Ruth Weizel, Zara Pfeiffer (zp)

**Fotos:** Ökumenisches Büro

**Druck:** ulenspiegel druck gmbh, Andechs

Auflage: 1.000

Onlineausgabe unter [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt  
München  
Kulturreferat

# Warum das Meer wagen, wenn man im Flugzeug reisen kann?

Von migrantischen und touristischen Reisewegen

(redkol/zp) Der Flughafen Frankfurt ist ein Drehkreuz der Mobilität. Täglich verkehren hier durchschnittlich 144.600 Reisende: Tourist\_innen, Geschäftsreisende, Migrant\_innen, die abfliegen, ankommen, zwischenlanden ...

Die unterschiedlichen Typen von Reisenden, die wir am Flughafen beobachten, entsprechen den Bildern, die wir uns von ihnen machen. Während Geschäftsreisende als Zeichen für ihren Status schicke kleine Trolleys hinter sich herziehen, sind die klassischen Markenzeichen von Tourist\_innen die Sonnenbrille und der Fotoapparat. Migrant\_innen lassen sich unschwer an ihren riesigen Koffern und billigen Plastiktaschen erkennen. Flüchtlinge sind am Flughafen unsichtbar.

Wir haben den Flughafen Frankfurt als Ausgangspunkt gewählt, um uns mit dem Thema Reisen in den Ausprägungen Tourismus und Migration zu beschäftigen. So unterschiedliche Formen von Mobilität wie Migration und Tourismus aus der Perspektive des Reisens zu betrachten ist nicht ganz unproblematisch, liegt doch die spontane Antwort auf die Frage nach den Gemeinsamkeiten von Tourist\_innen mit Migrant\_innen und Flüchtlingen auf der Hand: keine. Oder zumindest sehr wenig. Bei Flüchtlingen steht das *weg von* im Vordergrund, sie fliehen vor existentieller Bedrohung. Migrant\_innen dagegen wandern (lat. *migrare* = wandern) *hin zu* einem bestimmten Ort, um sich neue Perspektiven zu eröffnen. Mit Tourist\_innen, die zu ihrem individuellen Vergnügen reisen, haben beide erst mal nichts gemeinsam.

So einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint, hat sich uns das Ver-

hältnis zwischen Migration und Tourismus jedoch nicht dargestellt. Um den Parallelen und Widersprüchen auf den Grund zu gehen, wollen wir im Folgenden ausgehend vom Frankfurter Flughafen Orte aufsuchen, an denen sich migrantische und touristische Reisewege begegnen, kreuzen oder überlappen.

Abflug: Frankfurt Flughafen –  
Ankunft: Kanaren  
3200 km – 4:00 h

Während die Kanarischen Inseln hierzulande bis vor einigen Jahren nahezu ausschließlich als touristisches Reiseziel imaginiert wurden, haben Medienberichte in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass am Bewusstseins-horizont der touristischen Sonne-Strand-Meer-Kulisse zunehmend überfüllte Boote mit Flüchtlingen aus Afrika auftauchen. Vor allem im Sommer 2006 häuften sich die Berichte über die so genannten 'boat people', die von Marokko, Mauretanien oder dem Senegal aus versuchen, die Strände der Kanaren zu erreichen. In der Tat sind die Kanarischen Inseln ein Ort, auf den sich die Träume afrikanischer Migrant\_innen von einem besseren Leben in Europa und die Urlaubsträume europäischer Tourist\_in-

nen gleichermaßen richten. Nach dem gescheiterten „Sturm“ auf die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Sommer und Herbst 2005 stieg die Beliebtheit der Kanarischen Inseln als Etappenziel in die EU im Jahr 2006 vorübergehend rapide an.

Weil die Grenzkontrollen immer enghaschiger werden – das Budget der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist der am stärksten wachsende Haushaltsposten der EU<sup>1</sup> –, werden die Routen länger, die Boote kleiner und somit die Überfahrten gefährlicher. Nach Schätzungen der kanarischen Regionalregierung starben im Jahr 2006 etwa 6.000 Menschen beim Versuch der Überfahrt.

Die jährlich knapp zehn Millionen Tourist\_innen, die auf den Kanaren ihren Urlaub verbringen, stolpern bisweilen über das Strandgut gekenterter Boote, das die menschlichen Tragödien erahnen lässt, die sich im selben Meer abspielen, in dem sie zu baden pflegen. Und auch wenn versucht wird, Flüchtlinge und Tourist\_innen, so gut es geht, räumlich voneinander zu trennen, indem die Auffanglager in entlegene Inselteile gelegt werden, nutzen viele Tourist\_innen – ange- lockt von der Berichterstattung – die Gelegenheit, das Schauspiel der einlaufenden Boote mit den Flüchtlingen



Out of Africa: Tourist\_innen beim Fotografieren von Flüchtlingsbooten auf den Kanaren

<http://de.youtube.com>

am Hafen mit eigenen Augen zu sehen und ganz in touristischer Manier auch zu fotografieren. Die Anwesenheit der Flüchtlinge scheint dem Tourismus kaum zu schaden, im Gegenteil bringen die Schlagzeilen über die Problematik die Kanarischen Inseln – frei nach dem Motto, es gibt keine negative Werbung – als mögliches Urlaubsziel verstärkt ins touristische Bewusstsein.

Der migrantische Aufenthalt im Auffanglager gleicht dem touristischen Aufenthalt im Hotel ebenso wenig im Komfort wie die Art der Anreise. Bei beiden handelt es sich jedoch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur um ein kurzes Intermezzo auf den Kanarischen Inseln. Für die Tourist\_innen geht es zurück in den gleichen Alltag, aus dem sie nur wenige Wochen zuvor abgereist waren. Für die Migrant\_innen dagegen geht es mit ein wenig Glück und der richtigen Geschichte nicht zurück nach Afrika, sondern weiter in Richtung Europa. Da das spanische Gesetz eine Vierzigtagfrist für die Freilassung von undokumentierten Migrant\_innen vorschreibt, werden diese per Flugzeug nach Madrid geflogen, wo sie dann einen Ausweisungsbescheid ausgehändigt bekommen, der bei Migrant\_innen, deren Identität und Herkunftsland unbekannt sind, nicht vollstreckt werden kann, der aber auch keine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung beinhaltet. In der Praxis bedeutet dies, dass sie mit diesem Papier, einer Cola, einem Fahrschein und der Adresse einer privaten Hilfsorganisation sich selbst überlassen werden. Herzlich willkommen als flexibilisierte, billige und ausbeutbare Arbeitskraft.

Abflug: Frankfurt Flughafen –  
Ankunft: Almería  
1710 km – 5:30 h

Insbesondere der Süden Spaniens hat einen enormen Bedarf an genau diesen Arbeitskräften. Zum Beispiel im Obst- und Gemüseanbau, der sich in der Region rund um El Ejido und Almería über 35.000 Hektar unter einem Meer von Plastikplanen erstreckt. Auf diesen Plantagen arbeiten über das Jahr verteilt rund 90.000 Beschäftigte, 96 Prozent sind Migrant\_innen, viele von ihnen ohne Papiere.<sup>2</sup> Vor dem Beitritt Spaniens zum Schengenraum kamen viele Marok-

kaner\_innen zur Ernte nach Spanien, um am Ende der Saison mit dem verdienten Geld nach Marokko zurückzukehren. Mit der Einführung des Visumzwangs ist dieses Pendeln zwischen der afrikanischen und der europäischen Küste nicht mehr so einfach möglich, weshalb viele, die zuvor nur saisonal zum Arbeiten nach Spanien kamen, sich nun dauerhaft ohne Papiere in Spanien aufhalten.

Die Migrant\_innen ohne Papiere sind aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der touristischen Dienstleistungs- und Bauindustrie als billige und flexible Arbeitskräfte des Tourismusgeschäfts willkommen. Willkommen ist auch eine andere Gruppe von Migrant\_innen, die sich ohne offizielle Aufenthaltsgenehmigung im Süden Spaniens aufhalten: die so genannten *vacacionistas*, Tourist\_innen, die sich im Urlaubsgebiet niedergelassen und dauerhaft im Urlaub eingerichtet haben. Dem Urlaubsgefühl dieser touristischen Resident\_innen würde es wohl widersprechen, sich bei den Behörden zu melden, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen, weshalb dies faktisch auch kaum jemand macht, auch wenn sie trotz europäischer Freizügigkeit dazu verpflichtet wären. Im Gegensatz zu den undokumentierten Migrant\_innen, die weitgehend unsichtbar bleiben, ist die Anwesenheit der inoffiziellen Resident\_innen kaum zu übersehen. Sie leben vor den Kulissen des Tourismus, die zu nicht unerheblichen Teilen von der Arbeit der Migrant\_innen aufrecht erhalten werden, deren Leben sich zu überwiegenden Teilen hinter diesen Kulissen abspielt. Von Seiten der spanischen Behörden werden beide Formen des undokumentierten Aufenthalts aus vermutlich wirtschaftlichen Gründen weitgehend ignoriert: bei den Migrant\_innen geht es um die billige Arbeitskraft, bei Resident\_innen um das Geld, das sie ins Land bringen.

Im Fall der Resident\_innen kommt es zu einer Verschiebung, die die herkömmlichen Kategorien von Migrant\_innen und Tourist\_innen auf den Kopf stellt. Tourist\_innen werden hier zu Einwanderer\_innen, die sich im Dauerurlaub mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus niederlassen. Aber auch die Kategorien Flüchtling und Mi-

grant\_in bleiben nicht ohne Brüche: der Großteil der in Spanien lebenden Migrant\_innen reist nicht klandestin mit dem Boot, sondern ganz offiziell mit Touristenvisum ein. Laut einer Erhebung des Spanischen Instituts für Statistik aus dem Jahr 2007 sind von allen, in Spanien lebenden Migrant\_innen gerade einmal 1 Prozent mit dem Boot eingereist, 62,7 Prozent dagegen mit dem Flugzeug. Die meisten Migrant\_innen kommen aus Lateinamerika (41,3 %), aus der EU (20,5 %) und nur 15 Prozent aus Afrika. Und auch unter den Afrikaner\_innen sind nur 6,3 Prozent mit dem Boot nach Spanien gekommen.<sup>3</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung ist jedoch eine andere. Die übervollen Boote mit Flüchtlingen, die an den Außengrenzen der Festung Europa ihr Leben riskieren, dominieren eine Debatte, die zwischen Mitleid mit *diesen armen Opfern* und der realistischen Einsicht in *Notwendigkeiten* schwankt. *Das Boot ist voll*, bei aller Menschenliebe können nicht alle Flüchtlingsboote im Boot EU aufgenommen werden. Die Bilder von den vollen Booten schreiben nicht nur den Opferstatus der Flüchtlinge fest, sondern unterstreichen gleichzeitig die *Notwendigkeit* der Festung Europa. Auf der einen Seite müssen die Flüchtlinge vor *bösen* Schlepper\_innen und Schleuser\_innen *beschützt* werden, die ihnen ihr letztes Geld abnehmen, um sie dann auf dem Meer ihrem Schicksal zu überlassen. Auf der anderen Seite kann Europa – beim besten Willen selbstverständlich – nicht alle aufnehmen, die gerne kommen wollen. Die zunehmende Überwachung an den Außengrenzen der EU ist also im Grunde genommen ein Akt der Menschlichkeit, dient sie doch vor allem dazu, in Seenot geratene Flüchtlingsboote aufzuspüren, um deren Passagiere vor dem Ertrinken zu retten. Auch die Lager, die an den Rändern der EU und mit deren Unterstützung gebaut werden, dienen vor allem dazu, die Migrant\_innen davor zu bewahren, ihr Leben zu riskieren. Ebenso die von der EU finanzierten Videos, die den Menschen schon in ihren Heimatländern vor Augen führen sollen, dass ihre Kinder auf dem Weg nach Europa ihr Leben riskieren dafür, dass sie in Europa keineswegs das er-

hoffte bessere Leben erwartet, sondern Verfolgung durch die Polizei und Rassismus.<sup>4</sup> Statt die Reise- und Lebensbedingungen der Migrant\_innen jedoch zu kritisieren oder gar zu verändern, zielen die Maßnahmen der EU darauf ab, diese zu instrumentalisieren, um die Migrant\_innen davon abzuhalten, in die EU zu gelangen.

Abflug: Frankfurt Flughafen –  
Ankunft: Neapel  
1111 km – 2:10 h

Italien als das Land, mit dem die BRD 1955 den ersten Anwerbevertrag für Gastarbeiter\_innen geschlossen hat, war gleichzeitig das erste große Reiseziel des in den 1950er Jahren einsetzenden westdeutschen Massentourismus. Arbeitsmigration und Tourismus standen in einem komplementären Verhältnis zueinander: die Herkunftsländer der Gastarbeiter\_innen waren gleichzeitig die Urlaubsziele deutscher Tourist\_innen. Anders als geplant kehrten viele Gastarbeiter\_innen aber nicht nach einigen Jahren in ihre Herkunftsländer zurück, sondern ließen sich dauerhaft in der BRD nieder und wurden nach einigen Jahren selbst zu Urlauber\_innen in der alten Heimat. Andere wiederum kehrten nach einigen Jahren in ihre Herkunftsländer zurück, um dort im Tourismus tätig zu werden und mit dem ersparten Geld ein Hotel oder Restaurant aufzumachen. Und auch unter den Tourist\_innen gab es einige, die sich dauerhaft im Urlaubsland niedergelassen haben, um entweder ihren Lebensabend dort zu verbringen oder um selbst in der Tourismusbranche tätig zu werden.

In der BRD waren die italienischen, griechischen oder türkischen Restaurants, die ein wenig Urlaubsflair in die deutschen Städte brachten, meistens willkommen, die Migrant\_innen selbst dagegen häufig weniger. Aber auch die Tourist\_innen waren durchaus nicht immer in den Reiseländern willkommen. Interessanterweise ähnelt die Kritik am Tourismus, insbesondere dem Massentourismus, in vielen Bildern und Motiven den Abwehrreaktionen auf Migrant\_innen. Von einer Flut von Tourist\_innen ist die Rede, welche die Kultur in den Reiseländern zerstöre ...

Inzwischen sind viele der Herkunftsländer ehemaliger Gastarbeiter\_innen selbst zu Einwanderungsländern geworden. Und Italien mit seinen knapp 7.500 Kilometern Küste ist für viele Migrant\_innen längst nicht mehr nur Durchgangsstation, sondern auch Ziel der Reise. Verschoben haben sich in den letzten Jahrzehnten aber nicht nur die Migrationsbewegungen und -richtungen, sondern auch die europäischen Migrations- und Grenzpolitiken. Insbesondere das Vertragswerk von Schengen hat zu einer deutlichen Veränderung von Mobilitäten und Grenzen in Europa beigetragen. Während die Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten des Schengenraumes weitgehend aufgehoben wurden, kam es zu einer gleichzeitigen Aufrüstung und Vorverlagerung der Außengrenze und zu einer Ausweitung von Grenzzonen und -praktiken im Inneren. Für inner-europäische Tourist\_innen bedeutet dieser Wandel in der Praxis meist mehr Bewegungsfreiheit, da lästige Grenzkontrollen bei der Fahrt in den Urlaub wegfallen. Für (vor allem undokumentierte) Migrant\_innen bedeutet derselbe Wandel in erster Linie eine Zunahme von Unsicherheit, welche das Mehr an Bewegungsfreiheit wieder aufhebt. Durch die Ausweitung der Grenzlinien auf Grenzräume werden Grenzen weniger an bestimmte Orte, sondern an bestimmte Praktiken gekoppelt, mit dem Effekt, dass sich Grenzkontrollen weniger genau vorhersagen und somit weniger

gut umgehen lassen. Hinzu kommt, dass es zunehmend schwieriger wird und mehr Ressourcen erfordert, die Außengrenze der EU zu überwinden. Mit dem Begriff Festung soll genau diese Situation verdeutlicht werden.

Die Festung Europa aber ist weit aus durchlässiger, als es der Begriff suggeriert und die Wege der Migrant\_innen weitaus vielfältiger. *Die Festung Europa ist löchrig wie ein Schweizer Käse.* Das wissen auch die Migrant\_innen, die sich immer neue Wege einfallen lassen (müssen), um in die EU zu gelangen. Zwar werden manche Grenzübergänge immer undurchlässiger und die zunehmende Überwachung führt dazu, dass die Routen für die Migrant\_innen immer gefährlicher werden, aber stoppen lassen sich die Migrationsbewegungen auf diese Weise nicht. Die These von der Autonomie der Migration beschreibt genau diese Situation. Migration ist nicht das alleinige Ergebnis von Angebot und Nachfrage, von Push- und Pull-Faktoren, Migration lässt sich nicht einfach an- und wieder abstellen. Migration, das sind Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen – mehr oder weniger freiwillig – auf den Weg machen, um woanders zu leben.

Endstation: Frankfurt Flughafen  
100 m – 43 Tage?

Der Flughafen ist ein riesiger  
Warteraum: man wartet auf das Ein-



Festung Europa

checken, das Boarding, den Abflug, auf den Anschlussflug, das Gepäck, die Passkontrolle etc. Dieses Warten gestaltet sich jedoch nicht für alle Menschen gleich. Komfort und Dauer der Wartezeit unterscheiden sich entlang von Ticket, Pass und Hautfarbe. Nicht nur die Warteräume von Erste-Klasse-Passagieren sind wesentlich komfortabler, auch die Wartezeiten sind wesentlich kürzer als von Passagieren, die in der Economy Class reisen. Je nachdem, welchen Pass ich vorzeigen kann und aus welchem Land ich gerade komme, werde ich bei den Pass- und Zollkontrollen mehr oder weniger schnell durchgewunken. Bei einem deutschen, französischen oder US-amerikanischen Pass ist die Wartezeit im Schnitt deutlich kürzer als bei einem algerischen, indischen oder senegalesischen Pass. Und Passagiere von Flügen aus *flüchtlingsrelevanten* Ländern wie zum Beispiel Algerien oder Afghanistan werden vom BGS besonders genau unter die Lupe genommen, um Personen herauszufiltern, deren Einreisewunsch als „offensichtlich unbegründet“ eingestuft wird.<sup>5</sup>

Für Reisende ohne gültige Papiere, die bei ihrer Ankunft um Asyl bitten, bedeutet der Flughafen Frankfurt erst einmal Endstation. Sie dürfen nicht in die BRD einreisen, sondern werden im Transitbereich interniert und dem so genannten Flughafenverfahren unterzogen, was die *Rückführung* im Falle einer Ablehnung des Asylantrags erheblich erleichtert, weil sie sich nicht auf den gesetzlichen Schutz eines Landes, der eine Einreise voraussetzt, berufen können. Die Wartezeit am Flughafen dehnt sich für diese Personen oft über mehrere Wochen und Monate aus.<sup>6</sup>

### Erkenntnisse im Warteraum

Entfernungen und Reisezeiten sind keine festen Größen. Mehrere tausend Kilometer entfernte Orte sind bisweilen leichter und schneller zu erreichen, als die wenigen Meter zu überwinden sind, die nötig wären, um den Transitbereich zu verlassen. Hier liegt auch die Antwort auf die Frage, warum das Meer wagen, wenn man im Flugzeug reisen kann: Manchmal ist es der schnellere und erfolverspre-

chendere Weg in die EU, die riskante Überfahrt in einem kleinen Boot zu versuchen, um die Kanaren zu erreichen, statt nach Frankfurt zu fliegen und dort im Transitbereich festgehalten und am Ende doch wieder zurückgeschickt zu werden. Für diejenigen, denen es gelingt, Papiere, ein Touristenvisum und ein Flugticket zu bekommen, ist es jedoch der einfachste, sicherste und schnellste Weg, als Tourist\_in einzureisen, weshalb der größte Teil der undokumentierten Migrant\_innen auch über diesen Weg in die EU kommt. Für Migrant\_innen aus dem Süden ist das Touristenvisum eine Eintrittskarte in ein neues Leben. Für Tourist\_innen aus dem Norden ist der Urlaub dagegen ein vorübergehender Ausstieg aus dem Arbeitsalltag. Auf beiden Seiten herrscht erheblicher Erfolgsdruck. Die schönsten Wochen im Jahr als Ausgleich, Antrieb und Rechtfertigung für den Alltagstrott und -stress des restlichen Jahres müssen perfekt sein, würden sie doch andernfalls diese in Frage stellen. Und auch das neue Leben der Migrant\_innen, der Wechsel auf die Seite der Gewinner\_innen, muss gelingen: die Hoffnungen, das Geld und die Mühen, die investiert wurden, machen den Weg zurück manchmal beinahe unmöglich.

Migration und Tourismus lassen sich nicht gleichsetzen, aber es gibt dennoch mehr Parallelen und Überschneidungen, als es auf den ersten Blick den Eindruck macht. Es gibt zahlreiche verschiedene Formen zu reisen und zu migrieren und die Kategorien Flüchtling, Migrant\_in, Tourist\_in lassen sich nicht immer eindeutig voneinander abgrenzen, sondern überlappen und verschieben sich bisweilen: Tourist\_innen werden zu Migrant\_innen, Flüchtlinge nutzen touristische Infrastruktur, Migrant\_innen reisen als Tourist\_innen in ihre Herkunftsländer ...

Migration und Tourismus unter der Perspektive *reisen* zu betrachten beinhaltet nicht zuletzt eine Weigerung, Migrant\_innen auf ihren Opferstatus zu reduzieren. Das bedeutet jedoch nicht, die Ursachen von Migration auszublenden oder zu leugnen, dass die Wahl, die Menschen dazu bringt, ihr Leben auf dem Meer zu riskieren, um nach Europa zu kommen, eine

beschissene ist. Warum das Meer wagen, wenn man im Flugzeug reisen kann? Weil es nach wie vor keine offenen Grenzen gibt. Mobilität für alle!

### Lesenswerte Lektüre:

- Holert, Tom/Terkessidis, Mark: *Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – von Migranten und Touristen*, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2006.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Transcript Verlag, Bielefeld, 2007.

<sup>1</sup> *Im Jahr 2006 betrug das Budget von Frontex 17,5 Millionen Euro, 2007 waren es schon 42 Millionen Euro und für das Jahr 2008 sind 70 Millionen Euro geplant.*

<sup>2</sup> *Vgl. Was hat Gemüse mit Migration zu tun? Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in der europäischen Landwirtschaft in: NoLager Bremen (Hg.): Peripherie und Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand, S. 12f. <http://no-racism.net/upload/823354996.pdf> [22.05.2008]*

<sup>3</sup> *Vgl. <http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?path=/t20/p319/a2007/10/&file=04016.px&type=pcaxis&L=0>*

<sup>4</sup> *Eines dieser Videos zeigt einen jungen Mann, der seinem offensichtlich recht wohlhabenden Vater am Telefon in Kamerun erzählt, wie gut es ihm geht in Europa. Während dieses Gesprächs werden Bilder eingeblendet, die denselben jungen Mann zeigen, wie er um Essen bettelt, auf der Straße schläft und von der Polizei verfolgt wird. Das Video, das von der Schweizer Regierung in Auftrag gegeben wurde und u. a. mit Mitteln der EU finanziert wurde, endet mit dem Slogan „Leaving is not always living“ und wurde in Kamerun und Nigeria ausgestrahlt. Ein anderes Video, das von der spanischen Regierung finanziert wurde und im senegalesischen Fernsehen ausgestrahlt wird, zeigt eine verzweifelte Mutter, die erzählt, dass sie seit acht Monaten nichts von ihrem Sohn gehört hat, der sich auf den Weg nach Europa gemacht hat. In den darauf folgenden Szene wird das Bild eines jungen Mannes gezeigt, der mit dem Gesicht nach unten auf einem Felsen liegt.*

<sup>5</sup> *Vgl. Asylverfahrensgesetz §18a (3)*

<sup>6</sup> *Im Jahr 2000 hat sich Naimah Hadjar nach 238 Tagen im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben genommen.*

# Die Reaktionsweisen von Migrationswilligen auf die Grenzregime – oder: Grenze als soziales Verhältnis

Sabine Hess

Sabine Hess (Dr.) ist Hochschulassistentin am Institut für Volkskunde und europäische Ethnologie der LMU-München. Von 2003 bis 2005 war sie Koordinatorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungs- und Kunstprojekts TRANSIT MIGRATION. Der unten stehende Text ist ein Vortrag, den sie auf der Jahrestagung Illegalität, Irreguläre Migration in europäischer Perspektive, im März diesen Jahres in Berlin gehalten hat.

Nur drei Wochen nach der Veröffentlichung des neuen EU-Positionspapiers zum Thema Grenzkontrollen unter dem netten Namen „border package“<sup>1</sup> über Praktiken von so genannten Migrationswilligen zu reden ist eine besondere Herausforderung. Und doch lässt sich das Papier, welches Frontex als neuer EU-Grenzagentur eine stärkere Rolle verspricht und neue Technovisionen einer totalen Bewegungskontrolle beinhaltet, nicht nur als Beweis der Stärke des EU-Grenzregimes lesen, sondern auch als Beweis für die Kräfte der Bewegungen der Migration. So lässt sich die Bewegung der Migration selbst im Jahr 10 nach Amsterdam und Tampere und trotz aller Verschärfungen und trotz der Milliarden Euro, die mittlerweile in die Grenzsicherung gesteckt wurden, nicht wirklich aufhalten. Das wissen auch die EU-Strategen, weshalb auf EU-Ebene schon längst auch über andere Programmatiken nachgedacht wird. Was die Vorverlagerung und Militarisierung der Grenzkontrollen jedoch auf jeden Fall mit sich bringt, ist unendliches Leid, Schrecken, Ausbeutung und Tod. Daher möchte ich auch, bevor

ich auf Praktiken und die kleinen und großen Schliche des Grenzübertritts am Beispiel unserer Forschung entlang der ägäischen Küste zu sprechen komme, uns noch einmal diese Seite ins Gedächtnis rufen, die den französischen Philosoph Etienne Balibar vom Krieg an den Grenzen sprechen lässt. Auch wenn ich im Folgenden demonstrieren will, dass die Metaphorik von der Festung Europa dahingehend in die Irre führt, dass sie die Tausende MigrantInnen verunsichtbart, die es teils unter dem Einsatz ihres Lebens in unsere westlichen und nördlichen Metropolen schaffen – so denke ich doch, dass der Krieg an den Grenzen Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein sollte. Und dieser unerklärte Krieg findet mittlerweile nicht mehr nur an den konkreten Außengrenzen statt. Seit einigen Jahren sind vielmehr mehr und

mehr die Migrationsrouten in den Fokus der Kontrolle gerückt. So ist es auch nicht ganz verfehlt, von einer neuen Neo-Kolonialisierungsphase zu sprechen, diesmal aus migrationspolitischem Interesse, wenn die Schnellboote von Frontex vor der senegalesischen Küste kreuzen und Europol mit Hilfe von UN-Organisationen für 30 Millionen Euro Migrationskontrollstellen in ganz Afrika einrichten will. Das ist auch die Zukunft der Entwicklungshilfe.

Zu welchen alltäglichen Auswüchsen und zu welcher Verrohung diese Verpolizeichung und Militarisierung der Grenzkontrollen führt, hat Pro Asyl erst jüngst wieder in einem Bericht zusammen mit griechischen Menschenrechtsorganisationen festgestellt.

Auch uns haben die Ereignisse entlang der EU-Außengrenze vor gut vier

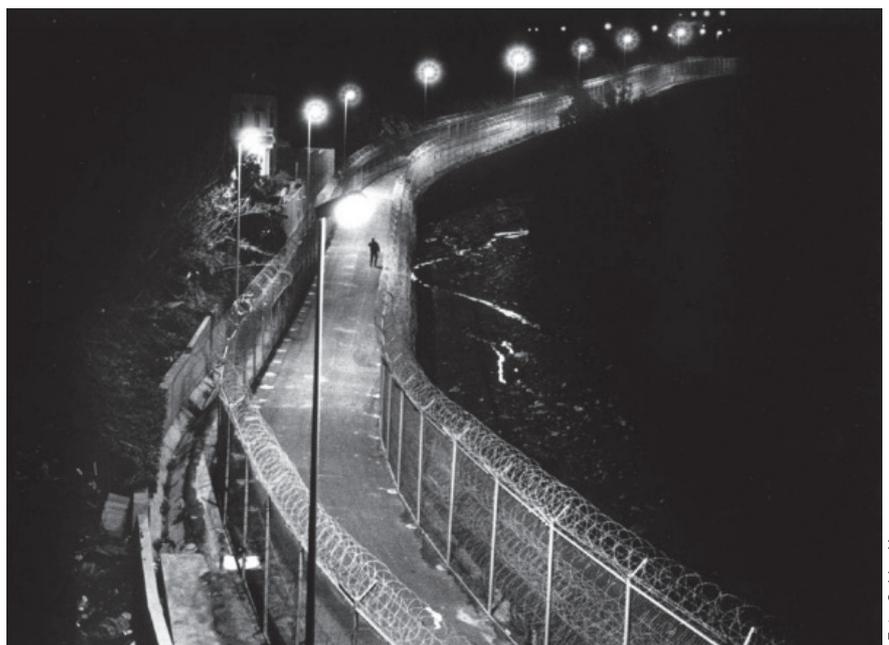


Foto: Sabine Hess

Grenzzaun

Jahren zu einem Forschungsprojekt veranlasst, das wir TRANSIT MIGRATION nannten und das ein Teil des großen Ausstellungsprojekts der Bundeskulturstiftung 2004 in Köln mit dem Titel „Projekte der Migration“ war. Der Titel war für uns Programm: so ging es uns in unseren Recherchen zum europäischen Grenzregime in der Tat prioritär um die Projekte und Strategien der Migration, die wir in den Metropolen Südosteuropas in großer Zahl antreffen konnten. Doch alsbald mussten wir feststellen, dass wir auch die Gegenseite nur verstehen konnten, wenn wir sie auch von ihrem hohen Ross der hehren Programmatiken aus Brüssel herunter holten und sie auch in den konkreten Situationen als Akteure und Praktiker wahrnahmen, die tagein tagaus mehr oder weniger mit den Kräften der Migration rangen und dabei höchst willkürlich, teils brutal, teils aber auch mit großer Empathie vorgingen.

Im Folgenden möchte ich Sie mitnehmen auf meinen kurzen Streifzug. Ich möchte auf Lesbos anfangen, wo Pro Asyl die brutalen Menschenrechtsverletzungen 2006/2007 festgestellt hat, und dann mit Ihnen den möglichen Weg eines Transitmigranten zurückverfolgen bis nach Istanbul, das einen riesigen Knotenpunkt der irregulären Migration darstellt. Was Pro Asyl leider jedoch bei ihrem Bericht nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass die allermeisten MigrantInnen, die es in diese Lager schaffen und nicht sofort – meist klandestin über den Grenzfluss Evros oder eben über die 5-Meilen-See Grenze – zurückgeschoben werden, nach drei Monaten ein Papier bekommen. Dieses Papier fordert sie auf, das Land innerhalb von zwei Wochen „freiwillig“ zu verlassen. Dabei ist der Nebensatz interessant, der auf dem „Freilassungsdokument“ steht und zwar: „in einer Richtung ihrer Wahl“. Was dies bedeutet, können Sie sich vorstellen. So überlegen sich auch die MigrantInnen selbst, ob es für sie beispielsweise vor dem Hintergrund der Dublin Konvention<sup>2</sup> rational ist, bereits hier in Griechenland einen Asylantrag zu stellen.

### „Sheep trade“ – Schafhandel

Auf der Lesbos gegenüberliegenden Seite liegt das kleine Fischerdorf

und Feriendomizil Ayvalik. Als wir im April 2004 in Ayvalik ankommen, interessiert uns jedoch weniger das touristische Treiben, sondern eine andere Mobilitätspraxis: die irreguläre Migration und das dazugehörige Transportwesen, das hierzulande eher unter den Begriffen Schleuser und Schlepper bekannt ist. Und darüber konnten uns unsere Gastgeber auch aus nächster Anschauung Geschichten erzählen: „Ja, erst letzte Woche hat mir unsere Putzfrau wieder von einem Schiff erzählt, welches mit 23 Leuten ausfuhr und schon irgendwo in der Nähe kenterte. Nur drei haben es überlebt. Die Küstenwache macht sich schon keine Mühe mehr, die gesunkenen oder gestrandeten Schiffe zu bergen, es sind so viele. Ich kann Euch zu einem hinbringen,“ meinte unser Gastgeber.

Wir gingen jedoch nicht zu dem gestrandeten Schiff, sondern zu jemandem, der den Schafhandel – wie das illegale Transportgeschäft entlang der Küste genannt wird – aus eigener Erfahrung kennt. Wir wüssten ja, warum das business so heißt? Nein, nicht wirklich, und er erzählte uns ohne Umschweife, wie es bei ihnen begann: „Wir hier an der Küste sind da reingerutscht. Anfang der 90er Jahre fing alles an, zunächst sehr klein und geheim, mittlerweile ist es ein großer Sektor. Am Anfang kamen sie alleine mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dann wurden sie mit Kleinbussen gebracht und schließlich kamen sie mit drei, vier großen Bussen, bis die Polizei es merkte. Heute werden sie in Lastwägen versteckt.“ Daher auch „sheep trade“ – sie werden zusammengepfercht wie die Schafe.

Er selbst wurde in dieses business involviert, als ihn eines Tages zwei junge Männer in seinem Hotel fragten, ob er ihnen „helfen“ könne. Sie berichteten ihm, dass ihr Boot, mit welchem sie aus Istanbul hier runter gefahren seien, von der Polizei beschlagnahmt wurde. Doch sie hätten keine Zeit, da eine Gruppe von MigrantInnen in dem nahe gelegenen Wald auf ihre Weiterfahrt wartete. Sie baten ihn, etwas zu unternehmen, um ihr Boot frei zu bekommen. Er habe ihnen jedoch nicht geglaubt und wollte sich erst selbst überzeugen. Als er von den Jungs in den Wald geführt

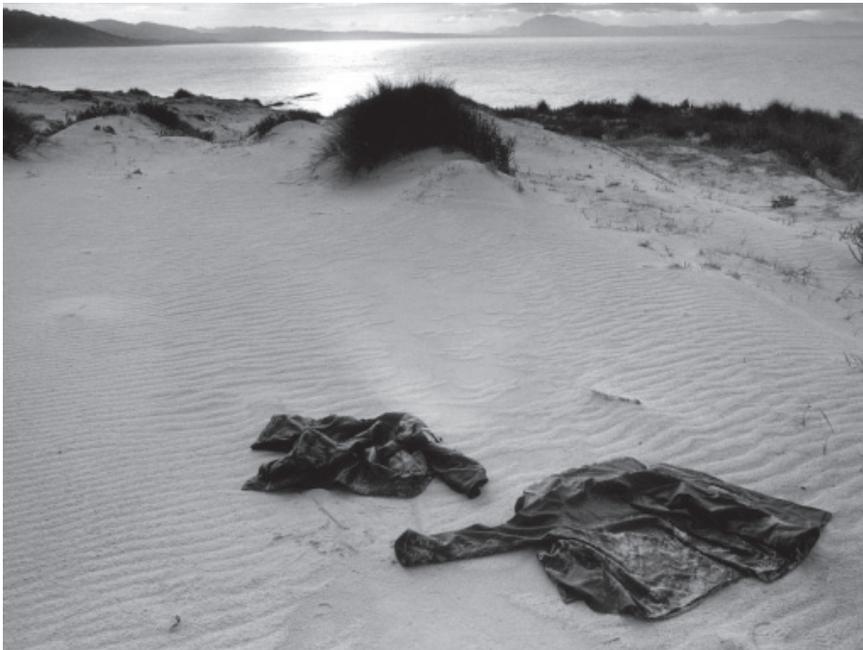
wurde, traute er seinen Augen nicht und war sichtlich schockiert, wie er uns versicherte. Denn dort – wir müssten bedenken, dass es Dezember und sehr kalt und regnerisch war – warteten Frauen und Kinder seit Tagen schon ohne Feuer und Essen auf ihre Überfahrt. Sie trauten sich einfach kein Feuer zu machen, um nicht aufzufallen. Darauf beschloss er, aktiv zu werden, und wenn's sein muss, ein Boot zu kaufen – natürlich nicht ohne mit den zwei Jungs und ihrer Gruppe die Rückzahlung auszumachen. In der Tat stachen die zwei mit der Gruppe wenige Tage später in See, wurden jedoch kurz vor Lesbos aufgegriffen und festgenommen. Die zwei Jungs hielten dicht, doch sein Geld sah er nicht mehr wieder. Erst jüngst hatte er einer anderen Gruppe aus Istanbul geholfen, 800 MigrantInnen auf einen Überseetanker zu bringen.

Auch andere Fischer der Küste erzählten uns ihre Schlepperbiografien ähnlich, wobei festzuhalten ist, dass die Fischer an der Küste das Schlussslicht eines langen dezentral organisierten Netzwerks bilden, das selbstverständlich auch mafiös organisierte Akteure beinhaltet, die gerade angesichts der Verschärfungen immer dominanter würden. Schlepper wie die Fischer verlieren das Wettrennen um Technik und Geschwindigkeit und damit verlieren Motivationen wie diese: „Wir helfen, doch in der Türkei gibt's keine Hilfe ohne Geld. Dabei sage ich Euch, dass Menschen immer fliehen werden und andere immer helfen werden.“

Auch ein Offizier der türkischen Coast Guard vertritt im Gespräch mit uns die Auffassung, dass die Grenze nicht zu kontrollieren ist. Selbst dann, wenn sie mit EU-Geldern technisch ihre Grenzkontrollen aufrüsten könnten, würde dies eher einen technischen Wettlauf mit den Schleppern forcieren, die ihnen immer eine Nasenlänge voraus wären, als dass es dazu führen würde, die Schleusungen gänzlich zu unterbinden. Und alle, mit denen wir an der Küste redeten, schienen fast dankbar, dass sich jemand für das Thema interessierte, als ob unterhalb des touristischen fröhlichen Treibens an der Ägäis ein zunehmendes Trauma den Küstenstreifen beherrscht. Denn die negativen bis tödlichen Folgen des illegalisierten

Grenzübertretts begleiteteten auch uns auf Schritt und Tritt und dies auch in Form von unbekanntem Gräbern, angespülten Leichen, vermissten Leuten, liegen gebliebenem Strandgut oder eben den konfiszierten morschen Schiffen, die wir nicht einmal auf dem Trockenen betreten wollten. So trafen wir in Bodrum auch zufällig Mike, ei-

wollten weiter nach Europa – irgendwie, mit gefälschten Pässen und 1.500 Euro in der Tasche. Über Syrien kamen sie dann in die Türkei, eine beliebte Route aus Afrika. Von drei Weiterwanderungsversuchen nach Europa erzählte er uns, mit Visa und dem Flugzeug nach Polen und Kroatien, einmal per Schiff nach Griechenland.



Strandgut

Foto: Sabine Hess

nen langjährig in Istanbul lebenden Transitmigranten, der entlang der Küste mit einem kleinen Bild in der Hand nach seinem vermissten Freund suchte. Wir verabredeten, uns in Istanbul, wo er vorübergehend wohne, wieder zu treffen.

### Vom Transit zum Wartesaal: Istanbul als Zentrum der Transitmigration

Wir hatten einen Treffpunkt in der belebten Fußgängerzone Istiklal ausgemacht, doch er kam und kam nicht. Später verstanden wir, dass er nicht in die Position des Wartenden kommen wollte – denn Warten bedeutet Stillstand und Unsicherheit, nur im Gehen in der Menge schien er sich relativ sicher zu fühlen. Mike ist seit einigen Jahren in Istanbul. Wie viele andere aus Subsahara-Afrika ging er zunächst mit einem Freund in den Libanon. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern sind alt. Doch Libanon sei nach den jahrelangen Bürgerkriegen ein chaotisches Land – sie

Doch alle scheiterten, allerdings sei ihnen damit auch das Geld ausgegangen, und neues in Istanbul zusammen zu sparen sei äußerst schwierig. Es reiche gerade für die überteuerte Miete und das Essen. So komme es, dass er immer noch hier sei.

Seit Mitte der 1990er Jahre steigt nicht nur die Zahl von Menschen aus dem Nahen Osten (v. a. Iran und Irak), die in die Türkei flüchteten und die die Türkei trotz ihrer fehlenden staatlichen Asylpolitik zu einem de-facto-Asylland machen. Auch eine zunehmend große Zahl von MigrantInnen aus Afrika und Asien nutzen die Türkei als Transitland. Ahmed Icdygu schätzt ihre Zahl auf ca. 200.000. Die geografische Lage, die laxen Visa-Bestimmungen und Einreisekontrollen haben die Türkei zu einem zentralen Transitpoint nach Europa gemacht. Dazu kommen die riesigen informellen Sektoren in den westtürkischen Metropolen im Kontext der boomenden Textilindustrie, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft, die auch die

internationalen TransitmigrantInnen für wortwörtlich ein Ei am Tag aufsaugen. Auch in den innerstädtischen Armutsquartieren, die über die letzten 20 Jahre mehr und mehr von der Binnenmigration übernommen worden sind, können sie problemlos untertauchen. Nicht nur sind mit ihrer Hände Arbeit ganz eigene Ökonomien entstanden wie jene auf die GUS-Region ausgerichtete Textilbranche, wobei auch die russischen Einkäuferinnen zunächst als so genannte Koffer-migrantInnen kamen. Auch entstehen ganz eigene Hilfsnetzwerke und Ökonomien um das Asylsystem mit seinen Beweisdruck. In Kellern werden schon mal Foltervideos nachgestellt oder andere Zeitungsartikel inszeniert; andere bieten ihre Hilfe als postmoderne Geschichtenerzähler an und haben sich spezialisiert auf anerkannte Asylbiografien. Wieder andere fungieren als Briefeschreiber und -vorleser für die Verwandtenpost. Dabei haben uns zwei Sachverhalte sehr erstaunt: zum einen das ungeheure, auch aktuelle Wissen, das in diesen Netzwerken zirkuliert über aktuellste Entwicklungen der internationalen Migrationspolitik. Zum anderen jedoch auch die Kehrseite davon, wie absolute Falscheinschätzungen und Gerüchte kolportiert werden und sich halten. Ein Zubringer sind Verwandte, die es schon geschafft haben und ihre Brüder und Schwestern im Transit finanziell und ideell unterstützen oder auch ausbeuten.

So leben manche über Jahre im Transit in Istanbul, der angesichts der Verschärfungen der EU für immer mehr zur Endstation wird. Auch wenn diverse politische Versuche bislang scheiterten, die irreguläre Migration in der Türkei zu kriminalisieren, klagen viele afrikanische MigrantInnen über einen offenen gesellschaftlichen Rassismus: sie fänden nur selten Arbeit – vor allem in Klitschen – zahlten unglaublich hohe Mieten und müssten immer wieder Wohnungen wechseln, da die Gegenden, in denen sie wohnten, speziell von Razzien betroffen seien. Mike saß dann auch des öfteren Tage und Monate in Haft, doch kam immer wieder raus – nicht nur, weil die Abschiebeflüge nach Afrika teuer sind und die staatliche Infrastruktur hierfür noch nicht ausgebaut ist –

sondern auch, weil er immer wieder Mittel und Wege fand, sich frei zu bekommen.

Auch Luis, der ehemals mit einem Studienvisum ganz offiziell eingereist war, doch bald die Studiengebühren nicht mehr zahlen konnte und daher sein Visum nicht verlängert bekam, ist erst vor kurzem wieder aus der Haft entlassen worden. Wie viele andere, die sich ein Flugticket mit einem gefälschten Pass nicht leisten können, hatte er sich auf den Weg an die ägäische Küste gemacht. Doch Luis ist gar nicht bis an die Küste gekommen. Der Minibus, mit dem er aus Istanbul kam, wurde schon vorher abgefangen und die Gruppe wurde in einer leer stehenden Schule inhaftiert. Mangels einer staatlichen Migrations- und Asylpolitik und damit einhergehenden Infrastruktureinrichtungen in der Türkei nutzen die lokalen Vollzugsorgane auch Hotels, wie die im Bild befindliche Pensyion Deutsches Haus oder leerstehende Fabrikgebäude als temporäre Haftanstalten. Für die Verpflegung und Versorgung der Inhaftierten

müssen die lokalen Beamten sorgen, was bedeutet, dass die Eingesperrten meist selbst dafür aufkommen müssen.

Doch auch Luis wurde wieder freigelassen, da er mit der Schwangerschaft seiner Frau die Gemüter erweichen konnte. Andere, die aus benachbarten Ländern kommen, mussten jedoch mit ihrer Abschiebung rechnen, wobei der türkische Menschenrechtsverein darlegen kann, dass Asylbegehren nicht berücksichtigt und die Frage des Herkunftslands nicht immer genau genommen wird. So bilden die auf Druck der EU abgeschlossenen Rückübernahmeabkommen der Türkei mit seinen Nachbarländern wie Syrien (2001) eine gute Möglichkeit, MigrantInnen, egal woher sie kamen, dorthin über die Grenze zu schaffen.

Im Gespräch mit uns dementiert Luis jedoch sofort, dass er verheiratet sei. In der Situation habe es sich nur für sie beide angeboten, als Ehepaar aufzutreten, da niemand eine schwangere Frau von ihrem Mann trenne. Doch nun steht Luis wieder vor der Situation, sich überlegen zu müssen, in welche der Schubladen der offiziellen Migrations- und Mobilitätspolitik er sich stecken soll: ganz in Istanbul bleiben und ein mageres Überleben organisieren, wieder zurück nach Ghana oder erneut einen Visumsantrag, diesmal in Deutschland, stellen? Oder Asyl beantragen? Oder irregulär versuchen, nach Deutschland zu kommen?

Europa findet dort draußen, fern ab unserer Zentren in diesen Grenzräumen statt und zwar als tagtäglicher leben-bedrohender Konflikt, als ein Ringen um Zivilität. Für uns bedeuteten diese Erfahrungen, die Migrationsforschung vom Kopf auf die Füße zu stellen und aus dieser Perspektive neu zu schauen auf Geschichte und Gegenwart der Ein- und Durchwanderung. Und Fragen nach Rechten, nach post-nationalen citizenship-Formen ernster zu nehmen.

1 Das so genannte Border Package der EU-Kommission wurde im Februar 2008 von Franco Frattini, Vice-Präsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Justiz, Sicherheit und Freiheit als Vorschlag für die künftige Architektur des EU-Außengrenzenmanagements vorgestellt und besteht aus drei Teilen: 1. Evaluation und Perspektive der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, 2. Aufbau eines Europäischen Grenzüberwachungssystems, 3. Vorschlag für die Schaffung eines europaweiten Einreiseregisters.

<http://frontex.antira.info/2008/02/24/perfektion-des-grenzregimes-das-border-package-der-eu-kommission/> [11.06.2008] (A.d.R.)

2 Die Dubliner Konvention ist seit dem 1. September 1997 in den Ländern der EU in Kraft und besagt, dass AsylbewerberInnen nur einmal und nur im Erstaufnahmeland der EU Asyl beantragen dürfen. (A.d.R.)

Der Vortrag wurde von der Redaktion bearbeitet.



Foto: Sabine Hess

Pensyion Deutsches Haus



Zeitung für linke Debatte und Praxis  
ak testen: 3 für 5 €

Infos + Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

# Das Erlebnis der Grenze Über die Verwandtschaft von Rassismus und Tourismus

Tina Goethe

„Mexiko gilt wegen seiner reichen kulturellen Geschichte, seiner einzigartigen landschaftlichen Vielfalt, seiner besonderen Musik- und Tanztraditionen und vor allem seiner Menschen zu Recht als eines der faszinierendsten Länder der Welt.“ Ob Indien, Spanien, Ägypten oder eben Mexiko: Erste Sätze aus dem Vorwort von Reiseführern sind meist austauschbar. Dabei verlangt der Tourismus nach Einzigartigkeiten, die er vor allem in den ‘unterschiedlichen Kulturen’ der zu bereisenden Länder sucht. Egal ob Volkskultur oder hochkulturelle Zeugnisse der Vergangenheit – Kultur, die zu besuchen es sich lohnt, muss vor allem anders sein. Bezugspunkt für die Feststellung von Differenz ist dabei immer die eigene Kultur, die der Touristen und der Tourismusindustrie. Die touristische Suche ist jedoch mehr als nur die Suche nach Unterschiedlichkeit: Über den Akt des Reisens wird diese Differenz oft erst hergestellt. Denn der auf Unterschiede zum Eigenen und Bekannten gerichtete touristische Blick ist selektiv und formt das Vorgefundene gemäß der eigenen Erwartungen und Wünsche. Die auf diese Weise konstruierten Differenzen markieren dann selbst die Grenzen, deren Überschreitung Motivation und Ziel des Reisens ausmacht.

Im Tourismus werden tagtäglich millionenfach Grenzen überschritten. Das Ritual der Passkontrolle am Flughafen oder auf der Autobahn ist für westliche TouristInnen in der Regel problemlos und scheint zunehmend an Bedeutung zu verlieren. Dennoch ist das Passieren der Grenzen konstitutiv

für eine Reise, deren Beginn durch den Moment des Überschreitens markiert wird. So bedeutet Reisen neben dem tatsächlichen vor allem auch ein Überschreiten von Grenzen auf symbolischer Ebene. Das gilt sowohl für kulturelle Grenzen, vor allem aber für solche reale Grenzen wie die zwischen Nationalstaaten. „Es gibt nichts Natürliches an der Grenze, sie ist ein höchst konstruierter Ort, der durch überschreitende Leute reproduziert wird, denn ohne das Überschreiten haben wir keine Grenze. Dann ist sie nur eine imaginäre Linie, ein Fluss oder einfach eine Wand“, sagt die mexikanische Künstlerin Bertha Jottar in Ursula Biemanns Videoessay ‘Perfor-

ming the Border’. Trägt der Tourismus also zur Aufrechterhaltung von Grenzen bei?

Auch der Rassismus beruht auf der Herstellung von Differenz und Grenzen. Dennoch werden Reisen und Rassismus ganz unterschiedlich bewertet. Während im Tourismus die Differenz positiv erlebt wird – durch Suchen und Entdecken von Neuem –, wird im Rassismus Differenz negativ wahrgenommen. Sie dient der Abwertung und Ausgrenzung. Im Rassismus werden die über konstruierte und tatsächliche Unterschiede voneinander getrennten Gruppen in eine Hierarchie gestellt, die in bestehende Herrschaftsverhältnisse eingebettet ist und diese stützt



World White Walls

Emeka Udemba

und reproduziert. Die rassistische Ideologie ist damit auf explizites Grenzziehen angelegt. Die Überschreitung dieser Grenzen, seien sie kulturell, politisch oder als beides – also in der Regel nationalstaatlich – konstruiert, ist nur erwünscht, wenn sie mit kapitalistischen Interessen konform geht. Denn der Verlauf der Grenzen wie auch die Modalitäten ihrer Überschreitung wurden und werden gemäß der Interessen kolonialer und kapitalistischer Expansion festgelegt. An diesen realen wie imaginären Grenzen treffen sich Rassismus und Tourismus. (...)

Reisen und Rassismus basieren beide auf der Konstruktion von Grenzen zwischen unterschiedlichen Kulturen. Damit steht die Kultur im Zentrum von touristischen und rassistischen Betrachtungsweisen der Welt. Entlang des Begriffsfeldes der Kultur, das nicht zufällig auch in der Diskussion um Tourismus Hochkonjunktur hat, soll die strukturelle Verwandtschaft zwischen Tourismus und Rassismus nachgezeichnet werden.

## Kultur und Zivilisation

Der Begriff der Kultur hat sich in den vergangenen Jahren zu einem schwer fassbaren, semantischen Monstrum ausgewachsen. Von Körper-, Wohn- und so genannter 'Unternehmenskultur', von der Kultur des christlichen Abendlandes bis hin zur 'Ballermann-Kultur' ist da die Rede. Die klassischen Gegensätze Hochkultur versus Volkskultur, Popkultur, Subkultur oder Kultur als Produktions- und Lebensformen scheinen mehr und mehr zu verschwimmen – hin zu einem alles umfassenden Kulturbegriff.

Auch innerhalb der Diskussion um Tourismus wird mit einem sehr breiten Kulturbegriff operiert: Alles ist Kultur und lohnt besucht zu werden – seien es die Fresken der Sixtinischen Kapelle oder die traditionellen Methoden der Olivenernte. Doch trotz dieser zunächst sehr offenen Auffassung von Kultur schleicht sich mit dem Blick auf das 'Fremde' meist ein statisches Kulturverständnis ein. (...)

Kulturen sind als abgrenzbare Entitäten mit ihren jeweiligen Besonderheiten vorstellbar, die an bestimmten Orten auffindbar, besuchbar und mehr oder weniger gut zu verstehen sind. Im Grunde sind Kulturen wie Pflanzen, unterschiedlich groß und bunt, die der Hege und Pflege bedürfen (so man sich denn weiterhin an ihnen erfreuen will). Zentral ist vor allem ihre Ortsgebundenheit – sie 'wachsen' eben nur in 'bestimmten Regionen', die für sie günstig sind.

Dieses für den Tourismus typische Kulturverständnis geht oft einher mit der Klage über die Kulturzerstörung durch den Tourismus, eine Klage, die so alt ist wie der Tourismus selbst. Nicht nur von tourismuskritischen Kreisen wird immer wieder bedauert, wie fremde, bisher 'unberührte und intakte' Kulturen durch den Kontakt mit westlichen TouristInnen 'verdorben' oder gar 'infiziert' würden. Der Kulturbegriff, der dabei für die bereisten Länder angewendet wird, weicht oft stark davon ab, wie die Skeptiker ihre eigene Kultur definieren. Hier zeich-



Martina Backes, f3w

Angebot und Nachfrage

net sich ein grundsätzlicher Widerspruch ab, der auf die Polarisierung der Begriffe ‘Kultur’ und ‘Zivilisation’ Ende des 19. Jahrhunderts zurückgeht.

Waren die Begriffe ‘Zivilisation’ und ‘Kultur’ im 18. Jahrhundert noch Synonyme für den allgemeinen geistigen und materiellen Fortschritt, entwickelte sich ihr Gebrauch im 19. Jahrhundert zunehmend antithetisch. Zivilisation – gemeint war und ist damit die westliche, aufgeklärte Zivilisation – erhielt ihre Bedeutung durch die Konstruktion des Gegensatzes zur ‘Barbarei’. Von den Barbaren und Wilden außerhalb der kapitalistischen Zentren grenzte man sich durch technischen Fortschritt und ‘zivilisiertes’ Verhalten ab. Mit diesem Zivilisationsbegriff einher ging eine Einteilung der Menschheit in verschiedene Kulturkreise und ‘Rassen’, die in eine Hierarchie gebracht wurden, in der das weiße, christliche und aufgeklärte Europa ganz oben stand – dazu berufen, den unzivilisierten Rest der Welt zu erobern und aufzuklären. Die Grenze verlief nicht nur geografisch, sondern auch historisch. Da Zivilisation für ein Modell des dauernden Fortschritts steht, impliziert jeder bestehende Entwicklungszustand ein Werturteil über das Frühere. Alles, was ist, ist nicht nur richtig, sondern auch besser als das, was war. Entsprechend wurden die ‘Barbaren’ oder ‘Nicht-Zivilisierten’ auf der Zeitachse bereits überwunden geglaubten Entwicklungsstufen zugeordnet, was einerseits einer (Ab)Wertung entsprach, andererseits aber die theoretische Grundlage dafür bot, die (noch) Nicht-Zivilisierten in das eigene Entwicklungsmodell zu integrieren.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Begriff der Zivilisation nicht nur im deutschen Idealismus zunehmend angegriffen. Mit dem Begriff der ‘Kultur’ sollten die als Kehrseiten empfundenen Aspekte der Zivilisation aufgezeigt werden. Der Kulturwissenschaftler Terry Eagleton beschreibt, wie ‘Kultur’ als Kritik am Bestehenden, als Kampfbegriff eingebracht wurde: „Ein Grund für den Aufstieg des Begriffs ‘Kultur’ war (...) der Umstand, dass ‘Zivilisation’ als Wertbegriff immer weniger überzeugend klang. (...) Zivilisation war etwas Abstraktes, Entfremdetes, Fragmentarisches, Mechanistisches, Utilitaristi-

sches und stand im Banne des krassen materialistischen Fortschrittsglaubens; Kultur war ganzheitlich, organisch, sinnlich, eingedenkend und trug ihr Ziel in sich. Der Konflikt zwischen Kultur und Zivilisation war Bestandteil eines Kampfes zwischen Tradition und Moderne.“ Kultur wurde als ortsgebunden und stammesmäßig verstanden und hatte nichts Kosmopolitisches mehr an sich. Es verkehrte sich damit zumindest in Deutschland in das Gegenteil von Zivilität. (...)

Insbesondere Herder verfolgte die Idee von Kultur als Zivilisationskritik. So habe jedes ‘Volk’ seine eigene, besondere Ausdrucksweise, seine eigene, besondere Kultur, womit der Begriff nur noch im Plural zu denken sei. Herders Kulturdefinition war bewusst gegen den Universalismus der Aufklärung gerichtet. (...)

Die Idee von der Kultur-als-bestimmte-Lebensform ist mit ihrer romantisch-antikolonialistischen Vorliebe für ‘exotische’ Gesellschaften bis heute prägend für die Definition von Kultur und Grundlage für die derzeit so gepriesene ‘kulturelle Identität’. Als ein zunächst kritisch gegen die Annaßungen des Konzepts der Kultur-als-Zivilisation und deren scharf diskriminierenden Auswirkungen gedachter Begriff tendierte das Konzept der Kultur-als-Lebensweise jedoch von Anfang an zu einer Idealisierung der Volkskultur. (...) Die Bedeutung von Kultur verschob sich damit paradoxerweise hin zu einer Beschreibung der Lebensformen von ‘Wilden’ und weg von der der Zivilisierten. Kultur – und damit gut – ist danach alles, was authentisch von den Menschen selber kommt.

Aus dieser romantischen Version von Kultur wurde mit der Zeit eine ‘wissenschaftliche’: Im 20. Jahrhundert fand sie insbesondere in der Ethnologie Verwendung. Doch obwohl sie vorgab, keine Wertungen einzelner Kulturen vorzunehmen und sich der Theorie einer auf ‘rassischen’ Unterschieden gründenden Hierarchie der Völker zu entziehen, ging es weiterhin darum, kulturelle Differenzen zu finden und zu beschreiben. Und indem sie sich der Kategorien bedienten, die innerhalb des großen Gegensatzes zwischen Westen und Nicht-Westen fungierten, arbeiteten diese Beschrei-

bungen Schritt für Schritt an der kulturellen Ordnung der Welt. So lieferten auch die zunächst ‘neutralen’ Analysen ‘fremder Kulturen’ Zeichen und Versatzstücke, die als Träger über sie hinausgehender Bedeutungen gewählt wurden und zu Wertungen einluden. Damit trug nicht nur die Rassenlehre, sondern auch die Ethnologie als Lehre der kulturellen Differenzen zu einer Botanisierung der Menschheit bei.

### Vom Sightseeing zum Lifeseeing

Die Parallelen zur touristischen Betrachtung von Welt liegen auf der Hand. Die ‘Kultur-als-Lebensform’ ist Zielpunkt der Begehrlichkeiten des modernen Tourismus. Besonders deutlich wird diese Parallele zwischen der Idealisierung von Volkskultur und touristischen Sehgewohnheiten im ‘Lifeseeing’.

Standen im klassischen Sightseeing noch die (hoch-)kulturellen Leistungen aus Kunst und Architektur im Zentrum der Reise, wurden die Inhalte des „Kulturtourismus“ inzwischen um das Lifeseeing, also um die Alltagskultur ergänzt. Suchte ein Bildungsreisender wie Goethe in Italien noch architektonische und künstlerische Zeugnisse vergangener Hochkulturen auf, die er voller Bewunderung beschrieb und die den Erzeugnissen der eigenen Kultur überlegen schienen, so werden heute vornehmlich Kulturen-als-Lebensformen besucht. Wegen ihrer angeblich naturverbundenen Einfachheit werden auch diese zwar wieder romantisch verklärt und mit einer Sehnsucht nach den heilen Wurzeln der Menschheit erlebt. Dennoch kann sich kaum jemand ambivalenten Gefühlen entziehen, da das eigene Leben so offensichtlich fortgeschrittener, freier und überlegen erscheint. (...) Mit der Verschiebung hin zum ‘Lifeseeing’, das die Kultur als Lebensweise und eben nicht mehr als Hochkultur im Blick hat, tritt unweigerlich alles nicht-westliche hinter den Errungenschaften der Zivilisation zurück.

Auch auf anderer Ebene wird die Hierarchie zwischen Zivilisation und Kultur-als-Lebensform im Tourismus erneut lebendig. Verstehen sich die meisten TouristInnen als Teil der

westlichen Zivilisation, die sie als Segen oder als Fluch empfinden mögen, ist die Motivation vieler Fernreisen der Besuch und/oder das Kennenlernen fremder 'Kulturen'. „Kultur – das sind die anderen!“, schreibt Terry Eagleton über die anthropologische Bedeutung von Kultur. „Wer die eigene Lebenswelt als Kultur definiert, läuft Gefahr, sie zu relativieren. Die eigene Lebensweise ist immer einfach menschlich; die anderer Menschen ist ethnisch, eigentümlich, kulturell besonders.“ 'Primitive', die heute etwas vorsichtiger nicht-westliche Kulturen genannt werden, werden auch und besonders im Tourismus als kohärent und widerspruchsfrei imaginiert. (...) Von dieser Projektion, die mit vielen bunten Details geschmückt die Grundlage exotistischer Denk- und Verhaltensmuster bildet, lebt die Tourismusindustrie. Gesucht und geboten werden vermeintlich 'intakte Lebenswelten', die in ihrer 'Unberührtheit' eine lebendige Kraft ausstrahlen, die sie aus ihrer 'Verbundenheit' mit ihrer natürlichen Umwelt und ihren Traditionen schöpfen. Diese Lebendigkeit, die sich für EuropäerInnen vornehmlich in Tanz, Musik und Ungezwungenheit ausdrückt, scheint der eigenen 'Kultur', besser: Zivilisation verloren gegangen. Die Zivilisationsmüden suchen Unterhaltung, Frische oder gar Heilung in der fremden 'heilen' Welt.

Die ist jedoch nur solange heile, wie sie von der eigenen Welt unberührt bleibt. Denn obwohl die fremde Kultur als energiestrotzend und 'gesund' imaginiert wird, erscheint sie merkwürdig anfällig für Verunreinigungen. Dem Kontakt mit der unheilbringenden Zivilisation, der anscheinend den Beginn des Untergangs markiert, und den viele kulturpessimistische TourismuskritikerInnen gerade dem Tourismus zuschreiben, sind diese Kulturen meist hilflos ausgeliefert. (...)

Diese Perspektive – die Idealisierung einer heilen Welt und die Kritik an ihrer Zerstörung durch den Einbruch der Zivilisation – gleicht dem romantischen Idealismus von Herders Zivilisationskritik auf's Haar. Und auch hier entspringt die durchaus berechtigte Kritik an den Folgen des Tourismus letztendlich einem Gefühl der Macht und Überlegenheit. Wie

schon zu Kolonialzeiten scheint den außereuropäischen Kulturen der Status von Kindern zugesprochen zu werden. (...) In alter paternalistischer Manier werden den Menschen dieser fremden Kulturen ernstzunehmende Reaktions- und Handlungsfähigkeiten abgesprochen. Als kulturell wahrgenommen und betont werden jene Aspekte des sozialen Lebens, in die die Menschen hinein geboren werden – Verwandtschaft, Sprache, Ritual und Brauchtum –, die also bereits vorgegeben und nicht frei wählbar sind. 'Zivilisation' klingt gegenüber dieser deterministischen Beschreibung sehr viel mehr nach Bewusstsein und gezielter Handlung und projiziert damit den weißen Teil der Menschheit zu vernünftig denkenden und handelnden Subjekten.

Die Kritik an der Zerstörung eines 'heilen' naturnahen Paradieses entspringt einem Unwohlsein der Zivilisation an sich selbst, einem diffusen Unwohlsein der TouristInnen an hiesigen Verhältnissen, die dem Individuum entfremdet scheinen und es ganz und gar einer kapitalistischen Verwertungslogik unterordnen. Erst seit Mitte der 90er Jahre setzt eine Reflexion über Motivationen und Hintergründe dieser Form der Kritik am Tourismus ein. Deutlich wurde dabei, dass hinter der Rede von der 'Kulturzerstörung' oftmals von Paradiessehnsüchten genährte, exotistische Projektionen wie die des 'edlen Wilden' liegen. Die Tourismusindustrie suggeriert demgegenüber, dass es außerhalb der kapitalistischen Welt und ihrer Verwertungslogik auch anderes gibt. Von dieser Suggestion lebt der Tourismus. Er bietet scheinbar 'außerhalb' liegende Refugien an, die jedoch nur innerhalb eines touristischen Marktes denkbar sind. Denn bereits über ihr Angebot werden sind diese imaginierten, 'marginalen Paradiese' in die kapitalistische Verwertungslogik einbezogen.

Dass Tourismus an vielen Orten tatsächlich großen und zum Teil auch sehr negativen Einfluss auf die kulturellen Wandlungsprozesse der bereisten Gesellschaft hat, soll hier nicht geleugnet werden. (...) Um [aber] die gesellschaftlichen Veränderungen in touristischen Regionen bewerten zu können, muss es zunächst einmal um die Möglichkeiten der Mitbestimmung

und Entscheidung für die betroffene Bevölkerung innerhalb der touristischen Entwicklung gehen. (...) Die Tatsache, dass der Tourismus bzw. die Tourismusindustrie nur allzu oft die materiell gestützte Definitionsmacht besitzt und darüber entscheidet, wie sich die besuchten 'Kulturen' darzustellen haben und verkaufen lassen, heißt zudem nicht, dass nicht auch die anderen Akteure – die am Tourismus Beteiligten und von ihm Betroffenen – eigenwillige Strategien im Umgang mit Tourismus entwickeln.

## Genuss auf Distanz

Der Rückblick auf die philosophisch-historische Entwicklung des Kulturbegriffs verdeutlicht, welche Deutungsmuster der im Tourismus wirkungsmächtigen Auffassung von Kultur zugrunde liegen. Die Lebensformen der Menschen außerhalb Europas werden der 'Zivilisation' als ortsgebundene Kulturen entgegengesetzt – ob in idealisierender oder abwertender Absicht geht es dabei immer um die Herstellung von Differenz. Dieses Kulturbild des Tourismus gleicht dem des Rassismus: Die beschriebenen bzw. besuchten Kulturen sind anders als 'wir' und 'wir' sind ihnen überlegen. Manifest werden diese strukturellen Ähnlichkeiten von touristischen und rassistischen Denkformen vor allem dann, wenn es um die alltägliche, nicht-touristische Begegnung geht. Denn allzu oft werden die Menschen der Kulturen, die im Urlaub noch bestaunt und bewundert wurden, im eigenen Land als störend empfunden. Dieser widersprüchliche Umgang mit kultureller Differenz – zuhause und auf Reisen – erscheint zunächst frappant.

Der Soziologe Zygmunt Baumann hat dafür jedoch eine einfache Erklärung: „Differenz kann genossen werden, solange sie in sicherer Entfernung liegt.“ In seiner Arbeit „Flaneure, Spieler und Touristen“ beschreibt er die Eigenheiten von Flaneuren und Touristen als exemplarisch für postmoderne Lebensformen. (...) Nach Bauman lassen Flaneur und Tourist das Leben auf eine Weise an sich vorbeiziehen, die primär auf ihren Genuss ausgerichtet ist. Das Leben ist „lange genug im Blick, (...) um Phantasien freizusetzen, aber nicht

lange genug, um das, was phantasiert wurde, mit harter Gegenwart zu konfrontieren.“

Exotistische Projektionen auf die bereisten Menschen werden auf Reisen daher nur selten in Frage gestellt, denn ein Abhaken der von zuhause mitgebrachten Erwartungen und Bilder reicht vielen Reisenden als Erlebnis bereits aus. So wird letztendlich auch auf Reisen das ‘Andere’ auf sichere Distanz gehalten, man versichert sich lediglich der Existenz dieses ‘Anderen’, um das ‘Eigene’ mit seinen positiven oder auch negativen Anteilen deutlicher zu spüren. Kommt jedoch das vermeintlich Fremde zu nah, wird es bedrohlich, da es die eigene Lebensweise, die Gültigkeit von Wertesystemen und Regeln in Frage stellen könnte. Die als kulturell anders Definierten nehmen im Alltag und in der nächsten Umgebung ‘Platz’, und erzwingen eine oft unerwünschte Auseinandersetzung, die die eigene Identität in Gefahr zu bringen scheint. Die Abgrenzung zum Anderen ist da-

her zuhause schwieriger, erscheint aber um so notwendiger. Denn das Fremde lässt sich nicht einfach als hübsches Souvenir mit nach Hause nehmen und als bereicherndes, willenloses Kleinod bruchlos in den eigenen Alltag, in das eigene Leben integrieren. (...)

### Kein Rassismus ohne Kultur

(...) Waren lange Zeit genetisch-biologisch begründete Unterschiede Grundlage eines Rassismus, der Nicht-Europäer abwertete und ausgrenzte, verschiebt sich die rassistische Argumentation mehr und mehr hin zu kulturell begründeten Deutungsmustern. Dabei stellen sich jedoch die kulturell definierten ‘Unterschiede’ als ebenso unverrückbar heraus wie die ehemals biologisch begründeten. Die zentralen Definitionsmerkmale von ‘Rassen’, die gegenwärtig eher als ‘Ethnien’ oder ‘Volksgruppen’ bezeichnet werden, sind zwar kultureller Natur, stehen den Einzel-

nen dabei aber eben so wenig für bewusste Veränderung offen wie ihre biologische Veranlagung. Dabei verlaufen die kulturellen Zuschreibungen im Rassismus nach binärem Muster ab: Die andere, ausgeschlossene Gruppe verkörpert das Gegenteil der Eigenschaften und Tugenden, die die eigene Identitätsgemeinschaft ausmacht. Nur über diese Abgrenzung vom außen, vom ‘Anderen’ ist es der eigenen Gruppe überhaupt möglich, sich über alle inneren sozialen Widersprüche hinweg als homogene Gruppe zu konstituieren. (...)

Wir sind wir, weil wir nicht ‘ihr’ sind, und ihr seid ihr, weil ihr nicht ‘wir’ seid, lautet die simple Formel. Innerhalb einer von Herrschaftsstrukturen bestimmten Welt kann diese Abgrenzung zwischen Gruppen nicht wertfrei sein. Egal, ob ‘Kultur’ als das unveränderliche Besondere einer Gruppe begriffen wird, wie in der essentialistischen Kulturauffassung, oder als ein sich fortlaufend verändernder Prozess, der Individuen in



Martina Backes, iz3w

Eindeutiges Ziel

eine oder verschiedene Gruppen einbindet: die Differenzierung zur anderen Gruppe verläuft immer kulturell konstruiert. Diese enge und grundsätzliche Verbindung zwischen 'Kultur' und Rassismus analysiert Robert C. Young in seinem Buch „Colonial Desire“. Ob Kultur nun im Sinne von Zivilisation als allgemeiner menschlicher Fortschritt verstanden wurde oder eben als jeweils spezifische Lebensform egal welcher Gruppen oder 'Völker': „Kultur hat schon immer kulturelle Differenz bezeichnet, indem das Andere erst produziert wurde. Kultur war stets vergleichend; und Rassismus war von jeher wesentlicher Bestandteil von Kultur. Sie sind untrennbar miteinander verwoben, bedingen sich gegenseitig. Rasse wurde schon immer kulturell konstruiert und Kultur wurde schon immer rassistisch konstruiert.“ (...)

### Landkarten der Bedeutung

In Abgrenzung zu dem statischen und essentialistischen Verständnis von Kultur, wie es im Alltagsdenken verbreitet ist und über Tourismus bestärkt wird, operieren wissenschaftliche Disziplinen wie die Cultural Studies mit einem sehr breiten Kulturbegriff. Dort wird Kultur allgemein und jenseits von Nationen als Wechselbeziehung zwischen Werten und Alltagshandlungen, zwischen Struktur und Praxis verstanden: „Eine Kultur enthält die 'Landkarten der Bedeutung', welche die Dinge für ihre Mitglieder verstehbar machen. Diese 'Landkarten der Bedeutung' trägt man nicht einfach im Kopf mit herum: Sie sind in den Formen der gesellschaftlichen Organisationen und Beziehungen objektiviert, durch die das Individuum zu einem 'gesellschaftlichen' Individuum wird. Kultur ist die Art, wie die Beziehungen einer Gruppe strukturiert und geformt sind; aber sie ist auch die Art, wie diese Formen erfahren, verstanden und interpretiert werden (...) So bilden die bestehenden kulturellen Muster eine Art historisches Reservoir – 'ein vorab konstituiertes Feld der Möglichkeiten', das die Gruppen aufgreifen, transformieren und weiterentwickeln“ (Clarke, zit. n. Kalpaka/ Rätzhel). Damit gerät neben den Sitten und Traditionen, die

einem meist als erstes zu 'Kultur' einfallen, auch ein implizites Wissen in den Kulturbegriff, ein Wissen darüber, wie Akteure, Objekte, Beziehungen und das Ich in einer Gesellschaft zu deuten sind. Das Wissen ist offen und verändert sich mit den 'Erfahrungen seiner Akteure und der historischen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft.

Innerhalb dieses Wissens nimmt der Tourismus eine zunehmend prominente Stellung ein. Tourismus ist nicht nur über das selbstverständliche und millionenfache Reisen in den westlichen Gesellschaften präsent. Auch die von ihm produzierten Bilder sind aus den Alltagswahrnehmungen nicht mehr weg zu denken. Tourismus schreibt mit an den 'Landkarten der Bedeutung', über die sich die Individuen die gesellschaftlichen Zusammenhänge erklären. Denn Kultur und Tourismus sind sowohl in den reisenden wie auch in den bereisten Gesellschaften eng miteinander verwoben. (...)

Analog zum Verhältnis zwischen Tourismus und Kultur kann auch die Wechselwirkung zwischen Tourismus und Rassismus beschrieben werden: In, mit und durch Tourismus entfaltet sich das rassistische Wissen. Über die Herstellung und Verfestigung kultureller Differenzen auf der individuellen Ebene des Reisens, auf medialer Ebene in Reisekatalogen und Reiseführern sowie auf der Ebene des internationalen Marktes der Tourismusindustrie, die Nachfrage und Angebot aufeinander abstimmt, spielt der Tourismus eine zentrale Rolle für die Produktion und Reproduktion rassistischer Bilder und Strukturen. Indem Tourismus nationale und kulturelle Grenzen in nie dagewesenem Ausmaß zu überschreiten vorgibt, gerät leicht aus dem Blickfeld, dass er von der Existenz eben dieser Grenzen direkt abhängt und an ihrer Herstellung massiv beteiligt ist. Das persönliche Erlebnis dieser Überschreitungen macht die Grenzen erst real. Jede Überschreitung bestätigt die Erwartung, 'das Eigene' zu verlassen und das 'Anderere' in seiner eigentlichen Form an seinem eigentlichen Ort zu Gesicht zu bekommen. So baut der Tourismus mit an der symbolischen Ordnung der Welt, in der dem aktiven und freien,

da mobilen Teil der Welt viele authentische und sich im historischen Stillstand befindliche Teile gegenüber stehen. Eine Welt, die aus einer, überlegenen, Zivilisation und vielen, zu bereisenden, Kulturen besteht.

Abdruck und Kürzungen mit Genehmigung der Autorin.

### Literatur

- Bauman, Zygmunt: *Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen.* Hamburg 1997.
- Biemann, Ursula: *been there and back to nowhere. Geschlecht in transnationalen Orten. Postproduction Documents 1988 - 2000.* Berlin 2000.
- Eagleton, Terry: *Was ist Kultur?* München 2001.
- Flitner, Michael/ Langlo, Peter/ Liebsch, Katharina: *Kultur kaputt. Variationen einer Denkfigur der Tourismuskritik.* In: *Voyage – Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung.* Köln 1997.
- Hahn, Heinz/ Kagelmann, Jürgen: *Tourismuspsychologie und Tourismussoziologie. Ein Handbuch zur Tourismuswissenschaft.* München 1993.
- Hall, Stuart: *Rassismus als ideologischer Diskurs.* In: Rätzhel, Nora (Hg.): *Theorien über Rassismus.* Hamburg 2000.
- Kalpaka, Annita/ Rätzhel, Nora (Hg.): *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein.* Leer 1990.
- Magiros, Angelika: *Demontage des Neo-Rassismus. Moderne und postmoderne Konzepte in der Rassismustheorie.* In: *iz3w 250 und 251,* Freiburg 2001.
- Rojek, Chris/ Urry, John: *Touring Cultures. Transformations of Travel and Theory.* London, New York 1997.
- Stock, Christian: *Reise in die Vergnügungsperipherie.*
- *Die Tourismuskritik und die Dritte Welt.* *iz3w 241,* Freiburg 1999.
- Vogel, Christopher: *Multikulturelle Gesellschaft auf Reisen. Der kulturalistische Blick auf ‚die Fremden‘ in Deutschland und im Ferntourismus. Diplomarbeit, unveröffentlichtes Manuskript.* Kassel 2002.
- Young, Roben C.: *Colonial Desire.* London, New York 1995.

# Politisch korrekter Urlaub im Dschungelcamp?

Unterwegssein mit einer Soli-Brigade

- Was machst du denn diesen Sommer?
- Diesen Sommer? Ich fahr mit dem Ökubüro nach Nicaragua.
- Mittelamerika, Pazifik – geil! Kann man da tauchen?
- Nee, ich fahr nicht ans Meer. Ich mach mit bei einer Brigade.
- Brigade? Was is das denn? Wird da gekämpft??
- Neiiin. Das ist ne Soli-Brigade. Wir fahren in ein Dorf, leben da ein paar Wochen und bauen mit den Leuten dort ein Bildungszentrum.
- So eine Art Workcamp? Und dann noch ein bisschen Survival im Urwald?
- Blödsinn, das ist kein Pauschalabenteuer für Gutmenschen. Wir wollen beim Arbeiten vor allem die Leute dort kennenlernen, und danach haben wir in der Hauptstadt noch ein Gesprächs-Programm, bei dem wir mit politischen Gruppen und Leuten sprechen.
- Also dann eher ne politische Studienreise?
- Nee, auch nicht. Ist ein bisschen schwer zu erklären. Ich erzähl dir mehr, wenn ich zurück bin.

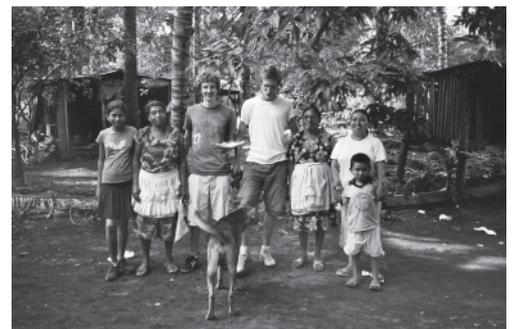
(ms) Ja, was ist das denn nun: eine Solidaritäts-Brigade? Wer das Außenstehenden vermitteln will, muss meistens weit ausholen. Workcamps, Freiwilligeneinsätze, politische Studienreisen sind im Kommen, aber eine Brigade ist nichts von alledem – auch wenn sie mit den verschiedenen Formen des (politisch korrekten) Alternativ-Tourismus Berührungspunkte haben mag. Eine Brigade ist für uns vor allem eines: ein politisches Projekt. Brigaden wollen Ansätze emanzipatorischer, linker Politik unterstützen und diskutieren. Ein Anliegen, für das eine Reise in diese Länder viel Stoff bietet, schließlich kann man dort nicht nur viel über das Leben in

einem „Entwicklungsland“ erfahren sondern auch über die Geschichte ihrer Befreiungsbewegungen. Wer Ansätze emanzipatorischer Politik diskutieren will, kann aber auch in Deutschland Anknüpfungspunkte finden, sei es beim Widerstand gegen Anti-Terror-Gesetze oder im Kampf gegen Hartz IV. Warum muss man dann für politische Aktionen und Diskussionen viel Geld (das viele, die sich für Soli-Brigaden interessieren nur schwer zusammenkriegen) in ein Flugticket investieren und extra nach Nicaragua oder El Salvador reisen? Drei Wochen in einem Dorf auf dem Land zu leben, dort unmittelbar mitzukriegen, was extreme Armut bedeutet, und gleichzeitig die dortigen Widerstandsperspektiven kennenzulernen – das ruft politische Diskussionen in einer Brigade-Gruppe hervor, die hier so nicht stattfinden würden.

Und trotzdem: hinter der Entscheidung, mit auf Brigade zu fahren, darf man nicht nur politische Überlegungen vermuten. Da ist zum einen der Trend zum engagierten Auslandspraktikum: Studienordnungen fordern das genauso wie Berufsberater\_innen oder Personalmanager\_innen. Wer heutzutage mit auf Brigade fährt, muss das nicht als politisch brisantes Karrierehindernis verschweigen, sondern kann es durchaus nutzbringend in Studium oder Lebenslauf einbauen, als Praktikum, Recherche für eine Seminar-Arbeit und sonstiges. Zum anderen reizt an einer Brigade sicher noch etwas anderes: die Lust auf Abenteuer. In den 80er Jahren, da faszinierte die einen oder anderen sicher auch der Nervenkitzel, sich in einem Land im Kriegszustand zurechtzufinden. Und ein bisschen Revolutionsromantik konnte man durchaus auch noch finden....Doch auch heute beinhaltet eine Brigade-Fahrt nach

Mittelamerika, sei es gewollt oder ungewollt, das Versprechen von Ursprünglichkeit und Authentizität: Wer in ein Dorf reist, wo nur zwei Häuser Telefon, fünf Straßen Strom und viele Familien kein fließend Wasser haben, der/die verlässt gesichertes Terrain des Industrieland-Alltags, muss sich zu rechtfinden lernen in einer unbekanntem und aus unserer Perspektive oft auch unberechenbaren Welt. Drei Wochen auf dem Land in Mittelamerika sind auch ein Stück weit Selbstversuch, wie sich so ein Leben anfühlt. Schweißtreibende Handarbeit auf einer Baustelle inklusive.

Als „Armut-Selbstversuch“ sind Brigaden nicht gedacht. Trotzdem ist dieser Aspekt auch legitim, denn er ist schwer zu trennen von dem Willen, die Lebenswirklichkeit des Südens kennenzulernen und diese Perspektive bei der politischen Positionierung mit einzubeziehen. Aber es lauern dabei viele Fallen: Wer am kühlen Morgen den auf offenem Feuer gebrauten Kaffee schlürft, mit herbem Rauchgeruch in der Nase und mit Blick auf Palmen und blauem Himmel, der ertappt sich auch schnell beim Gedanken „arm aber glücklich“. Und genau da beginnt die Herausforderung für Brigaden. Denn solange die Gruppe dabei stehenbleibt, das Abenteuer-Feeling zu genießen, ist etwas schiefgelaufen. Wenn eine Brigade sich als politisches Projekt verstehen will, dann müssen Reflexions- und Diskussionsprozesse stattfinden, die klar machen,



dass solche Lebensumstände temporär ja ganz nett sein mögen, dass sie aber auf Dauer die Wahl- und Gestaltungsfreiheit eines Lebens extrem einengen.

Die Chancen für solche Diskussionen sind gegeben. Da die Brigadistas nicht nur mal zwei Tage lang ins Dorfleben reinschnuppern, sondern drei Wochen mit den Leuten zusammen leben, bekommen sie auch eine Vorstellung davon, wie schwierig es ist, in einem kleinen Haus genügend Platz für Matratzen oder Hängematten zu finden, wie der Rauch der offenen Kochstelle in den Augen beißt, wie das Wasser auf den Magen schlägt, wie wenig Geld zum Überleben die Familien trotz harter Arbeit zur Verfügung haben und noch viel mehr. Da zerbricht die Romantikbrille schneller als gedacht, und die Konfrontation mit Armut wirkt eher schockierend als romantisch.

Auch die Gruppe selbst kann helfen, dass Diskussionsprozesse über den Arm-Reich-Gegensatz schnell in Gang kommen. Schließlich hocken die Brigadistas so eng zusammen, dass sie sich auch gegenseitig beobachten. Irgendjemandem wird am dritten Tag vielleicht auffallen, dass es ziemlich daneben ist, wenn die Gruppe in der Mittagspause verschwitzt ihre eisgekühlte Cola zelebriert, während die Leute aus dem Dorf daneben stehen und Wasser aus dem Baustellenschlauch trinken. Die Gruppe kann der Begegnung mit den Leuten in Mittelamerika (und einer Auseinandersetzung mit ihren Sichtweisen) aber auch extrem im Wege stehen. Wenn am fünften Tag auch noch die letzte über Durchfall berichtet, verwandeln sich viele Gruppen-Gespräche in Nabelschau und in schulterklopfendes Feixen über Magenprobleme, nichtschmeckendes Essen, Mückenstiche, stinkende Latrinen etc. Willkommen

in der Erlebniswelt des Dschungel-Camps.

Wenn der Austausch mit den Leuten ausbleibt, kann sich eine Brigade in ihrem Soli-Anspruch auch nicht damit trösten, dass sie ja immerhin was Sinnvolles geleistet hat, nämlich ein Bildungszentrum mitgebaut, Bewässerungsgräben ausgehoben oder Bäume gepflanzt. Die Mitarbeit bei einem gemeinsamen Projekt ist ein zentraler Gedanke bei Solidaritäts-Brigaden (ob das nur ein symbolischer oder nennenswerter Beitrag ist, darüber mag man sich von Fall zu Fall streiten). Doch der Arbeitseinsatz bringt gar nichts, wenn der Brigade-Aufenthalt dabei stehen bleibt. Und je mehr eine Brigade klagt, dass sie zu wenig zu arbeiten kriegt, desto mehr hat sie sich vielleicht in die Welt der Workcamps verirrt. Denn dann ist das Schufteln auf dem Bau vielleicht nur Teil der Suche nach Authentizität und Abenteuer und Brigade nicht viel mehr als Eskapismus, nämlich der Versuch, mal was ganz anderes zu erleben. Dann ist sie politisch engagierter Alternativ-Urlaub, aber kein politisches Projekt.

Solidarität heißt sich in gemeinsame politische Kämpfe zu begeben, und das heißt vor allem: die Fragen, die sich bei den Begegnungen in Mittelamerika und durch Erleben von sozialer Ungleichheit ergeben, auf die eigene Lebensrealität zu beziehen. Das fängt bei der gemeinsamen Vorbereitung auf die Reise an, und geht weiter während des Landaufenthalts, genauso aber während des Gesprächsprogramms in der Stadt. Wie schafft es die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung, so viel globale Ungleichheit hervorzubringen, dass mehr als die Hälfte der Menschen in Nicaragua und El Salvador in Armut leben? Welche Rolle spielen wir in den Ländern des Nordens, inwieweit bleiben wir trotz politischer Reflexion als Nutznießer-

Innen darin verflochten, und wo kann politischer Widerstand hier ansetzen – das sind die Fragen, die eine Brigade stellen muss, wenn sie nicht folgenlose Abenteuerreise bleiben will.

Und wenn Solidarität heißt, eine gleichberechtigte Begegnung zu suchen, dann hat die Brigade noch eine wei-

tere Frage, an der sie sich vom ersten bis zum letzten Tag abarbeiten kann. Wie kann diese Begegnung beim Bauprojekt aussehen, wenn die Arbeitstage für die einen (die Brigadistas) interessante Abwechslung zum Studienalltag sind, für die anderen (die Leute vom Dorf) ein zusätzlicher Einsatz, den sie irgendwie zwischen die Arbeit auf dem Feld einschieben? Wie kann diese Begegnung aussehen beim Leben im Dorf, wenn die einen wissen, dass sie theoretisch jederzeit abreisen können, wenn sie sich der Situation nicht mehr aussetzen wollen, und die anderen den Besuch der Brigade-Gruppe wie einen Besuch vom anderen Stern hinnehmen müssen, den sie selber kaum steuern können? Wenn die Brigade-Gruppe ungeahnte Konflikte im sozialen System Dorf aufbrechen lässt, die sie weder durchschauen noch lösen kann? Wenn die Brigade bei Informationsgesprächen zwar viel über soziale Bewegungen in Mittelamerika erfahren kann, ihren Gesprächspartner\_innen aber nur wenig Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Strategie des Widerstands bieten kann? Und zuletzt: wie kann eine gleichberechtigte Begegnung aussehen, wenn die Brigade Geld (und ein bisschen Arbeitskraft) für ein Projekt zur Verfügung stellt, und die Dorfgemeinschaft oder Kooperative dann ganz „selbstbestimmt“ darüber entscheiden soll, was für ein Projekt sie verwirklichen will? Decken sich politische Ziele noch, wenn das Dorf beschließt, eines der gemeinsam gebauten Häuser für Gottesdienste einer evangelikalen Sekte zu nutzen?

Wenn die Brigade sich diesen Fragen stellt, und das immer wieder von neuem, anstatt sich mit schnellen Lösungen auf eine scheinbar richtige Seite zu stellen, dann ist sie schon einige Schritte weit gekommen. Unzählige Widersprüche und Fragen wirft eine Brigade auf. Wenn diese Fragen, Diskussionen in konkretes Handeln münden, dann ist aus der Brigade-Reise ein politisches Projekt geworden. Wenn das Handeln in der Gruppe geschieht, dann ist eine Brigade womöglich sogar ein erster Ansatz, um die Verhältnisse ins Wanken zu bringen. Wenn sie ohne Folgen bleibt, dann war sie nicht mehr als ein politisch interessanter und um politische Korrektheit bemühter Urlaub.



# Warum die Migration ein Teufelskreis ist

Von Grenzsituationen zentralamerikanischer MigrantInnen in Mexiko

Jährlich brechen mehrere Tausend Menschen aus Zentralamerika in Richtung Norden auf, um den prekären Situationen in ihren Herkunftsländern zu entfliehen und für sich den „amerikanischen Traum“ wahr zu machen. Doch für zentralamerikanische MigrantInnen auf dem Weg in die USA wird es zunehmend schwieriger, überhaupt die mexikanische Nordgrenze zu erreichen. In Kooperation mit den USA rüstet der mexikanische Staat seine Grenze zu Guatemala auf. Diese südliche Grenze Mexikos ist mittlerweile zum gefährlichsten Abschnitt auf der Reise der zentralamerikanischen MigrantInnen geworden. Die undokumentierte Migration wird damit zwar nicht verhindert, aber für die MigrantInnen gefährlicher und teurer. Doch haben es die MigrantInnen erst einmal geschafft, die Grenzen zu überwinden, dann tragen sie durch die Geldüberweisungen an ihre zurückgebliebenen Familien zum Funktionieren der Herkunftswirtschaften bei, und damit zum Erhalt eben der Wirtschaftsmodelle, die sie in die Migration gedrängt haben.

## Migration aus Zentralamerika

Die Migration in und aus Zentralamerika ist nichts Neues. Zunächst aber wanderten die Menschen vom Land in die Stadt beziehungsweise in die Nachbarländer. Während der militärischen Konflikte in El Salvador und Guatemala und der repressiven und autoritären Militärregierungen in Honduras in den 1980er Jahren nahm die Emigration jedoch sprunghaft zu. Obwohl die bewaffneten Auseinandersetzungen im Laufe der 1990er Jahre beendet wurden (freilich ohne die Ursachen gelöst zu haben) und trotz der Rückkehr einiger, die zuvor geflüchtet waren, begann die Zahl derer, die ihre Länder verließen, noch mehr anzusteigen. Ein wesentlicher Grund hier-

für war und bleibt bis heute die ökonomische Entwicklung der zentralamerikanischen Länder.

Seit Anfang der 1990er Jahre setzte sich die wirtschaftliche Liberalisierung und Integration in den Weltmarkt als vermeintliches Erfolgsrezept für ökonomischen Aufschwung durch. Doch mit der neoliberalen Umstrukturierung der Ökonomien verschärfte sich die traditionelle Polarisierung der zentralamerikanischen Gesellschaften. Arbeitslosigkeit und soziale Marginalisierung nehmen seitdem ungehindert zu. Viele Menschen sehen in ihren Herkunftsländern daher keine Perspektiven für sich und setzen ihre Hoffnungen in die Migration.

Die zunehmende Migration hat zur Herausbildung einer breiten Palette von Schlepperdiensten geführt. Je nach dem, wie viel die MigrantInnen zu zahlen bereit sind, wird ihnen streckenweise Wegbegleitung bis hin zu einem professionellen, koordinierten Dienst angeboten, die den Kauf von PolizistInnen und der Migrationsbehörde beinhalten. Die Migration mit organisierten Strukturen verkleinert viele Risiken und macht sie für die Betroffenen sicherer. Dafür ist allerdings ein hoher Preis zu zahlen. Die Kosten für diese Dienste beispielsweise von El Salvador in die USA liegen zwischen 6000 und 8000 US-Dollar.

## Spießrutenlauf durch Mexiko

Während ein Teil der MigrantInnen ganz legal im Zuge der Familienzusammenführung in die USA einreist, schaffen es andere, ein Touristenvisum zu bekommen und bleiben nach dessen Ablauf im Land. Diejenigen, die ohne Papiere, also als „mojados“ (Durchnässte; weil sie Grenzflüsse durchwaten müssen) auswandern, haben es ungleich schwerer. Die

zentralamerikanischen MigrantInnen können bis zur guatemalteko-mexikanischen Grenze weitgehend problemlos mit dem CA-4-Visum reisen, das für die vier zentralamerikanischen Länder El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua gilt. Da es aber für ZentralamerikanerInnen sehr schwer ist, ein mexikanisches Visum zu bekommen, werden viele, sobald sie die guatemalteko-mexikanische Grenze übertreten, illegalisiert. Von nun an beginnt ein gefährlicher „Spießrutenlauf“ für diejenigen, die das Wagnis auf sich nehmen. Auf den Weg dürfen sie nur das Nötigste mitnehmen, um möglichst nicht aufzufallen bzw. um nicht als MigrantIn erkannt zu werden. Oft haben sie nur eine kleine Tasche, eine Flasche Wasser dabei.

Kontrollposten und so genannte Abschiebestationen gibt es in ganz Mexiko, im Süden aber sind sie am zahlreichsten. Der Isthmus von Tehuantepec, der schmalste Landstrich in Mexiko zwischen zwei Ozeanen, bildet einen Engpass, der als Filter für die Migrationsbehörde zur Jagd auf die Durchreisenden dient. Da die Wege, die von den meisten MigrantInnen auf ihrem Weg in Richtung Norden benutzt werden, aber zunehmend kontrolliert werden, weichen die MigrantInnen auf einsamere Strecken durch spärlich besiedelte Gebiete aus. Dadurch werden sie noch leichter zu Opfern von Übergriffen von Polizei, Militär, Banden und Dieben und den extremen klimatischen Bedingungen.

Die meisten Übergriffe auf MigrantInnen geschehen durch die korrupten staatlichen Behörden, die die MigrantInnen als Einnahmequelle, quasi als wandelnde Geldbörsen, sehen. Mexikanische Migrationspolizei, Polizei, Armee, sie alle versuchen sich an der prekären und weitgehend rechtlosen Situation der MigrantInnen zu bereichern. Zu einem kleineren

Anteil gehen die Übergriffe auf die Durchreisenden auf das Konto von gewalttätigen Jugendbanden, den so genannten Maras, und allgemeiner Kriminalität. Nur der kleinste Teil der Übergriffe auf die MigrantInnen geschieht durch SchlepperInnen.

Die südliche Grenzregion Mexikos gilt als das gefährlichste Stück der Reise aus Zentralamerika in den Norden und als noch gefährlicher als der eigentliche Grenzübergang in die USA. In Kooperation mit den USA rüstete der mexikanische Staat insbesondere seit 2001 mit dem Plan Sur seine Südgrenze auf und machte diese so zur geopolitischen Grenze der USA mit dem Ziel, die MigrantInnen in Richtung Norden so früh wie möglich festzunehmen und abzuschleppen. Das betrifft jährlich über 200.000 Menschen. Im eigenen wirtschaftspolitischen Interesse lässt Mexiko so wenig Durchreisende wie möglich durch, um die politischen Beziehungen zu den USA und die eigene, mexikanische Migration in die USA nicht zu gefährden.

Um die Kontrollen auf mexikanischem Staatsgebiet zu umgehen, brauchen MigrantInnen aus Zentralamerika meist mehrere Versuche, bis sie es schaffen, die Nordgrenze Mexikos zu erreichen. Einige Quellen sprechen sogar von acht bis neun Versuchen.

Die Güterzüge sind die schnellste, billigste, aber auch gefährlichste Möglichkeit, um das große Transitland Mexiko zu durchqueren. Zwei- bis dreimal pro Woche fahren Güterzüge, in denen Treibstoff und Düngemittel transportiert werden, von Chiapas und Tabasco aus über Veracruz und Mexiko Stadt in Richtung texanische Grenze. Zu Hunderten warten die MigrantInnen an den Gleisen, um auf die anfahrenen Züge aufzuspringen.

Diese Güterzüge werden von den MigrantInnen „tren de la muerte“ (Todeszug) oder „la bestia“ (die Bestie) genannt. Fast jede Woche kommt es zu Unfällen, bei denen die mitfahrenden Menschen unter den Zug fallen und ihre Gliedmaßen von den Stahlrädern des Zuges abgetrennt werden. Nicht wenige sterben dabei. Aber nicht nur die Reise auf dem Zug an und für sich ist gefährlich: Die mexikanische Migrationsbehörde INM

führt Razzien durch, bei denen die Züge auf offener Strecke abrupt gestoppt werden. Viele verlieren dabei den Halt und kommen unter die Räder. Todesfälle werden von den staatlichen Einheiten damit fahrlässig in Kauf genommen. Berüchtigt sind die Züge auch wegen der extrem brutalen Überfälle der Jugendbanden auf MigrantInnen. MigrantInnen, die ihnen nicht das geforderte Wegegeld zahlen (können), werden mit der Machete zerhackt oder willkürlich in die Räder des Güterzuges gestoßen. Oft werden Frauen und auch junge Männer vergewaltigt.

Wer die finanziellen Möglichkeiten hat, versucht diese Risiken zu vermeiden und stattdessen in kleineren Transportern, Leihwagen oder versteckt in Lastern den schwierigsten und gefährlichsten Teil der Reise bis Mexiko Stadt hinter sich zu bringen.

Kommen die MigrantInnen im Norden Mexikos an, treffen sie auf eine extrem militarisierte Grenze, die mit Hightech überwacht wird. Sie müssen Zäune, Mauern, Infrarotkameras, satellitengestützte Sensoren und Helikopter sowie zahlreiche Patrouillen überwinden. Zu den regulären Patrouillen der American Border Patrol an der Grenze zwischen Mexiko und den USA kommen Patrouillen von US-amerikanischen Freiwilligen hinzu, die für paramilitärische Organisationen (hier weiß niemand, wer die Minutemen waren) arbeiten und im Grenzgebiet Jagd auf MigrantInnen machen.

Natürlich gibt es kaum gesicherte Daten über die illegalisierte Migration. Regierungs-unabhängige Organisationen sowie zentralamerikanische Regierungen sprechen aber von 450 Menschen, die jährlich ihr Leben bei dem Versuch verlieren, Mexiko ohne Dokumente zu durchqueren. Mehr als 100 werden in Folge von Zugunfällen und Polizeiübergriffen zu InvalidInnen.

Juristische Unterstützung hatten die zentralamerikanischen MigrantInnen von den

mexikanischen Behörden bislang nicht zu erwarten, waren es doch eben diese, welche die meisten Übergriffe auf MigrantInnen verübten. Durch langsame und ineffektive Ermittlungen sicherten die staatlichen Einrichtungen den TäterInnen quasi Straflosigkeit zu. Doch es scheint sich eine Wende in der mexikanischen Migrationspolitik anzudeuten. Ende April 2008 wurden die Migrationsgesetze, die bislang alle kriminalisierten, die sich ohne Aufenthaltspapiere auf mexikanischem Territorium befanden, geändert. Demnach begehen heute diejenigen, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Mexiko aufhalten, eine Ordnungswidrigkeit, aber keine Straftat mehr. Dadurch verspricht sich Mexiko eine Entkriminalisierung der MigrantInnen und hofft offenbar auch, dass mehr Übergriffe zur Anzeige gebracht werden. Aber erst in den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die längst überfällige Gesetzesänderung eine Verbesserung der Lage der MigrantInnen zur Folge hat.

## Der Teufelskreis der Migration

Zwei Drittel der MigrantInnen, die es schließlich in den Norden geschafft haben, schicken Geldüberweisungen, remesas genannt, in ihre Herkunftsländer. El Salvador, Guatemala und Mexiko zählen zu den wichtigsten Empfängerländern dieser remesas in Lateinamerika. Mittlerweile sind diese Überweisungen und damit die Migration unabdingbar für die zentralamerika-

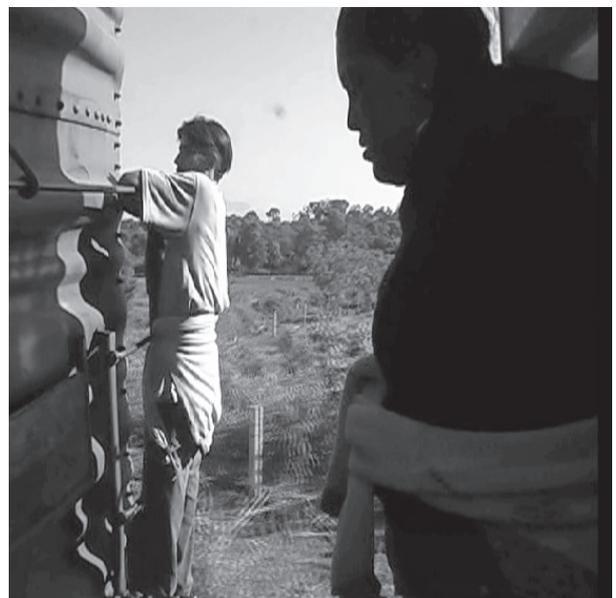


Foto: Ulf Steizner

nischen Ökonomien geworden – sowohl für die Familienökonomien als auch auf makroökonomischer Ebene.

Zum Beispiel El Salvador: Ein Viertel bis ein Fünftel der Haushalte in El Salvador erhalten remesas und verwenden dieses Geld für den alltäglichen Konsum. Und waren früher traditionelle Exportprodukte wie Kaffee und Zuckerrohr die Haupteinnahmequelle für Devisen, so sind es heute die remesas, die 70 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes ausmachen und damit die salvadorianische Ökonomie aufrecht erhalten.

Wie in ganz Zentralamerika, hat das neoliberale Wirtschaftsmodell in El Salvador in den letzten zwei Jahrzehnten zu immer mehr sozialem Ausschluss und immer größerer Armut geführt und mehr als ein Drittel der Bevölkerung in die Migration gedrängt. Dieses Modell, von dem eine kleine wirtschaftliche und politische Gruppe profitiert, ist ein Teufelskreis: Es führt zu Marginalisierung, diese schafft Migration und Migration erzeugt remesas, die die Wirtschaft aufrecht erhält, was wiederum immer

mehr Menschen marginalisiert. So sorgen die Ausgeschlossenen schließlich selbst für die Weiterexistenz dieses Modells. Migration ist also nicht nur eine Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik, sondern auch ihr elementarer Bestandteil.

Als Nebeneffekt tauchen Ausgewanderte nicht mehr in den Statistiken als Arbeitslose, Arme oder Unterernährte auf, sondern sorgen im Gegenteil dafür, dass Hunderttausende in El Salvador zumindest zeitweise der Armut entfliehen und ihre Ernährung, Bildung und Gesundheit gesichert ist. Für die sozialen Strukturen auf dem Land wie in den Städten ist die Migration aber eine Katastrophe: da oft tragende Mitglieder der Basisorganisationen weggehen, werden diese durch die Migration geschwächt. Für die Regierungen ist das allerdings von Vorteil, da eine Gemeinde, wenn sie nicht organisiert ist, ihr Recht auf Bildung, Gesundheit, Wasser, Umweltschutz etc. nicht einfordern kann. Sind erst einmal alle sozialen Netze zerstört, kann der Staat mit meist paternalistischen Programmen seine Regierungspolitik

durchsetzen und entledigt sich damit seiner Verantwortung für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und ein funktionierendes Sozialsystem.

*Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag der Autorinnen, Teresa Avila und Angelika Haas, gehalten am 13. April 2008 an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie in Hamburg.*

#### **Zahlen und Fakten sind v. a. folgenden Publikationen entnommen:**

- FESPAD (2007): *Políticas Públicas, Migraciones, exclusión y DESC*
- FESPAD (2006): *Políticas Públicas, Exclusión social y remesas familiares*
- Zeiske, Kathrin (2005): *Die Südgrenze als geopolitische Grenze der USA. Die Regionalisierung der Migrationskontrolle und ihre Auswirkungen auf die Situation von MigrantInnen. Universität Bonn*
- Miguel Pickard (2005): *Entre fuegos cruzados: Los migrantes mesoamericanos en su travesía hacia el norte, online*
- Francisco de Alba (2001): *Papeles de Población, Hacia una evaluación de las negociaciones migratorias de 2001, Colegio de México*

# „Asalto al sueño“ – Angriff auf den Traum

Interview mit dem Filmemacher Uli Stelzner

(zp/pz) Der Film „Asalto al sueño“, Angriff auf den Traum, erzählt die Geschichten zentralamerikanischer Migrant\_innen auf dem Weg in die USA. Im Fokus des Films liegt die Grenze zu Guatemala im Süden Mexikos, denn für viele zentralamerikanische Migrant\_innen endet ihre Reise in die USA bereits dort und nicht erst an der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Ausgerüstet mit einer kleinen Digitalkamera interviewt und begleitet der Filmemacher Uli Stelzner die Migrant\_innen auf diesem Teilstück ihrer Reise. Zentraler Ort des Films ist Tapachula an der Südgrenze Mexikos. Hier befindet sich nicht nur das größte

Abschiebegefängnis Mexikos, sondern das ist auch der Ort, an dem der Zug abfährt, auf dem sich viele Migrant\_innen auf den gefährlichen Weg in den Norden machen. Uli Stelzner ist dafür bekannt, dass er seine Filme nicht nur für ein europäisches Publikum produziert. Der Film „Asalto al sueño“ wurde in mehreren zentralamerikanischen Ländern, in Mexiko und in den USA öffentlich gezeigt. Ziel dieser Aktion war nicht, die Leute abzuschrecken, sondern sie auf das vorzubereiten, was sie auf dieser Reise erwartet, auf die Situation der Migrant\_innen an der Südgrenze Mexikos aufmerksam zu machen und eine öffentliche Debatte darüber anzustoßen.

„Angriff auf den Traum“ hast du den Film genannt. Uns würde interessieren, wer macht den Angriff, was ist das für ein Traum?

Der *sueño americano*, der amerikanische Traum, ist auch hierzulande relativ bekannt als der Traum von der individuellen Lösung aller Probleme, als eine Möglichkeit der eigenen Situation zu entkommen. In Zentralamerika bedeutet der amerikanische Traum, sich ein Leben in den USA zu eröffnen.

Die zentralamerikanische Migration in die USA ist nichts Neues, das hat es in den letzten Jahrzehnten immer gegeben, hat aber verschärft in

den 1970er, 1980er Jahren eingesetzt. Damals bestand der amerikanische Traum eher aus einer Flucht aus den Herkunftsländern auf Grund der bewaffneten Auseinandersetzung in El Salvador, Nicaragua, Guatemala. Nach Beendigung dieser Konflikte sind es hauptsächlich wirtschaftliche Hintergründe, die die Leute dazu bewegen, ihre Länder zu verlassen. Die Zahl der Leute, die ihr Land verlassen, hat wahnsinnig zugenommen und seit dem Freihandelsvertrag NAFTA gestalten Mexiko, die USA und Kanada eine einheitliche Migrationspolitik. Mexiko hat mit den Migrationsbestimmungen die Rolle übernommen, die Migration in die USA schon im Süden des Landes einzudämmen. Mexiko, das eigentlich immer ein Einwanderungsland gewesen ist, hat im Zuge dieser Migrationsbestimmungen die Grenze relativ undurchlässig gemacht. Undurchlässig nicht in dem Sinne, wie es die USA machen, mit einer Mauer, sondern einfach auf Grund von verschärften Kontrollen, die hauptsächlich in Chiapas angesiedelt sind. Diese Kontrollen sind so stark, dass 80 Prozent der Leute, die versuchen, in die USA zu kommen, schon gar nicht mehr über Chiapas hinauskommen.

Angriff auf den Traum in dem Sinne, dass die Leute, die aus Zentralamerika kommen, quasi rechtlos sind, schutzlos, ausgesetzt jeglicher Art von

Gewalt ihnen gegenüber. Auf Grund von Statistiken, die die so genannten *Casas de Migrantes* erheben, gehen um die 80 Prozent aller Übergriffe von den lokalen Behörden, Migrationsbehörden, Polizei und Armee aus, alles, was eingreift, um die Migranten aufzuhalten. Unter Übergriffen versteht man, die Leute ausrauben, Frauen vergewaltigen, die Leute stoppen, teilweise auch Migranten entführen und von ihnen bzw. ihren Familienmitgliedern Gelder erpressen usw. Die restlichen 20 Prozent setzen sich aus den Jugendbanden (Maras) und allgemeiner Kriminalität zusammen, aus Leuten, die an den Migrationsrouten leben und die Migranten überfallen. Diese Gewaltsituation ist permanent zu spüren, wenn man sich da bewegt, so wie ich das gemacht habe. Und von daher, auf Grund meiner Erfahrung, die ich während den Dreharbeiten gemacht habe, hat der Film seinen Titel bekommen.

*In welchem Kontext bist du dazu gekommen, diesen Film zu machen? An welche Orte bist du gegangen und wie hast du Kontakt geknüpft mit den Leuten, mit denen du gedreht hast?*

Also, ich hab die letzten vier, fünf Jahre in Guatemala gelebt und da auch permanent mitbekommen, dass die Leute gegangen sind, auch viele Leute, die ich aus dem Freundeskreis kannte.

Irgendwann habe ich von dieser Grenze gehört bzw. von einigen Grenzübergängen, wo die Routen angesiedelt sind, und von daher war es dann relativ einfach für mich, nach ersten Recherchen mit Leuten zu sprechen. Das Konzept war relativ schnell klar. Ich hab mich auf diesen Zug konzentriert, der an der Südgrenze von Mexiko abfährt und die gesamte mexikanische Republik durchquert. Das ist sozusagen eine Route, die das Gros der Migranten nimmt, weil sie nicht das Geld haben, sich Schlepper zu leisten. Und dieser Ort, wo dieser Zug in Mexiko losfährt, das ist gleichzeitig der Ort, wo das größte Abschiebegefängnis von Mexiko ist, in Tapachula. Und von daher war für mich klar, dass das ein wichtiger Ort ist, nämlich der Anfang, wo die Reise losgeht und für die meisten auch das Ende, weil sie von dort aus in die jeweiligen Heimatländer abgeschoben werden. [...]

*So, wie ich dich verstanden habe, wolltest du mit diesem Film zeigen, dass die Grenze, die man häufig als diese eine Mauer sieht, dieses Bild von diesem Zaun zwischen Mexiko und den USA, nicht nur diese eine Grenze ist, sondern dass ganz Mexiko auf eine gewisse Art zu einer Grenze wird. Trotzdem ist dieser Blickwinkel sehr auf die Leute gerichtet, die nicht durchkommen. Es kommen aber auch viele Leute durch. Migration findet immer statt. Wie würdest du das Verhältnis von dem amerikanischen Traum, der so nicht funktioniert, und den Leuten, die trotzdem in die USA kommen, beschreiben?*

Also, es schaffen schon auch viele, natürlich nicht so viele Zentralamerikaner wie Mexikaner, weil die es einfach ein bisschen leichter haben. In San Francisco habe ich einen Migranten getroffen, der im Film vorkommt, und das war eine sehr nette Wiederbegegnung. Zwei Jahre vorher an der Grenze, und jetzt arbeitet er illegal in einer kleinen Bäckerei in Oakland, kann nicht zurück und bewegt sich kaum. Die Repression gegenüber Migranten ist unglaublich, nicht nur an der Grenze, sondern flächendeckend werden Leute festgenommen, ihnen werden die Autos

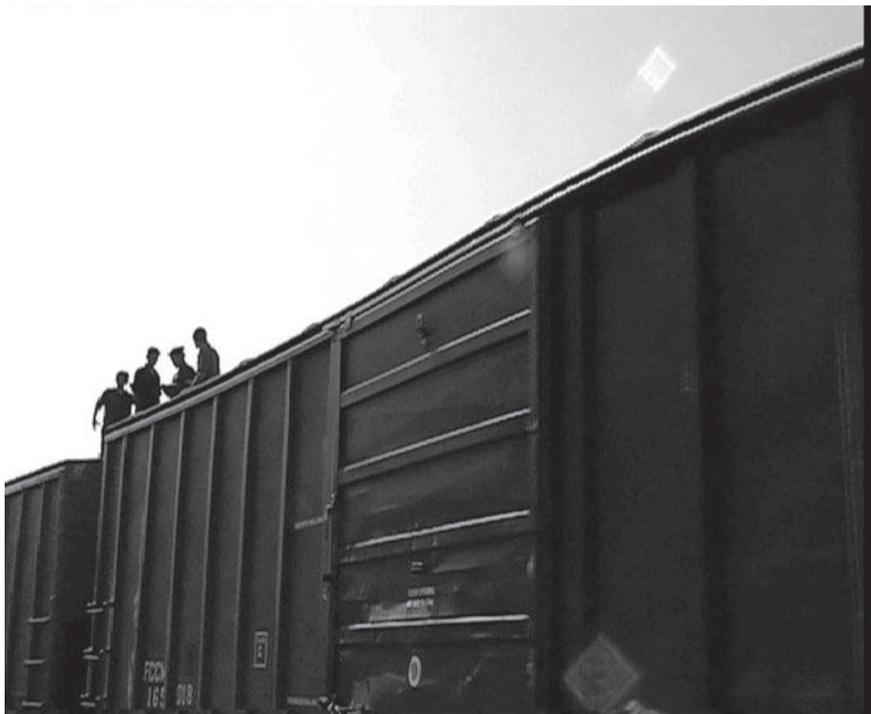


Foto: Uli Stelzner

Auf dem Güterzug

wegenommen usw. Sie müssen eigentlich in jedem Moment mit Deportation rechnen.

Klar, ich hab natürlich Leute getroffen in den USA, die es einfach gemacht haben, die das erreicht haben, was sie möglicherweise erreichen wollten. Auf der anderen Seite habe ich natürlich auch viele frustrierte Migranten getroffen. Ich war ein-, zweimal in so genannten worker centers, das sind kleine Container, wo die Migranten in der Nähe von Einkaufszentren warten, um einen Tagelöhnerjob zu bekommen und die sagen, dass es ganz, ganz schwierig geworden ist in letzter Zeit. Dann bin ich einmal mit dem Auto durch Kalifornien gefahren, durch diese Anbaufelder. Da sieht man hunderte, tausende von Leuten auf den Knien liegen und Tomaten ernten oder Erdbeeren oder sonst irgendwas. Mit denen hab ich mich nicht unterhalten, aber letztendlich würde ich da nicht wirklich von einem erfüllten Traum reden. Was natürlich Tatsache ist, dass die wenigen Dollars, die sie da verdienen, ihren Familien helfen. Von daher ist es gar nicht mal so sehr ein individueller Traum für viele, sondern quasi ein kollektiver Mindestlohn, der dadurch in Zentralamerika gesichert wird. Diese Transfergelder halten im Prinzip die zentralamerikanischen Ökonomien über Wasser. Insofern ist es quasi schon ein Zwang zu gehen, es ist eine forcierte Migration. Ich würde es gar nicht mal so sehr als einen individualistischen Traum betrachten, sondern die Leute werden in die Migration getrieben. Die meisten, wenn sie die Möglichkeit hätten, zu Hause zu bleiben und zu Hause zu arbeiten, würden nicht gehen. Und das geben sie relativ schnell zu. [...]

*In Europa spricht man zum Beispiel von der Festung Europa: niemand kommt durch. Und trotzdem kommen Leute durch. Gleichzeitig findet ein Opferdiskurs statt. Es heißt immer: ach, die Armen, die von Schlepper\_innen und Schleuser\_innen gedrückt werden, die müssen gehen und sind Opfer dieses Migrationsregimes. Daran knüpft sich meine Frage an. Wie hast du Schlepper\_innen, Schleuser\_innen mitbekommen, was für ein Verhältnis gibt*



Foto: Uli Stelzner

Sprung ins Ungewisse

*es zwischen ihnen und den Migrant\_innen? Und wie sieht eine Organisation von Migrant\_innen aus? Man spricht von Netzwerken, die sich bilden, dass sie von einem Punkt zum nächsten reisen, dass es keine stringente Reise ist. Wie sieht es dort aus, dass man jenseits von staatlichen Kontrollen einfach durchkommt?*

Ich hab mit Schleppern direkt nichts zu tun gehabt, wollte ich auch nicht, weil das eine andere Strategie gewesen wäre, um mit denen in Kontakt zu kommen. Dazu habe ich nur Informationen über die Migranten selber bekommen. Es gibt solche und solche. Es gibt Leute, die zuverlässig arbeiten. In Guatemala gibt es zum Beispiel ein relativ bekanntes Dorf, wo die das schon seit Jahrzehnten machen, und die machen das auch wirklich gut. Dann gibt es Leute, die ihre Leute hängen lassen. Es gibt jegliche Art von Schleppern. Da fehlt mir aber letztendlich die Erfahrung, um dazu Konkretes zu sagen. Ich habe beide Dinge gehört, dass die einen sagen, das haben die wirklich gut gemacht, und die anderen sagen, der hat mich hängen lassen in der Wüste und ich musste mich dann zwei Tage alleine durchschleifen. Es gibt da die vielfältigsten und auch diffusesten Geschichten, denen ich aber auch nicht genauer nachgegangen bin.

Jetzt zur Organisation. Viele Migranten haben Familienmitglieder in den USA, die ihnen an bestimmten Punkten Geld zuschicken. Wenn die irgendwo sind, dann rufen sie an und besorgen sich neues Geld. Über Western Union lassen sie es sich schicken, weil sie auch nicht mit viel Geld in der Tasche reisen wollen. Es gibt bestimmte Etappenziele, die sie versuchen zu erreichen. Sie versuchen, erst mal nach Vera Cruz zu kommen oder nach Mexico-Stadt. Und wenn du einmal Mexico-Stadt erreicht hast, dann ist es auch nicht mehr so schwer. In Richtung Norden sind die Kontrollen nicht mehr so stark. Und dann gibt es bestimmte Anlaufpunkte, die bekannt sind, wo man in Tijuana oder wo man in Texas über die Grenze geht. Das wird aber hauptsächlich über Schlepper organisiert. Das ist aber auch schon wieder sich am demokratisieren, weil schleppen können inzwischen ganz viele. Es sind auch immer mehr Frauen, die das machen an den Grenzen. Von daher kannst du schon von einer organisierten Migration sprechen, aber das ist jetzt nicht in dem Sinne politische Organisation. Es läuft ganz viel über Familienbande, dass die dann überall Anlaufpunkte haben: da wohnt ein Cousin von dem und wenn du erst mal da bist, dann wirst du dahin weiter geschickt. Diese Wege funktionieren auch, aber das läuft hauptsächlich über Familien,

kaum über Schlepper. Die Schlepper übernehmen die Funktion, sie durch Mexiko zu bringen, an einen bestimmten Ort jenseits der Grenze und von dort aus organisieren sie sich dann selbst.

Und da bekommen sie dann oft von den Familien Geld geliehen, was sie dann in den Jahren danach einfach abbezahlen. Das ist schon so organisiert. Und sozusagen im Ziel ihrer Reise treffen sie auch auf Infrastruktur, wo sie Tipps bekommen, wie sie an Arbeit kommen, wo sie irgendwelche Papiere kriegen usw. Das heißt, die werden dann quasi in eine Gemeinde eingeführt und darin können sie sich dann entwickeln und weiterentwickeln. Das funktioniert natürlich schon, jenseits von Staat und allen möglichen Organisationen, das ist einfach ein Ergebnis von langjähriger Migration in die USA.

*Und wie verändern sich Räume wie beispielsweise Vera Cruz oder Tijuana durch Migration? Entsteht etwas wie das, was man heutzutage unter transnationalen Räumen versteht?*

Migration, da hängt ja auch immer ganz viel Geld dran. So eine Reise von Guatemala oder El Salvador in die USA kostet bis zu 10.000 Dollar, das ist eine Menge Geld. Davon steckt sich der oder die Schlepperin natürlich einiges ein, aber vieles bleibt natürlich auch auf dem Weg und nimmt seinen Weg in den Wirtschaftsfluss von Zentren wie Tijuana oder Ciudad Juarez. Die Migration auf der Strecke bewegt immer Geld. Es fängt in Tapachula an, wo die Migration aus Guatemala im Prinzip die Landwirtschaft am Laufen hält. Die Guatemalteken sind diejenigen, die in Südmexiko den Kaffee ernten, die jungen Frauen sind diejenigen, die in den Häusern arbeiten usw. Da entsteht natürlich ein Geldfluss.

Und auch an manchen Migrationsrouten entstehen kleine Industrien. Die wissen, da kommt billige Arbeitskraft, die haben kein Geld mehr für die Weiterreise und dann werden die unter Vertrag genommen oder auch nicht unter Vertrag, aber ihnen wird Arbeit gegeben, die dann dort vor Ort entsteht. Das heißt, da kommt das dann schon mal vor, dass sich ein-, zwei-, dreihundert Leute an einem be-

stimmten Ort aufhalten. Da entstehen kleine Industrien. Und an diesen Grenzorten ist das nochmal viel heftiger. Allein schon durch den Flugbetrieb. Es gibt ja diese Billiglinien, die immer billiger werden, die von Südmexiko nach Nordmexiko fliegen. Das heißt, du hast da ein Passagieraufkommen in den diversesten Bereichen, was total viel Geld bringt. Und dann vor Ort, dadurch dass die Leute teilweise auch nicht direkt rüber gehen oder da auch hängen bleiben oder wieder zurückgeschickt werden, siedeln die sich in diesen Städten an und werden Teil der Ökonomie. Das sind dann schon Gebiete, die sich dadurch verändern. Ich hab mich damit nicht viel beschäftigt, aber das, was ich damals gesehen hab, ist auch kein Zufall, dass so große Unternehmen in Tijuana oder in Ciudad Juarez produzieren. Die kommen von den USA rüber und bauen die Produktionsanlagen auf und haben dadurch billige Arbeitskräfte und im Prinzip findet das im kleineren Stil verteilt über die ganze Republik statt.

*Und was ist mit den Orten, wenn sie dann zurück nach Hause kommen. So, wie du es vorhin beschrieben hast, kam es mir – überspitzt formuliert – so vor, daheim ist alles die schöne Welt, auf dem Weg ist es gefährlich und in den USA kommt Rassismus ins Spiel. Ich unterstelle jetzt, dass es nicht nur Arbeitsmigration ist, viele migrieren doch auch, weil sie zum Beispiel aus Familienverhältnissen flüchten wollen. Wie ist die Rückwirkung dann, was verändert sich in den Orten, in den Familienstrukturen?*

Bestimmt, das ist ein weites Feld der Forschung, was sich da innerhalb der Familien tut. Es werden zwar immer mehr Frauen, aber es sind nach wie vor hauptsächlich Männer, die gehen. Die Familienstrukturen in Zentralamerika sind nicht so stabil, wie man das hier so kennt, die Männer waren eigentlich immer nicht so richtig da. Viele Kinder wachsen im Prinzip auch ohne Vater auf.

Die Motivation zu gehen ist weit gefächert. Es wäre zu einfach zu sagen, die Leute gehen nur, weil die Situation da so schlecht ist. Es gehen

auch viele, weil sie aus ihrer konkreten familiären Situation herausgehen, weil sie andere Bilder empfangen. Das gesamte Fernsehprogramm von Zentralamerika ist nordamerikanischem Einfluss ausgesetzt. Da wird ihnen die schöne heile Welt gezeigt. Dazu kommt auch ein bisschen dieses sich beweisen oder des Wissenwollens, dass die Leute sagen, hier, ich mach den Weg auch. Das hat auch ein bisschen was von Abenteuer. Es gibt ganz viele verschiedene Gründe, warum die Leute gehen. In Guatemala sind 40 bis 50 Prozent der städtischen Bevölkerung von der städtischen Wirtschaft ausgeschlossen, da passiert gar nichts. Deshalb gibt es auch diese hohe Kriminalitätsrate, diese organisierte Kriminalität. Nicht im großen Stil, sondern in den einzelnen Barrios, wo die Jugendlichen die Busfahrer erpressen, um zu überleben oder solche Geschichten. Es gibt wirklich kaum Alternativen. Relativ viel wird privatisiert, die Bildung wird privatisiert. Das Preisniveau in Guatemala in der Stadt ist annähernd wie hier, was die Lebensmittel betrifft. Alles, was nicht Mais und Bohnen ist, hat ähnliche Preise wie hier.

Das heißt, du hast auf der einen Seite dieses Gefühl, was jeden in seinen jungen Jahren bewegt: Aufbruch, was anders zu probieren. Und du hast nochmal mehr Grund, weil du weißt, du willst nicht so enden wie dein Vater oder deine Mutter, in diesen ärmlichen Verhältnissen. Das ist ganz schwierig, da aus eigener Kraft weiterzukommen, weil du es dir einfach nicht leisten kannst, eine bestimmte Ausbildung zu genießen oder sonst was. Und auf dem Land, in den Dörfern, je mehr du dich in diesen einzelnen Provinzen oder Departements bewegt, merkst du ganz klar, wo Geld aus den USA ankommt und wo nicht. Städte wie Quetzaltenango im Norden wachsen ohne Ende und du weißt, das ganze Geld kommt aus den USA. Von daher ist das im Prinzip ein Riesenkreislauf, der entstanden ist. Die Gemeinden oder die Familien profitieren natürlich schon davon. Ganz klar.

*Danke für das Gespräch.*

*Das Interview wurde redaktionell bearbeitet.*



Auszug aus der Selbstdarstellung der Kampagne [www.save-me-muenchen.de](http://www.save-me-muenchen.de)

„Im Jahr 2008 feiert die Landeshauptstadt München ihren 850. Geburtstag. Das nehmen wir zum Anlass, von der Stadt und ihren BürgerInnen ein deutliches Signal zu fordern. Wir wollen erreichen, dass München sich bereit erklärt, 850 Flüchtlinge aus einer aktuellen Krisenregion aufzunehmen, um ihnen einen Neuanfang in Sicherheit zu ermöglichen. (...)

Wir wollen keine bloßen Lippenbekenntnisse. Deshalb suchen wir Münchnerinnen und Münchner, die jeweils für einen der ankommenden

Flüchtlinge eine Patenschaft übernehmen. Konkret könnte das heißen, dass PatInnen unseren neuen MitbürgerInnen helfen, sich zurechtzufinden. Helfen, ihnen einen guten Start in einer neuen Heimat zu ermöglichen. Die SAVE ME-Paten machen außerdem durch ihre Willensbekundung deutlich, dass Flüchtlingsschutz uns alle betrifft und ein Umdenken in der Flüchtlingspolitik nötig ist. (...)

Die SAVE ME-Kampagne ist eine Initiative von MünchnerInnen. (...)

und wird unterstützt von zahlreichen Organisationen und Institutionen wie dem Bayerischen Flüchtlingsrat, dem Münchner Flüchtlingsrat, den Münchner Kammerspielen, Refugio e.V. u.v.m.“

Da diese Kampagne zu heftigen Diskussionen führte, haben wir einen Befürworter und einen Gegner der Kampagne gebeten, Stellung zu nehmen.

## Raus aus der Nische - Putting Flüchtlingsschutz back on the map

Von Matthias Weinzierl

Seit 1991 bin ich in der Flüchtlings- und Asylarbeit aktiv. Damals spielte das Thema Flüchtlinge noch eine zentrale mediale Rolle. Zum einen, weil damals Unterkünfte in Flammen standen, zum anderen, weil noch eine relevante Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland lebte. In München gab es zu dieser Zeit eine Vielzahl von Initiativen und aktiven Einzelpersonen, die sich mit Flüchtlingen beschäftigten und sich für sie einsetzt. Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in Form von Initiativen und Asyl-Arbeitskrei-

sen ist längst Geschichte. Hand aufs Herz: Wer kennt noch einen Flüchtling?

Wir stellten uns ständig auf Schlimmeres ein

Wir durften miterleben, wie das Asylrecht demontiert wurde und haben im Lauf der Jahre zahlreiche Anti-Abschiebungs-Aktionen, Mahnwachen, Kampagnen, Kundgebungen, Festivals, Camps und Demonstrationen gestemmt. Mit dem Ergebnis: Die Ver-

hältnisse für Flüchtlinge haben sich stetig verschlechtert. Wir stellten uns immer wieder auf die neuen Verhältnisse ein mit dem Ziel, Schlimmeres zu verhindern oder zumindest abzumildern. Der Forderung „Grenzen auf!“ folgte „Weg mit der Residenzpflicht!“, auf „Kein Mensch ist illegal!“ folgte irgendwann „Her mit dem Bleibe-recht!“. Mit den Forderungen schrumpfte auch der Kreis unserer MitstreiterInnen und wurde von Jahr zu Jahr exklusiver. Wir kennen uns und haben unsere Nische gut eingerichtet.

Oft fanden unsere Proteste unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Unser starker Gegner: das Desinteresse und ein gesellschaftlicher Konsens, der sich in seiner überwältigenden Mehrheit gegen Flüchtlinge richtet. Die Flüchtlingsdebatte, wenn sie überhaupt noch geführt wird, dreht sich fast ausschließlich um Abwehr und Abschiebung der Betroffenen. Das Thema ist so negativ besetzt, dass einer befreundeten Flüchtlingsorganisation, die sich von einer Unternehmensberatung Hilfe zur Spenden-Akquise erhoffte, der sinnige Rat erteilt wurde: „Wechseln sie doch ihr Klientel.“

Flüchtlingsschutz muss wieder eine Rolle spielen

Hier setzen wir mit der „save me“ Kampagne an. Unser vordergründiges Ziel ist es, die Stadt München zur Aufnahme von Flüchtlingen zu bringen und dafür eine besonders breite Basis von UnterstützerInnen und PartnerInnen zu gewinnen. Darüber

hinaus wollen wir erreichen, dass das Thema Flüchtlingsschutz wieder eine Rolle spielt, dass Diskussionen entstehen und ein Umdenken stattfindet. Wir brauchen dringend einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingsthematik.

Unsere Kampagne ist leicht zugänglich und positiv angelegt. Neben der praktischen Neuaufnahme von Flüchtlingen spielen das europäische Grenzregime und die Verhältnisse in den Flüchtlingslagern die zentrale Rolle.

Eines ist klar: Resettlement, also die kontingentierte, staatliche Aufnahme von Flüchtlingen, ist weder besonders progressiv noch als Antwort auf die weltweite Flüchtlingsmisere geeignet. Wenn uns aber mit „save me“ gelingt, diese Misere einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen, wäre das ein Erfolg.

Wir wollen kommunalen Druck aufbauen. Unsere Kampagne macht

bereits Schule und eine Reihe von Städten und Kommunen plant bereits eigene „save me“-Kampagnen. Den Innenministern dürfte es schwer fallen, ihren flüchtlingsfeindlichen Kurs fortzusetzen, wenn gleichzeitig immer mehr Städte und Gemeinden ihre Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme signalisieren.

Wir sind nicht angetreten, die große Lösung anzubieten. Unsere Kampagne ist ein neuer Versuch, ein Ansatz, nicht mehr, aber auch nicht weniger.



<http://images.google.de>

## Don't Save Me!

Ist die Save Me-Kampagne falsch? Sicherlich nicht, denn das Anliegen, das sie verfolgt, nämlich die Thematisierung der Abweisung von Flüchtlingen durch die EU an ihren Außengrenzen und das Einfordern von Flüchtlingsschutz, ist richtig und dringend notwendig. Aber ist dennoch etwas falsch an der Kampagne? Meiner Meinung nach ja.

Den ganzen Winter lang grinsten Ulrich Wickert von den Plakatwänden, um uns als PatIn für ein Kinderhilfswerk zu gewinnen. Das ist nichts Neues oder Überraschendes, denn Pate kann mensch ja auch für Koalabären und Regenwälder werden. Und bei der Save Me-Kampagne nun halt für einen Flüchtling, und zwar erstmal rein virtuell.

Das Thema der PatInnen weist jedoch auf eine übergeordnete Problematik: Wer macht für wen Politik? Nun gab es in der antirassistischen Bewegung über die letzten Jahre die richtige wichtige Entwicklung, StellvertreterInnenpolitik abzulehnen, also nicht Politik für Flüchtlinge, sondern gemeinsam mit Flüchtlingen zu machen, sich im politischen Prozess aufeinander zu beziehen und voneinander zu lernen, kurzum: auf gleicher Augenhöhe zu agieren. Aus diesem Grund ist das PatInnenmodell höchst problematisch: Auf der Save Me-Kampagnenseite finden sich mittlerweile knapp 500 PatInnen, die zum größten Teil Deutsche sind, die „schon immer mal was Gutes tun“ wollten. Flüchtlinge, um deren Schicksal es eigentlich gehen sollte,

finden sich auf der Seite kaum und vor allem nicht als handelnde Subjekte, sondern nur als anonyme Opfer, als Objekte deutscher/europäischer Hilfsbereitschaft. Dies reproduziert eine Spaltung zwischen Menschen aus dem Westen, hier Deutschland/Europa und Menschen aus dem Rest der Welt, die sich seit Jahrhunderten durch die europäische Geistesgeschichte zieht: Während die Ersteren als aktiv dargestellt werden, sind die Letzteren passiv. Am Besten ist diese Spaltung im Titel der Kampagne symbolisiert: Das appellative „Save Me“, Rette Mich!, ist die anmaßende Einnahme der SprecherInnenrolle der als Opfer identifizierten Flüchtlinge und MigrantInnen durch die Subjekte der Kampagne. Dieses Sprechen für und über Andere ist Teil der Problematik,

denn auch die rassistischen Diskurse gegen Flüchtlinge und MigrantInnen der letzten Jahrzehnte haben immer über eine Fremdzuschreibung funktioniert. Auch wenn es der Save Me-Kampagne bestimmt nicht darum geht, rassistische Stereotypen zu reproduzieren, liefert sie dennoch ebenso keinen Beitrag zu ihrer Dekonstruktion.

Nach der Kritik an der Form, die aber eben auch nie vom Inhalt zu trennen ist, lässt sich nun die Frage stellen, ob nicht wenigstens die Forderungen der Save Me-Kampagne richtig sind: Das „Resettlement“ von Flüchtlingen, die in Lagern weit entfernt von Europa keine Zukunft haben. Aber auch hier will ich anbringen, dass es dafür einmal ein probateres Mittel gab: das Asylrecht, das allen Flüchtlingen ein Recht darauf gab, Asyl einzufordern. Es ist uns allen klar, dass dieses Recht dennoch der Mehrheit aus spitzfindigen und fadencheinigen Gründen abgesprochen wurde, bevor es dann in Deutschland 1993 vollkommen entsorgt wurde. Ebenso ist es klar, dass die Forderung nach einer Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1993 angesichts

der Konstitution des europäischen Grenzregimes auch keine progressive Politik darstellt. Der Punkt ist aber folgender: Wenigstens war es ein für Flüchtlinge einforderbares Recht, während Resettlement ein Gnadenrecht der europäischen Staaten darstellt.

Wie diese Verkehrung konkret aussieht, wird anhand der Forderung Wolfgang Schäubles sichtbar, die EU solle Resettlement für irakische Christen betreiben. Zwar sind mehrere Millionen IrakerInnen jeder Konfession auf der Flucht, die EU möge aber nur die Glaubensbrüder und -schwestern aufnehmen. Dies hat natürlich nichts mehr mit Flüchtlingschutz zu tun, aber es segelt ebenfalls unter der Flagge Resettlement. Dem Resettlementkonzept frappierend ähnliche Pläne hatte im Übrigen auch der damalige Innenminister Otto Schily, der in Nordafrika von der EU Flüchtlingslager aufbauen lassen wollte, um dort die Prüfung der Asylanträge durchzuführen. Nun hat sich die Save Me-Kampagne in dieser Hinsicht klar von solchen Vorschlägen abgegrenzt, dennoch ist sie in einem ähnlichem Fahrwasser unterwegs und könnte sol-

che Pläne salonfähig machen. Den es gibt durchaus Forderungen, mit denen mensch sich nicht in eine solche Gefahr begibt, wie etwa die Forderung nach einer Abschaffung aller Grenzen und einem globalen Recht auf Bewegungsfreiheit. Nur ließen sich damit sicherlich nicht in einem kurzen Zeitraum 500 PatInnen mobilisieren.

Das Dilemma der Save Me-Kampagne ließe sich daher wohl folgendermaßen zusammenfassen: Tiefe und Breite verhalten sich zueinander umgekehrt proportional: Entweder die Forderungen stimmen, aber sie werden nur von einer kleinsten Minderheit gestellt, oder die Forderungen sind so weich, dass der Mainstream sie aufgreifen kann. Die Save Me-Kampagne hat sich mit dem inhaltlichen wie auch dem Mobilisierungskonzept der PatInnen wohl für letzteres entschieden.

*Maxim Kammerer*



<http://images.google.de>

kolonisiert – koffeiniert – assoziiert oder: gegen die europäische Zubereitung Zentralamerikas!  
Eine Kampagne zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika

# EU neokolonial in Zentralamerika

(ah) „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“, nennt sich das Dokument, mit dem die EU-Kommission Ende 2006 unmissverständlich ihre Außenhandelsstrategie beschrieb. Um sich selbst einen ökonomischen Aufschwung zu garantieren, betreibt die Europäische Union beharrlich die Öffnung der Märkte von Schwellen- und Entwicklungsländern. In diesem Sinne werden zur Zeit mehrere Freihandelsabkommen, u. a. mit Zentralamerika verhandelt. Dieses Assoziierungsabkommen, so der offizielle Name, ist Ausdruck grundsätzlicher Bemühungen der EU, das neoliberale Wirtschaftsmodell weltweit durchzusetzen.

Mit einer aggressiven Außenhandelspolitik sichert die Europäische Union die Interessen europäischer Konzerne rechtlich ab und verschafft ihnen Wettbewerbsvorteile. Ein besonderes Interesse der Europäischen Union ist auch der ungehinderte Zugang zu Energiequellen und anderen Rohstoffen. Vor allem aber möchte die Europäische Union der USA nicht die Vorherrschaft in Lateinamerika überlassen. Deshalb ist es kein Zufall, dass die EU immer kurz nach den USA Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Ländern abschließt. Durch diese Abkommen wird das neoliberale Modell immer weiter verfestigt, das den Markt zum alleinigen Maßstab erhebt. Der politische Handlungsspielraum für die Länder Lateinamerikas wird damit immer mehr eingeengt.

Die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind nicht nur innerhalb der EU zu spüren, wo die soziale Polarisierung immer mehr zunimmt, sondern ganz besonders auch in den Ländern des globalen Südens. Doch soziale Bewegungen in Zentralamerika sind nicht mehr bereit, sich durch neokoloniale Wirtschaftsbeziehungen ausbeuten zu lassen und eine

weitere Verschlechterung ihrer ohnehin prekären Lebensbedingungen hinzunehmen.

Um die ökonomischen und politischen Interessen der Europäischen Union und Kritik von sozialen Bewegungen aus Zentralamerika an diesem Abkommen hier in die Öffentlichkeit zu tragen, hat das Ökumenische Büro die Kampagne „kolonisiert - koffeiniert - assoziiert oder: gegen die europäische Zubereitung Zentralamerikas!“ initiiert.

In diesem Rahmen besuchte uns Omar Salazar von der costaricanischen Nichtregierungsorganisation ASEPROLA, um einen Vortrag zum Assoziierungsabkommen und dessen Auswirkungen auf die Arbeitsrechte in der Region zu halten.

Interview mit Omar Salazar, ASEPROLA, 20. Februar 2008

ASEPROLA<sup>1</sup> ist eine Nichtregierungsorganisation aus San José, Costa Rica. Mittels Untersuchungen, Weiterbildungen und Kampagnen beschäftigt sie sich mit dem Thema

Arbeitsrechte. Außerdem berät sie in ganz Zentralamerika Organisationen, die in irgendeiner Weise mit dem Thema zu tun haben. Neben Gewerkschaften sind dies auch Frauengruppen, Organisationen von Jugendlichen oder Bauern und Bäuerinnen, bis hin zu Menschenrechtsgruppen.

*Das zentrale Thema der Organisation, der Du angehörst, erschließt sich schon aus ihrem Namen: ASEPROLA (Vereinigung zur Unterstützung der Arbeitsförderung). Das heißt, es geht vor allem um die Arbeitsrechte. Ein großer Teil eurer aktuellen Arbeit geht aber in die Auseinandersetzung um Freihandelsverträge. Bis vor kurzem war das der Widerstand gegen DRCAFTA<sup>2</sup> und jetzt gegen das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika. Könntest Du etwas zur Beziehung zwischen diesen beiden Themen - Arbeitsrechte und Freihandel - sagen.*

Die Frage, die Du mir gestellt hast ist, sehr interessant. Viel ist schon darüber gesprochen worden, ob es einen Einklang zwischen Freihandel und



Oscar Arias und George W. Bush auf einer Demo gegen CAFTA

Foto: Zeitung La Nación, Costa Rica; <http://www.nacion.com>



Quelle: Zeitung La Nación, Costa Rica

Mehrere 100.000 Menschen demonstrieren für ein Nein beim Referendum..

Arbeitsrechten gibt. ASEPROLA hat die Ideologie des Freihandels sehr, sehr eingehend studiert. Als entscheidendes Ergebnis haben wir gefunden, dass innerhalb der Freihandelsideologie die Arbeitsrechte sich letztlich in etwas verwandeln, was sie ein Hemmnis nennen, ein Hindernis für den freien Handel. Das Recht auf Freihandel geht von Prinzipien aus, die in vollkommenem Gegensatz zu den Prinzipien stehen, die den Arbeitsrechten zugrunde liegen. Genau so, wie sie in totalem Gegensatz zu den Menschenrechten und den Umweltrechten steht. Denn all diese Rechte, Arbeitsrechte, Menschenrechte und Umweltrechte, mit denen wir uns beschäftigen, gehen vom Prinzip des Schutzes aus. Sie basieren auf der Erkenntnis, dass es Starke gibt und dass die Schwachen vor den Mächtigen geschützt werden müssen.

Beim Freihandel ist aber der entscheidende Grundgedanke die Gleichheit. Die Abmachungen, die im Handel getroffen werden, sind von Gleich zu Gleich. Wenn dieses Prinzip verletzt wird, kommt es zu Marktverzerrungen, wie sie es nennen. Das ist ihre Logik, das muss man verstehen. Infolgedessen sieht das Handelsrecht in den genannten anderen Rechten Hindernisse, die zu Verzerrungen führen. Der Freihandel ist daher bestrebt sie zu beseitigen, d. h. also konkret für das Arbeitsrecht, womit wir uns

beschäftigen, dass es zu beseitigen oder bestenfalls auf ein Minimum zu reduzieren ist.

Dies ist für ASEPROLA der entscheidende Punkt. Er zeigt die Bedeutung, die für uns die Behandlung der Arbeitsrechte in einem Freihandelsvertrag hat. Ich wiederhole: Sie beseitigen oder bestenfalls benutzen, um soziales Dumping zu verhindern. Unsere These ist, dass der Freihandel sich sehr, sehr wenig, ja fast gar nicht dafür interessiert, die Arbeitsrechte als Menschenrechte zu verstehen. Deshalb müssen wir einen sehr harten Kampf dagegen führen und deshalb sind wir gegen Freihandel. Nicht nur gegen den Freihandel an sich, sondern auch gegen alle Mittel, ihn durchzusetzen. Dabei ist es gleichgültig, wie sie auch heißen mögen, sei es Freihandelsvertrag oder Assoziierungsabkommen.

*Ich möchte jetzt gerne etwas detaillierter auf das Assoziierungsab-*

Im Rahmen der **Kampagne „kolonisiert - koffeiniert - assoziiert oder: gegen die europäische Zubereitung Zentralamerikas!“** finden verschiedene Aktivitäten statt:

Eine bundesweite Plakat- und Postkartenaktion thematisiert das Assoziierungsabkommen, die dahinter stehenden Interessen sowie den Widerstand dagegen. Die vier verschiedenen Motive können kostenfrei zum Aufhängen an öffentlichen Orten unter [elsal@oeku-buero.de](mailto:elsal@oeku-buero.de) bestellt werden.

Vom 4. bis 6. Juli findet das Wochenendseminar „Das »Assoziierungsabkommen« zwischen der EU und Zentralamerika – Ein Beispiel für die Festschreibung neoliberaler Politik“ in Grafrath bei München statt. Mit dem Ökonomen Raúl Moreno aus El Salvador (Mitglied der Alianza Social Continental) und dem Politikwissenschaftler Andreas Hetzer (Mitarbeiter bei der Informationsstelle Lateinamerika e.V.) werden wir uns kritisch mit den ökonomischen und politischen Interessen der Europäischen Union und der politischen Eliten in Zentralamerika sowie den daraus resultierenden Folgen auseinandersetzen. Wir werden alternative Entwürfe für solidarische und gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen diskutieren und wollen gemeinsam überlegen, wie wir mit sozialen Bewegungen und Organisationen in Zentralamerika Widerstand gegen die sich verschärfende Ausbeutung und Entrechtung sowohl hier als auch dort leisten können. Kontakt und Anmeldung: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., [elsal@oeku-buero.de](mailto:elsal@oeku-buero.de) oder Tel.:089-4485945

Vom 2. bis 15. Juli wird Raul Moreno eine bundesweite Rundreise unternehmen und dabei in folgenden Städten Station machen:

Mittwoch, 2. Juli: München  
Montag, 7. Juli: Bonn  
Dienstag, 8. Juli: Kassel  
Mittwoch, 9. Juli: Leipzig

Donnerstag, 10. Juli: Jena  
Freitag, 11. Juli: Marburg  
Montag, 14. Juli: Berlin

*kommen zwischen der EU und Zentralamerika eingehen. Welche Befürchtungen hat ASEPROLA dazu? Kannst Du beschreiben, worin ihr die größten Gefahren dieses Abkommens für die Region und für Costa Rica seht?*

Die Befürchtungen, die wir zu dem Assoziierungsabkommen haben, oder vielleicht besser, das, was uns alarmiert, ist, dass wir beim besten Willen keinen Unterschied zu einem Freihandelsvertrag sehen können. Vor allem in dem Teil, der die wirtschaftlichen Beziehungen regelt. Die Art und Weise, wie über Handel, Investitionen und Geistiges Eigentum verhandelt wird, scheint eine genaue Kopie von CAFTA zu sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich von etwas berichten, das für uns ganz wichtig ist. Vor zwei Jahren waren wir auf Einladung einer Fraktion des Europäischen Parlaments in Brüssel. Dort wurde uns von Parlamentari-

ern gesagt: Es ist absolut sicher, dass CAFTA die Verhandlungsgrundlage des Assoziierungsabkommens ist. CAFTA ist unsere Basis. Verhandlungen, die weniger als CAFTA ergeben, sind undenkbar. Das heißt, bei den Verhandlungen geht es höchstens darum, CAFTA zu übertreffen.

Wenn die, die das gesagt haben, die Fraktion der Rechten gewesen wäre, hätte man sagen können, na gut. Aber es war die Fraktion der Sozialdemokraten. Sie haben gesagt: CAFTA ist für uns das Minimum. Und man denkt eigentlich: Das sind diejenigen, die die Menschen verteidigen können. Aber sie waren es, die uns das gesagt haben. Was sie uns weiter noch gesagt haben, ist auch ungeheuerlich. Ich erinnere daran, dass ein Assoziierungsabkommen aus drei Pfeilern besteht, dem Handelsabkommen, dem politischen Dialog und der Zusammenarbeit. Jemand sagte uns nun: Der politische Dialog ist völlig uninteressant, da gibt es schon seit über 20 Jahren den San José-Dialog. Wir dachten aber, der politische Dialog könnte das Feld sein zum Austausch mit der Zivilgesellschaft. Aber daran scheint niemand Interesse zu haben. Das ist eine weitere Befürchtung. Was interessiert, ist nur das Handelsthema.

*Die erste Verhandlungsrunde zwischen der EU und Zentralamerika hat im vergangenen Oktober in San José stattgefunden. Hat man in San José von diesen Verhandlungen etwas mitbekommen? Habt ihr einen Eindruck von der Art und Weise der Verhandlungsführung erhalten, z. B. im Vergleich zu den Verhandlungen zu CAFTA?*

Es war genau gleich, es war wie bei CAFTA. Bei solchen Verhandlungen finden in der ersten Runde noch keine eigentlichen Verhandlungen statt. Vielmehr einigt man sich auf die Themen, die man verhandeln will, spricht über das Wie der Verhandlungen. Dabei wurde ganz klar, dass die EU von Region zu Region verhandeln will. In Zentralamerika gibt es aber Länder, die das nicht wollen. Eines dieser Länder ist Costa Rica.

Vor allem sind es Wirtschaftsverhandlungen, d. h., es treffen sich VertreterInnen der Handelsministerien Zentralamerikas und der EU. Außerdem gibt es auch wieder diese

„Nebenzimmer“<sup>43</sup>, wo (den dort Anwesenden) mitgeteilt wird, was bei den Verhandlungen passiert ist.

*Wart ihr da dabei?*

Nein, nein. ASEPROLA vertritt den Standpunkt, damit würden wir einen Prozess legitimieren, der nicht legitimiert werden darf. Ich kann Dir auch erklären wieso. Wir haben nämlich an einer Verhandlungsrunde zu CAFTA in San José teilgenommen. Wir mussten uns in Listen eintragen und unterschreiben. Später erschien dann ein Dokument mit der Behauptung, es hätte Konsultationen mit ASEPROLA gegeben. Mich hat niemand konsultiert, ich bin informiert worden. Solch einer Situation wollen wir uns nicht wieder aussetzen.

*ASEPROLA lehnt also die Form des Freihandels im Rahmen des geplanten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika ab. Habt ihr Vorstellungen zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen, wie sie stattdessen sein sollten?*

Hinsichtlich eines Handelsabkommens vertreten wir folgende These: Eine These, die ich nicht nur den Leserinnen dieses Interviews vorstellen möchte, sondern die ich auch in Brüssel diskutieren möchte, wo ich nächste Woche sein werde. Handelsvereinbarungen unter der Perspektive des Freihandels lassen es nicht zu, dass Elemente eingefügt werden, die dieser Ideologie nicht entsprechen. Das heißt, in solch einem Handelsabkommen wird man keine starken Arbeitsschutzrechte einbauen können, da solch ein Abkommen diese Rechte ablehnt. Oder anders ausgedrückt, es ist absurd zu glauben, du könntest in ein Freihandelsabkommen Handelshindernisse einbauen, denn sein Zweck ist es ja gerade, solche Hindernisse zu beseitigen. Daher ist es für mich absolut klar, dass es unmöglich sein wird zu erreichen, dass in so einem Abkommen festgeschrieben wird, die Arbeitsrechte müssen respektiert werden. Ganz davon zu schweigen, sie sollten aus der Perspektive der Menschenrechte gesehen werden und nicht nur des Handelsrechts.

Ich möchte dies mit einem Erlebnis noch etwas genauer erklären und hoffentlich gelingt es mir, es ganz

klar zu machen. Das US-amerikanische Arbeitsministerium hat uns vor einiger Zeit ein Interview gewährt. Es war ein gutes Interview, sehr korrekt, alles recht eindrucksvoll, Leute mit Einblick, wir haben viel dabei gelernt. Als wir das Arbeitsministerium der USA fragten: Welche Rolle spielen die Arbeitsrechte im Kapitel Arbeit des CAFTA-Vertrages, dem Kapitel, das ja dem Schutz der Arbeitsrechte dienen soll, wurde uns folgendes geantwortet: Bitte seien Sie sich dessen bewusst, dass in einem Freihandelsvertrag alle Vertragskapitel dem Schutz des Freihandels dienen und nichts anderem. Als wir nachfragten, was dies im Hinblick auf die Arbeitsrechte denn bedeute, erhielten wir die Antwort: Schutz der Arbeitsrechte, wenn also ein ausländisches Unternehmen, das in die USA exportiert, die Arbeitsrechte verletzt und der dortige Staat nicht versucht, dieses Unternehmen daran zu hindern, hat für uns eine ganz andere Bedeutung als für sie. Für uns bedeutet die Tatsache, dass die Arbeitsrechte verletzt werden, z. B. Sozialabgaben oder Überstunden nicht bezahlt werden, dass das Produkt, welches dieses Unternehmen herstellt, in den USA zu einem verzerrten Preis auf den Markt kommen wird. Das Produkt ist billiger geworden, weil Abgaben nicht gezahlt worden sind. Das Wichtige für uns ist, dass der Staat die Einhaltung der Arbeitsrechte garantiert, damit das Produkt korrekt auf den Markt kommt. Wenn der Staat das nicht garantiert, muss dieser verklagt werden, nicht das Unternehmen. Wir haben noch einmal gefragt: Was macht also das Kapitel Arbeit mit einem Unternehmen, wenn dieses die Rechte der Arbeiterinnen verletzt. Die Antwort war: Nichts, das müssen die nationalen Gesetze regeln. Das interessiert uns überhaupt nicht.

Ich finde das Ganze ausgezeichnet, denn es demonstriert phantastisch die Logik. Wenn man sich diese vor Augen führt, muss man erkennen, dass niemals von einem Freihandelsvertrag eine irgendwie geartete Einsicht zum Schutz der Arbeitsrechte erwarten kann, denn seiner Logik entspricht es, das Recht auf freien Handel zu schützen und nicht die Menschenrechte.

Außerdem haben sie uns noch ge-

sagt: Das Kapitel Arbeit ist nicht geschaffen worden, die Arbeitsrechte zu schützen, sondern das Dumping zu verhindern.

Eine andere Frage, die wir gestellt haben, war: Was passiert, wenn in einem Land der Schutz der Arbeitsrechte abnimmt, wenn z. B. das Recht der Arbeitnehmerinnen auf freie Wahl einer Gewerkschaft abgeschafft wird? Werden die USA dann etwas gegen das Absinken des Schutzes unternehmen, werden sie diesen Staat ermahnen? Die Antwort war: Nein, wir werden nur darauf achten, dass dann auch die Preise der Produkte sinken. Umgekehrt, beim Ansteigen des Schutzes müssen sie steigen, was nebenbei gesagt bewirkt, dass dieses Land Wett-

gibt es die. Man kann die Regierungen auf die Widersprüche, die darin stecken, festnageln. Aber man muss immer die unterschiedlichen Perspektiven vor Augen behalten.

*Beim Widerstand gegen das Assoziierungsabkommen, habt ihr da Kontakt zu Gruppen in Nachbarländern und gibt es Vernetzungen?*

Die Vernetzung ist ausgetrocknet. Wie soll ich es ausdrücken. Das Problem ist, dass es niemals vollständig ausbuchstabiert worden ist, was dieser Kampf für eine Bedeutung hat. Wir müssen uns nämlich eingestehen, dass die Zivilgesellschaft einen schweren Schlag erhalten hat (mit CAFTA). Wir haben in Guatemala verloren, in El Salvador, in Honduras, in Nicaragua

etwas stärker politisiert. NGOs und Gewerkschaften positionierten sich auf der einen Seite, aber es gab auch NGOs und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Dies war das Thema, Bloque Popular Centroamericano<sup>4</sup> gegen Initiative CID<sup>5</sup>. Und ich sage dabei bewusst gegen, denn es gab da Artikulationsprobleme und politische Differenzen. Dann waren da noch die politischen Parteien, die mit keiner der beiden Seiten zusammenarbeiten wollten. Außerdem noch Basisorganisationen, developmentpolitische Gruppen, Frauengruppen, die sich auch nicht integrierten.

Es war das gleiche Phänomen, wie wir es in Costa Rica bei dem Referendum erlebt haben. Es begann damit, dass wir, einige Entschlossene, anfangen etwas zu tun und es entstanden die so genannten Bürgerinnenkomitees, die niemandem gehorchen. Das waren Leute aus einem Stadtviertel, die sich gegenseitig stärkten, ein bisschen Propaganda machten, dazu aufriefen, am Referendum teilzunehmen. Das lief ganz spontan ab, niemand leitete sie. Es gab auch Komitees, die für die PAC<sup>6</sup> arbeiteten oder für andere Parteien, aber zwischen den Komitees gab es kaum Koordination. Es gab sogar Komitees von Anhängerinnen der PLN<sup>7</sup>, die gegen CAFTA waren. Alles sehr interessant, aber nachdem wir verloren hatten, fiel alles in sich zusammen und es blieb nichts übrig. Außer dem Bestreben einer Partei, die Komitees in Unterstützerinnengruppen umzufunktionieren. Auch gab es einige scheußliche Einzelpersonen, die versuchten sich als Repräsentantinnen der Bürgerinnenkomitees aufzuspielen, um damit Geld zu verdienen. Einige Bürgerinnenkomitees haben hinterher versucht, neue interessante Aufgaben zu finden, aber es hat nicht funktioniert. Wie man so sagt: der Pastor kehrte zur Messe zurück, der Freund zur Freundin, der Bürgermeister ins Rathaus und die Liberalen zurück zur PLN. Die Hegemonie der Parteien war nicht zu brechen.

Das Gleiche geschah auch in Zentralamerika.

*Noch einmal zu CAFTA und dem Referendum in Costa Rica im Oktober des letzten Jahres, von dem Du schon einiges berichtet hast. Was*



Omar Salazar auf einer Veranstaltung des Ökumenischen Büros, Februar 2008 in München

bewerbsfähigkeit einbüßen wird.

Hier können wir klar erkennen, welches Problem der Freihandel darstellt. Etwas, das im Laufe der Geschichte mit viel Blut erkämpft worden ist, Arbeitsrechte, Menschenrechte, ist nichts weiter mehr als eine Verzerrung bei der Preisbildung. Nur wenn man sich dies vor Augen führt, kann man die sozialen Bewegungen verstehen, wenn sie vor der strategischen Entscheidung stehen, sollen wir versuchen, auf die Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen mit Europa Einfluss zu nehmen oder das Abkommen ablehnen. Für beide Antworten gibt es Optionen. Niemand behauptet, man könnte in dem Kapitel Arbeit nicht doch Elemente zu finden, mit denen man arbeiten kann. Natürlich

und zum Schluss haben wir auch in Costa Rica verloren. Daraus ist die Bewegung stark geschwächt und uneinig hervorgegangen. Auch deshalb können die Regierungen sagen: Lass die nur reden, wir machen unsere Verhandlungen. So ist die Lage im Augenblick.

Bei den Kämpfen und Verhandlungen zu CAFTA, gab es viele Gruppen, die ihre spezifischen Stärken hatten. Aber es hat viel gekostet, bis diese Gruppen so weit waren, dass sie sich zu einem gemeinsamen zentral-amerikanischen Kampf bekennen konnten. Die Umweltschützerinnen standen hier, einige Wirtschaftswissenschaftlerinnen standen dort, die Vertreterinnen der Kleinbetriebe waren dagegen, die Zivilgesellschaft war

bedeutet solch eine knappe schmerzliche Niederlage für den Widerstand und speziell für ASEPROLA?

ASEPROLA hat sich bei seinen Geldgeberinnen um einige Mittel bemüht, um diese in das Referendum zu stecken. Wir haben uns politisch für das Nein entschieden. Auf unserer Website und gegenüber den Leuten haben wir das deutlich vertreten. Wir haben uns als Organisation entschieden. Die Einzelnen hatten aber die Möglichkeit, sich unabhängig davon frei zu entscheiden. Bei der Gegenseite war das nicht so.

Wir haben versucht zu erklären, wie wir das Nein unterstützen wollen: Mit Informationen über das Thema Arbeit, vorwiegend für Gewerkschaften und andere Gruppen, die damit Breitenwirkung erzeugen konnten. Wir erstellten Broschüren, Aufrufe und CDs, die wir anderen zur Mobilisierung zur Verfügung stellten. Wir haben viel dabei gelernt.

Heute, mit etwas kühlerem Kopf, möchte ich einiges dazu bemerken. Ich glaube, dass die Niederlage in Costa Rica stärker geschmerzt hat als irgendwo sonst in Zentralamerika. In den anderen Ländern konnten man sagen: Das war das Parlament, nachts um zwölf, um zwei Uhr morgens wurde es beschlossen, und wir waren nicht dabei. Aber in meinem Land gab es eine Volksabstimmung, die verloren ging (se llevó). Eine Abstimmung mit einer höheren Wahlbeteiligung als sie bei einer Präsidentschaftswahl üblich ist.

Das war großartig und eindrucksvoll. Aber es hat auch geschmerzt, denn wir haben verloren. Selbstverständlich waren wir auch darauf vorbereitet, dass man verlieren kann. Man muss sagen, dass uns, den sozialen Bewegungen, das Referendum misslungen ist, denn wir haben verloren.

Wir haben einen großen strategischen Fehler gemacht. Wir hatten damit gerechnet, dass die Zeit zwischen der Ankündigung des Referendums und dem Referendum selbst sehr lang sein würde. Mit sechs Monaten hatten wir gerechnet. Die Idee war, dass dann eine Zustimmung zu CAFTA nicht vor Februar (2008) möglich sein würde. Und das auch dann, wenn die andere Seite gewinnen sollte. Das war die

Strategie.

Natürlich hatten wir auch gehofft, in den sechs Monaten die Bevölkerung überzeugen zu können. Und wir haben ja auch fast gewonnen, aber fast ist nicht genug. Wir wussten vorher schon, dass wir Probleme mit den Medien haben würden, dass sie uns keinen Platz einräumen würden. Wir wussten von den Problemen, die wir mit den Arbeitgeberinnen haben würden, von dem Druck, den sie auf die Arbeitnehmerinnen ausüben würden. Das Problem war, dass das Referendum, so wie wir es wollten, nicht akzeptiert wurde. Denn schon vor der Entscheidung des Obersten Wahlgerichts schwenkte Präsident Óscar Arias um und entschied: Jawohl es wird ein Referendum geben. Und das fand dann nicht, wie von uns gewünscht, nach sechs, sondern schon nach drei Monaten statt. Damit wurde die Entscheidung zurückgeholt auf den Boden der traditionellen Politik. Zum Beispiel wurden jetzt in den drei verbleibenden Monaten Millionen Dollar für Werbung und Propaganda verbraucht. Zwei Wochen vor dem Referendum gab es noch eine Umfrage, die vorhersagte, dass das Ja nicht gewinnen werde. Von diesem Augenblick an erlebten wir das größte Bombardement mit Werbung, das es je bei uns gegeben hat. Von da ab begann auch der US-amerikanische Fernsehkanal CNN Interviews mit Leuten aus der Wirtschaft verschiedener Länder Lateinamerikas zu senden. Der Inhalt war ungefähr so: Vorsicht, in Costa Rica kann es passieren, dass das Nein gewinnt. Wir sind der Meinung, dies ist glatter Selbstmord. Überlegt es euch gut, Costaricaner und Costaricanerinnen, oder ihr werdet sterben. Außerdem ließ die US-Regierung die Nachricht verbreiten, dass im Falle eines Neins Costa Rica die Vergünstigungen der Initiative des Karibischen Beckens (CBI)<sup>8</sup> verlieren würde. Die Leute bekamen noch mehr Angst. Und da ist es unerheblich, dass das Weiße Haus schlicht gelogen hat. Wenn so etwas ein, zwei Tage vor der Wahl passiert, was geschieht dann? Die Halbentschlossenen stimmen mit Ja.

Vielen Dank Omar für das Interview.  
Interview und Übersetzung (ea)

- 1 ASEPROLA - Asociación Servicios de Promoción Laboral
- 2 DR-CAFTA Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement, Freihandelsvertrag zwischen der Dominikanischen Republik, Zentralamerika und den USA
- 3 „Nebenzimmer“ wurden schon bei CAFTA während der Verhandlungsrunden angeboten. Hiermit wurden Mitwirkungsmöglichkeiten für Gruppen der Zivilgesellschaft (Unternehmerinnen, Gewerkschaften, NROen) suggeriert, die sich aber in Wirklichkeit auf informelle Kontakte beschränkte.
- 4 Zusammenschluss der zentralamerikanischen Gruppen gegen ALCA und CAFTA. Die Mehrheit war der Meinung, dass nur eine strikte Ablehnung der Verträge möglich sei, d. h., sie lehnten jeglichen Versuch, die Verhandlungen positiv zu beeinflussen, ab.
- 5 Die Initiative CID (Iniciativa Mesoamericana Comercio, Integración & Desarrollo Sostenible) ist die bekannteste Gruppe, die in Abweichung von der Mehrheitsmeinung versuchte, Einfluss auf den Verhandlungsprozess auszuüben.
- 6 PAC - Partido Acción Ciudadana, die größte der Parteien, die sich gegen CAFTA stellten.
- 7 PLN - Partido Liberación Nacional, als Regierungspartei stärkste Befürworterin von CAFTA
- 8 CBI - Caribbean Basin Initiative, die Initiative

# Teure Pillen und wache BürgerInnen

Privatisierungstendenzen im Gesundheitswesen und soziales Engagement in El Salvador

Wer mit dem Bus ins Stadtzentrum von San Salvador fährt und durch das Fenster nach draußen blickt, dem werden kurz vor dem Park Cuscatlán die vielen Menschen auffallen, die täglich für ein rares Gut Schlange stehen. Doch es sind nicht die Waren der StraßenverkäuferInnen, auf die die Leute Stunde um Stunde warten. Hinter dem hohen Zaun, vor dem sich die Menge drängt, befindet sich eines der öffentlichen Krankenhäuser.

In den Einrichtungen der staatlichen Gesundheitsversorgung herrschen besorgniserregende Versorgungsengpässe bzw. -lücken. „Nie gibt es Medikamente für die Schilddrüse, mein Mann braucht aber diese Behandlung. So müssen wir sie uns außerhalb des Krankenhauses besorgen. Manchmal geben wir dafür bis zu 30 US-Dollar pro Monat aus“, kommentierte eine Frau am 7. April 2008 in der salvadorianischen Tageszeitung CoLatino die Situation.<sup>1</sup> Da es den öffentlichen Krankenhäusern an Medikamenten und medizinischem Material mangelt, wird die Finanzierung der Medikamente auf die PatientInnen abgeschoben, die jedoch in den meisten Fällen nicht über die nötigen ökonomischen Ressourcen verfügen. Auch die Personalsituation in den staatlichen Krankenhäusern ist besorgniserregend. Seit über einem Jahr wartet Angélica Gallardo auf eine Untersuchung im öffentlichen Krankenhaus Rosales und wird immer wieder vertröstet. Bis heute hat sie keinen Termin bekommen, obwohl sie an Bluthochdruck leidet und auf regelmäßige Kontrollen sowie spezielle Medikamente angewiesen ist.<sup>2</sup>

Am 27. Juli 2007 reichten zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen<sup>3</sup> beim Obersten Gerichtshof El Salvadors eine Klage gegen den Direktor des Salvadorianischen Sozialversicherungsinstituts ISSS<sup>4</sup>, Dr. Nelson Nolasco Perla, ein, wel-

che die Unterversorgung mit Medikamenten und medizinischen Betriebsmitteln anprangerte. In der Klage wurden elf Fälle dokumentiert, in denen sich das staatliche Gesundheitssystem als unfähig oder unwillig erwies, die entsprechende medizinische Versorgung (Medikamente, Klinikaufenthalt, Laboruntersuchungen) zu gewährleisten.<sup>5</sup> Laut Artikel 66 der salvadorianischen Verfassung ist der Staat aber dazu verpflichtet, die kostenlose Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung sicher zu stellen.<sup>6</sup>

## Privatisierungsideologie und sozialer Widerstand

Margarita Posada ist Mitglied und Koordinatorin des Aktionsnetzes für Gesundheit in El Salvador (APSAL<sup>7</sup>), und deshalb an der Klage gegen das Sozialversicherungsinstitut beteiligt. Sie beschreibt die Situation in den öffentlichen Krankenhäusern als unmenschlich: „Stellen Sie sich vor, in der Frauenklinik gibt es keine Medikamente für Chemotherapie. Es ist das einzige Krankenhaus, das auf Gynäkologie spezialisiert ist, das einzige im Land. Es ist eine öffentliche Klinik, doch der Kauf der Medikamente wird der Bevölkerung überlassen. Man kann nur sagen, dass es sich dabei um eine Form der Privatisierung handelt, weil es um private Ausgaben, aus der eigenen Tasche, geht. Jede Einheit der Chemotherapie kostet 200 US-Dollar und für eine Behandlung sind sieben Einheiten erforderlich. Es geht also um 1400 US-Dollar, und der Mindestlohn beläuft sich in der Stadt auf 175 US-Dollar im Monat, auf dem Land sind es 75.“<sup>8</sup>

Eduardo Espinoza, Direktor der staatlichen Universität (UES), erklärt das salvadorianische Gesundheitssystem als duales System, das durch öffentliche und private Gelder finanziert wird. Die staatlichen Aufgaben

teilen sich das salvadorianische Sozialversicherungsinstitut (ISSS) und das Ministerium für Gesundheit und Sozialwesen (MSPAS), wobei das ISSS für die 17 Prozent sozialversichert Beschäftigte zuständig ist und das Gesundheitsministerium die Versorgung für die Menschen ohne soziale Absicherung übernimmt. Der Etat, den das Gesundheitsministerium 2007 als Ausgaben für die Medikamentenversorgung zur Verfügung hat, beträgt 24 Millionen US-Dollar. Dem Sozialversicherungsinstitut wurden 40 Millionen US-Dollar bewilligt. „Das ist unlogisch“, meint Margarita Posada in Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der jeweils zu versorgenden Menschen eklatant auseinander klafft.<sup>9</sup>

Am 26. Oktober 2007 wurde ein neues Gesetz zur Bildung eines nationalen Gesundheitssystems<sup>10</sup> verabschiedet. Wie umstritten das Gesetz



Foto: Lydia Koblašky

Margarita Posada von der Organisation APSAL

war und ist, zeigt sich einerseits in der langen Verhandlungszeit (seit Juni 2006), andererseits an der starken Kritik der linken Oppositionspartei FMLN, die in dem Gesetzestext die Gefahr einer Privatisierung des Gesundheitswesens sieht,<sup>11</sup> obwohl es in Artikel 2 heißt, dass unabhängige Dienstleistungsangebote im nationalen Gesundheitssystem nur in Ausnahmefällen und mit zeitlicher Begrenzung integriert werden können.<sup>12</sup> Kritisiert wird hierbei von der FMLN, dass nicht klar benannt werde, wann die Ausnahmeregelung für private Leistungsangebote eintreffe und dass die zeitliche Begrenzung offen bleibe.<sup>13</sup>

Auch die Ärztevereinigung Colegio Médico sieht in diesen Formulierungen die Gefahr, dass die Ausnahme zur Regel gemacht und wegen des maroden Zustands des staatlichen Systems eine Integrierung der Gesundheitsversorgung in den kommerziellen Sektor als Allheilmittel verkauft werden soll.<sup>14</sup> Eine Abgeordnete der rechten Partei PCN widersprach der Befürchtung der FMLN und rechtfertigte die Nutzung des Privatsektors mit der Verbesserung der aktuellen Situation im Gesundheitsbereich zugunsten der Bevölkerung.<sup>15</sup> Vorwürfe gegen im Gesetz enthaltene Privatisierungstendenzen werden von der regierenden Partei ARENA als populistische Meinungsmache diskreditiert. Die Privatisierung der Gesundheit sei ein Gespenst, das nur in den Köpfe einiger Abgeordneter herumgeistere, die ein Interesse daran haben, das Land in Aufruhr zu versetzen, so Antonio Saca, amtierender Präsident von El Salvador.<sup>16</sup>

Konkrete Finanzierungsvorschläge für eine Verbesserung des salvadorianischen Gesundheitswesens fehlen. Angesichts des momentanen Medikamentennotstands wären diese allerdings dringend erforderlich. Doch nach den Berichten Margarita Posadas scheint die Tendenz eher in die Gegenrichtung zu gehen. 2007 wurde das Budget der Krankenhäuser im Vergleich zum Vorjahr um 36 Prozent gekürzt. Das entspricht 86 Millionen US-Dollar, die nun im Jahreshaushalt der Kliniken fehlen. Dies hat zum Beispiel zur Folge, dass mehr Medikamente aus privater Tasche bezahlt werden müssen, da sie im Kranken-

haus nicht vorhanden sind. Statt ein klares Modell mit eindeutigen Budgetquellen, Beträgen und Verteilungsprioritäten zu formulieren, legt das neue Gesetz nur einen minimalen Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts für den Gesundheitsbereich fest und lässt die weiteren Haushaltsausgaben offen, ohne sich auf verbindliche Finanzierungszusagen festzulegen.<sup>17</sup> Nach Angaben der internationalen Organisation Social Watch stiegen die Ausgaben im Gesundheitsbereich von 8,8 Prozent im Jahr 2001 auf elf Prozent im Jahr 2007 an. Von diesen elf Prozent mussten 7,3 Prozent von den PatientInnen selbst getragen werden, lediglich 3,7 Prozent wurden von der öffentlichen Hand finanziert.<sup>18</sup> Das Ungleichgewicht ist augenfällig. Zu den unzureichenden Investitionen im Gesundheitswesen gesellt sich ein Missmanagement der Finanzmittel, so die Ärztevereinigung Colegio Médico: 80 Prozent des Haushalts werden für den Bürokratieapparat verwendet, sechs Prozent fließen in das Regierungsprogramm FOSALUD<sup>19</sup> und nur sechs Prozent werden direkt in die Verbesserung des Gesundheitswesens investiert.<sup>20</sup> Die Unterfinanzierung erscheint vor dem Hintergrund des neuen Gesetzestextes auch deshalb problematisch, weil sie als Rechtfertigung für das Fehlschlagen und die Ineffizienz eines staatlichen Systems dienen und (Teil-) Privatisierungen legitimieren könnte.

*Markt- oder Grundrecht?  
„La salud es un derecho,  
no una mercancía.“*

Auch internationale Kreditinstitute wie Internationaler Währungsfonds, KfW, Weltbank etc. setzten sich im Rahmen der so genannten Strukturpassungsmaßnahmen in den 1980er Jahren global für marktwirtschaftliche Lösungen in der Gesundheitspolitik ein. Die Einführung von Gebühren sollte das Finanzloch langfristig stopfen und eine stabilere und breitere Gesundheitsversorgung garantieren. Diese Versprechungen erfüllten sich nicht. Globale Folgen von Privatisierung waren und sind der Ausschluss der armen und ärmsten Bevölkerungsschichten, die „freiwillige“ Zuzahlungen aus der eigenen Tasche nicht auf-

bringen können, wie das für El Salvador schon weiter oben illustriert wurde. Die Verschärfung der Aufspaltung des Gesundheitswesens in eine Klassenmedizin ist Realität, da sich profitorientierte Unternehmen auf zahlungskräftige KundInnen fokussieren und sich durch das Angebot spezialisierter, technisierter Medizindienstleistungen ein abgetrennter Versorgungsbereich entwickelt. Die flächendeckende und bedarfsorientierte Versorgung der Bevölkerung ist nicht durch die Gewinnmaxime des freien Wettbewerbs zu verwirklichen, sondern muss Aufgabe des Staates bleiben. Hinzu kommt, dass ein wachsender Privatsektor die Unterfinanzierung des öffentlichen Bereichs fördert. Denn sobald sich kommerzielle AnbieterInnen an der Gesundheitsversorgung beteiligen, werden staatliche Subventionen wegfallen, da sie sonst auf alle DienstleisterInnen, ob öffentlich oder privat, verteilt werden müssten.<sup>21</sup>

Effizienz- und Qualitätssteigerung werden von PrivatisierungsbefürworterInnen meist als Argumente für eine Kommerzialisierung bestimmter Bereiche angeführt. In der marktwirtschaftlichen Konkurrenzlogik soll der Wettbewerb der AnbieterInnen eine Senkung der Preise und eine Verbesserung der Qualität bewirken. Margarita Posada kann am Beispiel des Telekommunikationssektors El Salvadors von anderen Erfahrungen berichten: „Sie sagten, dass die Telefonkosten sinken würden, es gäbe eine Qualitätsverbesserung der TelefonanbieterInnen, weil es dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werde. Was ist passiert? Die Telefonkosten haben sich nach der Privatisierung um mehr als 400 Prozent erhöht und die Qualität ist schlecht. Es stimmt nicht, dass es Transparenz in der Lizenzvergabe, also im Wettbewerb zwischen verschiedenen Firmen um ein Angebot, gibt. Da herrscht Korruption. Um ein Beispiel aus dem Gesundheitsbereich zu nennen: Ein Abgeordneter der Regierungspartei koordiniert die Auftragsvergabe von Wachdiensten in Gesundheitseinrichtungen. Aber ihm gehört selbst eine Sicherheitsfirma.“ Margarita beschreibt die Privatisierung des salvadorianischen Gesundheitswesens wie

folgt: „Im Gesundheitsbereich unseres Landes geht es nicht um eine Privatisierung, die die Kompetenzen oder Staatsgüter an private AnbieterInnen abgibt, sondern um Konzessionen für private AkteurInnen, über die der Staat Dienstleistungen einkauft. Zum Beispiel wurden 1998 in der Sozialversicherung Konzessionen für die Wachdienste der Krankenhäuser vergeben. Das ist jetzt privat. Es werden Verträge mit privaten Unternehmen abgeschlossen und das Personal, das zuvor im Krankenhaus in diesem Arbeitsbereich tätig war, wurde ausgetauscht.“ 2002 sollten zwei Krankenhäuser<sup>22</sup> privatisiert werden. Im Zuge dessen wurden auch für das medizinische Personal die Verträge geändert, die nun nicht mehr dem gesetzlich festgelegten Lohnrecht und Arbeitsschutz für Staatsangestellte unterliegen. Mit jedem neu abgeschlossenen Vertrag können Arbeitsrechte gestrichen, gewerkschaftliche Organisation unterbunden, Gehälter gekürzt werden – ganz im Sinne profit- und effizienzorientierter Logik. Eine starke nationale Streikbewegung für die *Nichtprivatisierung des Gesundheitswesens*<sup>23</sup> setzte ein, die größte Bewegung seit dem Abschluss der Friedensverträge 1992. Mit großem Erfolg, denn die Privatisierung der beiden genannten Krankenhäuser konnte durch den massiven Widerstand der Bevölkerung und nicht-staatlicher Initiativen wie APSAL<sup>24</sup> verhindert werden. Das zivile Engagement erwirkte die Verabschiedung eines Dekrets, das Privatisierungsmaßnahmen verbot und eine staatliche Gesundheitsversorgung garantieren sollte.<sup>25</sup>

„No soy terrorista“:  
Die Allianz gegen die Privatisierung<sup>26</sup>

Der Zusammenschluss gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens ist kein Bündnis von Linken<sup>27</sup>, „die für alles auf die Straße gehen“, wie es Margarita Posada von APSAL in unserem Gespräch formulierte, sondern eine Bürgerinitiative, die ein breites politisches und soziales Spektrum abdeckt. „Der Sektor des öffentlichen Nahverkehrs, Bus- und Taxifahrer, Straßenverkäufer, Leute aus der evan-

gelischen und katholischen Kirche, Kaffeeplantagenbesitzer, Menschen, die traditionell eher rechtskonservativ eingestellt sind, deren Einzelinteressen jedoch durch das ökonomische Modell beschnitten wurden. Es ist wichtig, dass der Kampf nicht parteipolitisch geführt, sondern durch eine Agenda legitimiert wird, die auf dem Interesse der Bevölkerung und ihrem Recht auf Gesundheit basiert.“ Die Proteste von 2002 waren deshalb so wirkungsvoll, weil sie dezentralisiert stattfanden. Straßenblockaden, Landesgrenzen, Brücken, der Weg zum Flughafen wurden versperrt, die Polizei hatte keine Möglichkeit, auf diese Blockaden zu reagieren, da die Demonstrationen im ganzen Land stattfanden: „*Estamos en pie de lucha*“ – der Kampf geht weiter, ist Margaritas Leitspruch. Margarita Posada *lebt* den Kampf für die Rechte der Bevölkerung. In ihrem politischen Engagement bezieht sie Stellung gegen mächtige ökonomische Interessen wie die der Pharmaindustrie. Als sie sich 1999 gegen die Privatisierung des Labors zur Qualitätssicherung von Medikamenten einsetzte, wurde sie für zwei Tage entführt und erst auf (inter)nationalen Druck hin wieder freigelassen. „Ich sollte aufhören, lästig zu sein. Aber die Entführung ist auch das Schlimmste, was mir passiert ist.“ So macht sie weiter – lebt mit Entführungsdrohungen, der Kriminalisierung ihrer Arbeit als Störung der öffentlichen Ordnung und den Terrorismusvorwürfen. „Ehrlich gesagt beunruhigt mich das weder, noch wird es mich veranlassen, mein Versprechen aufzugeben. Was mich motiviert ist zu wissen, dass das Wenige, was die/der einzelne macht, das öffentliche Bewusstsein ermöglicht, aus dem die soziale Bewegung hervorgeht für den Kampf, für die Verteidigung der Rechte.“

*Die Autorin Lydia Koblofsky studiert Kulturwissenschaft in Marburg und war 2007 für fünf Monate in El Salvador.*

<sup>1</sup> <http://www.diaricolatino.com/es/20080407/nacionales/53761/>, <http://www.diaricolatino.com/es/20080407/nacionales/53761/> Stand 22.04.08.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Die Klage wurde vom Aktionsnetz für Gesundheit in El Salvador (Acción popular para la salud en El Salvador) und dem Zentrum für Verbraucherschutz (Centro para la Defensa del Consumidor CDC) eingereicht; Sie war Teil der Bürgerkampagne für das Recht auf Gesundheit (Campaña Ciudadana por el Derecho a la Salud); siehe dazu: <http://www.cdc.org.sv/noticias/News-2>. Stand 22.04.08.

<sup>4</sup> Instituto Salvadoreño del Seguro Social

<sup>5</sup> <http://www.cdc.org.sv/noticias/News-2>. Stand 22.04.08.

<sup>6</sup> Zitiert nach <http://www.diaricolatino.com/es/20080407/nacionales/53761/> Stand 22.04.08.

<sup>7</sup> APSAL - Alianza Ciudadana contra la privatización de la salud Bündnis gegen die Privatisierung der Gesundheit

<sup>8</sup> Alle Zitate von Margarita Posada sind einem von mir im Dezember 2007 in San Salvador geführten Interview entnommen und aus dem Spanischen übersetzt worden.

<sup>9</sup> Siehe dazu auch: Espinoza, Eduardo, (Übers. Proßer, Claudius): Modernisieren heißt privatisieren: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?artikel/1246.html> Nummer 339/340 - September/Oktober 2002, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?artikel/1246.html> Stand 22.04.08.

<sup>10</sup> Offizieller Gesetzestext: <http://www.csj.gob.sv/leyes.nsf/7f54566f9a705d386256d48006f5ade/fda39efb5c9ded45062573a70062fe6c?> Stand 22.04.08.

<sup>11</sup> siehe dazu auch: [http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7\\_20071029.asp](http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7_20071029.asp). Stand 22.04.08.

<sup>12</sup> »La participación de todos aquellos Independientes al Sistema en la provisión directa de los servicios de salud pública será siempre excepcional, limitándolos en el tiempo y no pudiendo sustituir bajo ninguna circunstancia al Estado. Los servicios independientes al SNS en la provisión directa de los servicios de salud pública será excepcional, con límite de tiempo.«

<sup>13</sup> [http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7\\_20071029.asp](http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7_20071029.asp)[http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7\\_20071029.asp](http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7_20071029.asp). Stand 22.04.08.

<sup>14</sup> [http://www.colegiomedico.org.sv/Detalles/Reformas/Reformas\\_33.html](http://www.colegiomedico.org.sv/Detalles/Reformas/Reformas_33.html)[http://www.colegiomedico.org.sv/Detalles/Reformas/Reformas\\_33.html](http://www.colegiomedico.org.sv/Detalles/Reformas/Reformas_33.html) Stand 22.04.08.

<sup>15</sup> [http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7\\_20071029.asp](http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7_20071029.asp)[http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7\\_20071029.asp](http://www.elfaro.net/secciones/Noticias/20071029/noticias7_20071029.asp) Stand 22.04.08.

<sup>16</sup> »La privatización de la salud es un fantasma que solamente está rondando la mente de algunos diputados que tienen interés en meterle ruido al país.« <http://www.elextranewspaper.com/news.php?nid=9392> Stand 22.04.08.

<sup>17</sup> <http://www.diaricolatino.com/es/20071119/nacionales/49345/><http://www.diaricolatino.com/es/20071119/nacionales/49345/> Stand 22.04.08.

<sup>18</sup> Angaben des salvadorianischen Finanzministeriums, zitiert nach „Social Watch. País por país – El Salvador, Informe 2007“. <http://www.socialwatch.org/es/informesNacionales/498.html>. Stand 22.04.08.

<sup>19</sup> FOSALUD wurde 2004 als Regierungsprogramm gegründet und soll die medizinische Basisversorgung verbessern, medizinische Kampagnen fördern etc.

<sup>20</sup> FESPAD, Políticas Públicas Hoy: "Ley de Creación del Sistema Nacional de Salud: Un nuevo impulso a la privatización de los servicios de salud"; Jahr II; Nummer 31; November 2007. <http://www.fespad.org.sv/portal/html/Archivos/Descargas/2008/PPHOY32.pdf>. Stand 22.04.08.

<sup>21</sup> Mosebach, Kai: Wettbewerb und Privatisierung; 2006; In: INKOTA-Brief 138: Gesundheit in Süd und Nord; Dez. 2006;

<sup>22</sup> Dabei handelte es sich um das Hospital Roble und das Hospital Amatepeque;

<sup>23</sup> No-privatización de la salud

<sup>24</sup> Bündnis gegen die Privatisierung der Gesundheit

<sup>25</sup> siehe dazu auch: Info-Blatt 58 des Ökumenischen Büros: Erste Erfolge für die Streikbewegung im salvadorianischen Gesundheitswesen; München Dezember 2002.

<sup>26</sup> „No soy terrorista“: La Alianza Contra La Privatización

<sup>27</sup> Izquierdistas

# Über das Theater, das wir machen

*Telón de Arena ist eine Theatergruppe aus Ciudad Juárez, Mexiko und trat mit den Stücken „Antigone“ und „Almas de Arena“ (Seelen aus Sand) in München auf. Nach dem letzten Auftritt baten wir die Gruppe um eine Darstellung ihrer Arbeit. Der Text wurde von Guadalupe de la Mora verfasst, die Übersetzung des spanischen Originals besorgte Eberhard Albrecht.*

Telón de Arena (Vorhang aus Sand) ist ein Bühnenkunstprojekt, das unter diesem Namen 2002 an der Nordgrenze Mexikos entstanden ist, genau gesagt in Ciudad Juárez, in der Provinz Chihuahua.

Zuallererst würden wir es als die gemeinsame Arbeit einer Gruppe von Personen mit fünfzehn bis zwanzig Jahren Berufserfahrung definieren, die sich zusammen gefunden haben, um Theater in einer Stadt und in einem Land zu machen, wo dies fast unmöglich ist und vielleicht gerade deswegen nötiger als alles andere.

„Theater mit Qualität machen“, „auf die beste Art und mit dem Herzen“, haben wir uns damals vorgenom-

Bühnenschauspiele zu fördern und aufzuführen. Dies geschieht durch Fortbildung, durch Beschaffung ausreichender Mittel, Schaffung der geeigneten technischen Voraussetzungen, durch Suchen von verschiedenen Spielräumen, Bindung an und Engagement in der Heimatgemeinde bei gleichzeitiger Schaffung eines Raumes für das Leben miteinander, Erholung und ästhetischen Genuss, wodurch die Werte des sozialen Zusammenlebens neu gegründet und der Aufbau einer sicheren und harmonischen Stadt positiv beeinflusst werden, damit sie in Zukunft zu einer Stadt werde, die kulturelle Beachtung auf internationaler Ebene erfährt.“ Was für eine Aufgabe.

Die juristische Gründung geschah in der Folge einer öffentlichen, landesweiten Ausschreibung mit dem Motto „Theater für Theatergemeinden“. Sie ging vom Nationalen Rat für Kultur und Kunst aus und erlaubte die Wiederbelebung der Bühnenstruktur der mexikanischen Sozialversicherung (neun Theater in der Provinz und 16 im Bundesbezirk

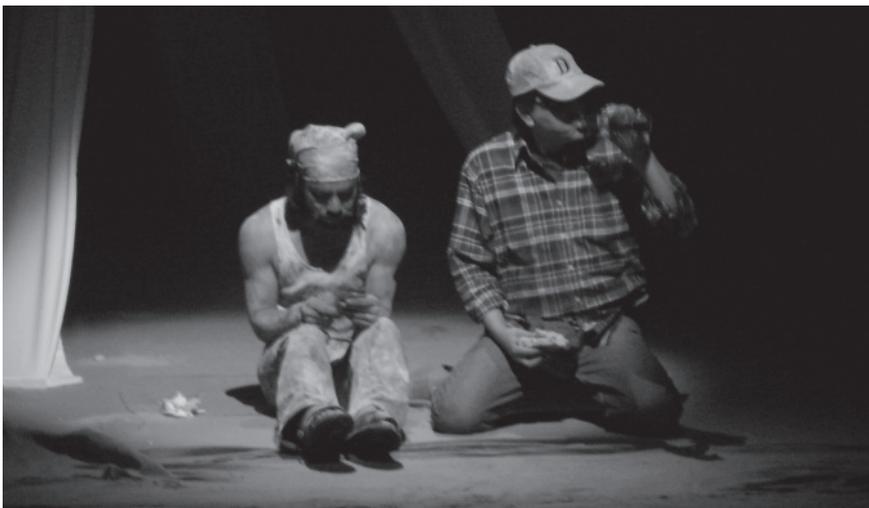
1996 in der juristischen Form der leihweisen Überlassung bewilligt wurde. Träger war ein Verein, in dem auch die meisten von uns von Telón de Arena seit seiner Gründung mitarbeiteten.

Diese Geschichte der leihweisen Überlassung ist Teil des nationalen Kulturgeschehens der letzten Jahre und erklärt zum Teil den Kurs von Telón de Arena als der Organisation, die dieses Theater von 2002 bis 2009 bespielen darf.

Die Bemühungen, die wir unternehmen, vollbringen unter unterschiedlichen Bedingungen auch etwa zehn andere Gruppen in verschiedenen Städten. In der Mehrzahl stellen sie sich dabei der Entwicklung langfristiger Kulturprojekte entgegen, unter anderem deshalb, weil sich gezeigt hat, dass die Instrumente zur Entwicklung dieses Programms von Anfang an in offenem Widerspruch zu ihren Zielen standen, nämlich „die Kontinuität von mittel- und langfristigen Projekten der Bühnenkunst anzuregen, die von der Gemeinde der Künstler\_innen des Landes, die eine eigene Sprache atmen, geschaffen wurden für ein treues Publikum und eine Theaterlandschaft mit einem eindeutigen künstlerischen Profil“, um so „die künstlerische und administrative Autonomie der Projekte“ zu unterstützen.

Anfangs beabsichtigte Telón de Arena, die Arbeit der vorhergehenden Gruppe fortzusetzen, indem ohne Unterbrechung weiterhin ein aktives Programm von qualitätsvollen Stücken angeboten wurde, das Ganze aber unter Verwendung neuer Organisations- und Verwaltungsstrukturen und vor allem zusätzlicher finanzieller Mittel. Doch schon nach kurzer Zeit sahen wir uns angesichts der beschriebenen Verhältnisse genötigt, Diskussionen und liegen gebliebene Aufgaben um die Themen Professionalisierung der Bühnenarbeit, Technik und Verwaltung wieder aufzunehmen. Auch die Bedingungen des Theaters, die Heranbildung eines Publikums und die Notwendigkeit, die gemachten Erfahrungen einzuordnen und zu bewerten, mussten bedacht werden. Wir mussten darüber nachdenken, was unsere Aufgabe war.

Wir mussten begreifen, dass diese



*Almas de Arena, Mai 2008, München*

men, als es darum ging, unser „Anliegen“ zu erklären, als wir unser Projekt anderen zur finanziellen Unterstützung angeboten haben: „Telón de Arena ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Anliegen es ist, qualitätsvolle

Mexiko-Stadt). Die Bühnen waren in vielen Fällen kaum genutzt oder sogar verfallen.

Diese Ausschreibung beinhaltete das Recht zur Nutzung eines Theaters in Ciudad Juárez, die erstmals im Jahr

Aspekte Teil des Projektes waren. Eines Projektes, das nicht unmittelbar mit der Erfüllung des anfänglichen Traums „Theater machen“ enden konnte, das sich nicht auf die Ausschreibung beschränken konnte.

Andererseits haben die Bedingungen der Stadt und unser Bestreben, uns mit unserer Gemeinde zu verbinden, dazu geführt, die Behandlung klar bestimmter sozialer Themen vorzuschlagen. Themen, von denen wir glauben, dass das Theater dazu nicht Wahrheiten beitragen soll, sondern einfach Überlegungen. Themen wie Rauschgifthandel, Migration, Frauenmorde, religiöser Fanatismus, Armut, die Doppelmoral einer korrupten Gesellschaft, Kinder ...

Telón de Arena betreibt das Projekt Theater der Nation (Teatro de la Nación) mit Mitteln des nationalen Fonds der Kultur und der Künste (Fondo Nacional para la Cultura y las Artes) und weiterer Unterstützung durch die Autonome Universität von Ciudad Juárez und mit Mitteln von Seiten des Staates und der Gemeinde.

Das Projekt hat auch aus dem Wettbewerb *Programa des nationalen Theaters für Schulen* (Programa Nacional de Teatro Escolar) Mittel erhalten, welches unter der Schirmherrschaft des Nationalen Instituts der Schönen Künste (Instituto Nacional de Bellas Artes) steht, ebenso aus dem Programm Unterstützung für die Gemeinde- und Gemeinschaftskultur (Programa de Apoyo a las Culturas Municipales y Comunitarias), vom Kulturinstitut der Provinz Chihuahua, aus dem Programm zur Entwicklung der Gemeindegkultur (Programa de Desarrollo Cultural Municipal) und neuerdings auch von der Stiftung des Unternehmervereins von Chihuahua (Fundación del Empresario Chihuahuense).

Dieser letzte Unterstützungsbeitrag ist einer der bedeutendsten für Telón de Arena und hat uns erlaubt, ein größeres Projekt in Angriff zu nehmen, das wir „Theater in deiner Stadt“ genannt haben. Außer der Einrichtung von Workshops für Jugendliche und ältere Erwachsene haben wir

vorgeschlagen, an der Herausbildung eines Publikums für das Theater zu arbeiten, indem wir unsere schöpferische Arbeit zu marginalisierten Gruppen bringen, die keinen Zugang zu diesen Aktivitäten haben, indem wir sie bei den Fahrtkosten unterstützen und sie unsere Vorstellungen kostenlos besuchen können. Wir machen auch Theateraufführungen an wechselnden Orten in der Nähe ihrer Gemeinden und Versammlungsorte. Das gemeinsame Ziel ist es, das Theater näher zu seinem Publikum zu bringen und die Zuschauer und Beteiligten in eine lehrreiche und schöpferische Erfahrung einzubinden, die sich gleichzeitig in einen Prozess des Lernens, der Unterhaltung und der Reflexion verwandelt.

Meiner Ansicht nach hat Telón de Arena sechs Jahre nach seiner Gründung sein kulturelles Projekt als soziale Verpflichtung angenommen, in klarem Bewusstsein dessen, was noch zu tun ist.

## Systematische Einschränkung des Spielraums

### Interview mit Vilma Núñez

(ea) Seit Monaten sind Meinungsumfragen in Nicaragua für die Regierung Ortega eine Katastrophe. Ende letzten Jahres zum Beispiel wurde bekannt, dass Daniel Ortega zu den unbeliebtesten Präsident\_innen auf dem amerikanischen Kontinent gehört. Unbeliebter als er waren nur noch George Bush und der damalige Präsident von Paraguay. Diese kritische Sicht teilt die Bevölkerungsmehrheit mit den Medien. Dass die rechte Zeitung La Prensa kein gutes Haar an Daniel Ortega lassen kann, war zu erwarten gewesen. Aber auch Zeitungen wie El Nuevo Diario und envío, die in den 1980er Jahren voll hinter der sandinistischen Regierung gestanden hatten, kritisieren die heutige Regierung der FSLN massiv. Ähnliche Töne sind von den Organisationen der Zivilgesellschaft zu hören. Die Kritik des Dachverbandes der Nichtregierungsorganisationen, Coordinadora Civil, ist ebenso hart wie die der Medien.

Besonders die Kritik aus den Reihen der Zivilgesellschaft interessiert uns, als wir im Januar dieses Jahres die Gelegenheit hatten, mit Vilma Núñez ein Gespräch zu führen. Vilma Núñez, die langjährige Präsidentin der nicaraguanischen Menschenrechtsorganisation CENIDH<sup>1</sup>, die sich selbst, wie viele andere Kritiker\_innen, weiterhin als Sandinistin sieht, kritisiert besonders die so genannten Bürger\_innenräte<sup>2</sup> CPC. Dieses Lieblingsprojekt von Rosario Murillo, der Vorsitzenden der Institution landesweit, ist für Vilma Núñez vor allem ein Instrument des Klientelismus und nicht der direkten Demokratie, wie die FSLN es darstellt. Denn diese Bürger\_innenräte sind das geworden, was Kritiker\_innen von Anfang an befürchtet hatten: eine Organisation, die nur FSLN-Anhänger\_innen offensteht und deren Organisation völlig undemokratisch von oben nach unten verläuft. Die Art und Weise, wie die Regierung Ortega den Widerstand des

Parlaments gegen die Organisation der Bürger\_innenräte umgangen hat, ist typisch für Daniel Ortega. Nachdem sich im Parlament eine deutliche Mehrheit dagegen gebildet hatte, die CPC von der lokalen bis zur nationalen Ebene mit weitreichenden Kompetenzen auszustatten, benutzte die FSLN einfach eine bestehende Organisation für ihre Zwecke.

Ein weiterer besorgniserregender Aspekt, der in dem Gespräch mit Vilma Núñez zur Sprache kam, ist der Pakt, der weiterhin zwischen FSLN und PLC besteht. Wie seit Jahren werden die Entscheidungen, die für die Nicaraguaner\_innen besonders wichtig sind, von Daniel Ortega und Arnoldo Alemán alleine entschieden.

*Foto: Uli Stelzner* Vor allem interessiert uns die Frage, was sich mit der Regierung Ortega für die sozialen Organisationen geändert hat. Vorher haben sie doch eigentlich recht ungestört arbeiten können. Mit der jetzigen Regierung Ortega aber hat

die Frauenbewegung zum Beispiel sehr große Probleme bekommen. Wie ist allgemein die Situation der Bewegungen zu beurteilen, vor allem der Bewegungen, die unabhängig von der FSLN sind?

Zuerst muss ich der Aussage widersprechen, dass wir unter den vorherigen Regierungen ruhig haben arbeiten können. So war es nicht. Es hat immer einen gewissen Grad von Ablehnung und Behinderungen gegeben. Vielleicht mit Ausnahme der Regierung von Violeta Chamorro. Aber mit der Regierung Arnaldo Alemán begannen die Behinderungen und Repressionen. Ich darf daran erinnern, dass sie mich beschuldigten, bewaffnete Gruppen anzuführen. Man reichte eine Klage gegen mich ein, die von der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen wurde. Außerdem gab es Morddrohungen, was CENIDH dazu zwang, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte um Schutz zu bitten. Und Arnaldo Alemán hat eine bemerkenswerte Kampagne der Verfolgung und Behinderung gegen die Frauenbewegung begonnen. So etwas hat es also eigentlich immer gegeben.

Von der Regierung Daniel Ortega mit ihrem spezifischen Stil des Zentralismus sind eine ganze Reihe von Fronten der Konfrontation eröffnet worden. Diese Regierung pflegt den Stil, mit jedem in Streit zu geraten: verbal werden die Journalist\_innen angegriffen, genauso wie die Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir werden herabgesetzt, indem wir als die Verteidiger\_innen der Oligarchie bezeichnet werden, als Agent\_innen des Imperialismus, des globalen Kapitalismus und des CIA. Solche Art Beleidigungen werden immer häufiger.

Zum Beispiel CENIDH: Wir haben immer die Politik verfolgt, direkte Kanäle der Kommunikation zu Regierungsvertreter\_innen aufrecht zu halten. Das hängt mit unserer Arbeit zusammen, denn in vielen konkreten Fällen sind wirklich sie es, die die Antworten geben müssen.

Alle diese Kommunikationskanäle sind uns abgeschnitten worden. Bei Fällen, die sich auf internationaler Ebene bewegen, müssten wir mit dem Außenministerium zusammenarbeiten, aber der Zugang dorthin ist ver-

schlossen. Unsere Arbeit wird nicht anerkannt, ja es wird versucht, sie zu zerstören. Aber bisher ist es noch nicht zu persönlichen Angriffen gekommen, bisher haben wir nur verbale Angriffe erdulden müssen. Die schärfsten Angriffe bisher waren die gegen die neun Frauen aus der Leitung der Organisation „Frauennetzwerk gegen die Gewalt“<sup>3</sup>. So sieht es im Augenblick aus.

*Das heißt, man könnte also sagen, physische Gewalt hat es bisher nicht gegeben?*

Richtig. Von Seiten des Staates hat es bisher keine physische Gewalt gegeben. Es ist aber ein System der Einschüchterung entwickelt worden, um die Kritik an der Regierung von Seiten unabhängiger sozialer Bewegungen zu verhindern. Außer gegen die schon erwähnten Frauen gibt es im Augenblick keine direkte persönliche Verfolgung. Es gibt aber so etwas wie Verfolgung gegen die Coordinadora Civil<sup>4</sup>. Diese Angriffe erfolgen zwar noch nicht auf Justizebene, aber sie sind sehr heftig und verfolgen das Ziel, die Organisation zu zerstören.

Sehr starke Angriffe hat es gegen die Journalist\_innen gegeben. Es gibt von Daniel keine Rede mehr, in der nicht die Journalist\_innen angegriffen. Ihnen gegenüber herrscht Feindseligkeit. Rosario Murillo, seine Ehefrau, die in der Regierung für den Kontakt mit der Öffentlichkeit verantwortlich ist, betreibt eine Art Politik der Nichtkommunikation, sie sieht es als ihre Aufgabe, die Regierung von der Öffentlichkeit zu isolieren. Sie hat die Informationsweitergabe an die Öffentlichkeit und die Kommunikation mit ihr vollständig zentralisiert. Nur der Sender Canal 4<sup>5</sup>, der ihnen gehört, überträgt direkte Informationen der Regierung. Diese Sendungen werden von den Sendern Canal 8 und Canal 100 % noticias übernommen. Alle anderen Medien sind total abgeschnitten. Weder die Zeitung La Prensa noch El Nuevo Diario erhalten Informationen. Einige Radios bekommen Informationen, aber keine direkten, sondern nur übernommene. In jeder Rede werden die Journalist\_innen in jeder nur vorstellbaren Form angegriffen, es geht so weit, dass sie als Kinder Goebbels bezeichnet werden.

Die Information wird komplett ge-

lenkt. Wir haben eine Regierung, die praktisch von der Außenwelt abgeschottet ist. Dazu ist noch ein weiterer sehr gefährlicher Prozess gegenüber den Organisationen der Zivilgesellschaft festzustellen. Man kann ihn mit Kooptation beschreiben. Es geht um den Versuch, bestimmte Personen für sich zu vereinnahmen, wobei darauf gezählt wird, dass wir schließlich alle Sandinist\_innen sind und dass uns manchmal unser Herz verrät. Was dies am besten verdeutlicht, ist der Fall von Ruth Selma Herrera. Sie hatte innerhalb der Frente Sandinista eine sehr kritische Position eingenommen. Zusammen mit anderen hatte sie die Verbraucher\_innenschutzorganisation Red nacional de defensa de los consumidores aufgebaut. Aber mit Näherrücken der Wahlen wurden Kontakte zu Daniel aufgenommen, etwas, was ich nicht für möglich gehalten hatte. Entsprechend groß war meine Überraschung, als ich erfuhr, dass sie die Leitung von ENACAL<sup>6</sup> übernommen hatte. Inzwischen ist ENACAL zu der Institution geworden und Ruth Selma zu der Person, die gegenüber den Arbeitnehmer\_innen die repressivste Haltung an den Tag legen. Viele werden entlassen, und das sind keine Führungskräfte, sondern einfache Arbeitnehmer\_innen. Sie werden unter dem Vorwand entlassen, überbezahlt zu sein. ENACAL ist die staatliche Institution, bei der es die meisten Entlassungen gegeben hat. Damit wird das Gesetz über den Öffentlichen Dienst verletzt, das den Arbeitsplatz garantiert.

*Welche Gründe stehen hinter diesen Entlassungen? Sind es politische?*

Bedauerlicherweise haben bisher alle nicaraguanischen Regierungen geglaubt, sie hätten das Recht zu Entlassungen. Alle haben das gemacht. Wenn sie an die Macht gekommen sind, glauben sie, die Regierung gehöre jetzt ihnen. Sie entlassen einige Arbeitnehmer\_innen und besetzen die Posten mit ihren Parteigänger\_innen. Wir hatten gehofft, mit der Frente würde das nicht passieren. Schon allein deshalb, weil Daniel in seinen Reden versprochen hatte, dass es keine Entlassungen geben werde und dass das Gesetz über den Öffentlichen

Dienst und die Arbeitsplatzgarantie respektiert werden würde. Es gibt zwar keine genauen Zahlen, aber Schätzungen, denen zufolge 8000 Staatsbedienstete entlassen wurden. Sie wurden durch verdiente Sandinist\_innen der Basis ersetzt.

Um das Thema, was aus den Organisationen der Zivilgesellschaft unter der Regierung Ortega werden wird, zu beenden, möchte ich noch eine Sache ansprechen. Daniel ist dabei, eine klientelistische Politik zu entwickeln. Mit seinem Verhalten versucht er, die Überzeugung zu verbreiten, er sei der einzige, der alle Probleme lösen kann. Ich spreche von all den Anstrengungen, die bisher unternommen wurden, um das zu organisieren, was zu dem Gesetz der Staatsbürgerlichen Teilnahme<sup>7</sup> gehört. All das, was mit der Reorganisation der Komitees zur Gemeindeentwicklung zu tun hat. Diese Komitees werden praktisch durch eine andere Organisationsform ersetzt, von der ich erzählen möchte. Was mich an der Sache vor allen Dingen sehr stark beunruhigt, ist der negative Einfluss, den diese Entwicklung auf die Leute hat. Der Rückzug der Menschen ins Private ist nicht zufällig. Er ist Ergebnis dessen, dass sie das Gefühl verlieren, Subjekte des Rechts zu sein, ein Gefühl, das wir geholfen haben, bei ihnen zu entwickeln. Augenblicklich entwickeln sie sich zu Objekten von Begünstigungen, die dieser gute Präsident ihnen gewährt. Ja, aus Subjekten des Rechts werden Objekte von Begünstigungen oder von Pfründen.

Das wird sehr negative Konsequenzen für die sozialen Bewegungen haben. Es wird sich auswirken auf den Charakter der Organisationen. Eine der heftigsten Auseinandersetzungen mit Daniel und seiner Regierung betraf die Organisation der Bürger\_innenräte. Ich bin der Meinung, dass jede politische Partei jedes Recht hat, ihre Partei zu organisieren. Dieses Recht hat auch die Frente Sandinista. Wozu sie aber kein Recht hat, ist, Strukturen aus ihren Parteianhänger\_innen zu organisieren, um sie dazu zu benutzen, mit ihnen staatliche Strukturen zu ersetzen. Verständlicherweise hat dieses Ansinnen Widerstand hervorgerufen, bei den Leuten und in der Nationalversamm-

lung. Die Nationalversammlung hat den Bürger\_innenräten die Funktionen beschnitten und klargestellt, dass sie keine wirkliche Macht haben. Da hat die Regierung einfach das Gesetz geändert, das die Funktionsweise des Nationalen Planungsrats für Wirtschaft und Soziales (CONPES)<sup>8</sup> regelt. Dieser Rat ist eine Errungenschaft der Verfassungsänderungen von 1995. In erster Linie wurde Rosario (Murillo) zur Generalsekretärin dieser Institution gemacht. Außerdem wurden die Bürger\_innenräte in den CONPES integriert. Man kann es auch anders ausdrücken: die Bürger\_innenräte haben einfach den CONPES übernommen.

*Durch unsere Verbindung mit Matagalpa wissen wir, dass das Movimiento Comunal auch im CONPES vertreten ist.*

Ja, das Gesetz besagt, dass alle Organisationen im CONPES vertreten sein müssen. Aber Daniel ist der Präsident und beruft die Mitglieder von CONPES, so will es das Gesetz: Also beruft er nur Mitglieder des Bürger\_innenrates. Deshalb sage ich, CONPES wurde übernommen.

*Hat sich CENIDH in dieser Angelegenheit engagiert?*

Wir haben CONPES nie angehört. Was ich in diesem Zusammenhang vor allem unterstreichen möchte, ist, dass wir das Vertrauen in die Gesetze verlieren. In Nicaragua gibt es keine unabhängige Justiz, dies ist ein Ergebnis des Paktes mit Arnoldo Alemán. Pakt heißt unter anderem: die Gremien der Justiz sind geteilt, die eine Hälfte für Daniel, die andere für die Liberalen. Pakte richten sich immer gegen das Gesetz.

Was ich sagen will: der Pakt dauert an. Ihr könnt vielleicht unser Schamgefühl nachempfinden, als wir erfuhren, dass Ortega Alemán als Staatsgast zur Amtseinführung eingeladen hatte. Das ist mangelnder Respekt gegenüber allen Präsident\_innen und gegenüber dem Volk. Später gab es in Managua ein Treffen internationaler und regionaler Gerichtshöfe aus der ganzen Welt<sup>9</sup>. Groß war unser Erschrecken, als bekannt wurde, dass auch Alemán zu den Eingeladenen gehörte. Niemand hätte das bemerkt, wenn er nicht von Daniel in seiner Rede erwähnt worden wäre: „Unter

uns ist heute auch der Expräsident Arnoldo Alemán.“ Alemán ist ja niemals ein normaler Häftling gewesen. Sein „Hausarrest“<sup>10</sup> war auf Managua ausgedehnt worden. Nachdem Daniel das Amt übernommen hatte, wurde der „Hausarrest“ auf das ganze Land ausgedehnt, d. h., er kann im Land praktisch tun, was er will, z. B. Wahlkampf.

Dann, im vergangenen Dezember (2007), gab es eine Krise innerhalb des Paktes und Daniel befahl den Richtern des Obersten Gerichtshofes, das ursprüngliche Urteil wieder in Kraft zu setzen. Damit schickte er Alemán in sein Haus zurück. Später erreichte Daniel, was er gewollt hatte, nämlich, dass der Oberste Gerichtshof einige Gesetze aufhebt bzw. ändert. Es ging um das Gesetz, das die Institution SISEP<sup>11</sup> geschaffen hatte. Damals mit SISEP ging es um die Zusammenfassung der öffentlichen Versorgungsbetriebe wie Strom, Wasser usw.

*Das war doch unter Bolaños, dieses Rahmengesetz<sup>12</sup>?*

Ja genau. Der Oberste Gerichtshof erklärte nun dieses Rahmengesetz für verfassungswidrig und hob die damit verbundenen Gesetze auf. Mit einer kleinen Einschränkung: die inzwischen erfolgten Ernennungen bleiben davon unberührt. Die mit dem Rahmengesetz verbundene Verfassungsreform hatte festgelegt, dass Minister\_innen, Botschafter\_innen usw. nur mit Zustimmung der Nationalversammlung ernannt werden können. Nun hat der Oberste Gerichtshof entschieden, das sei verfassungswidrig, aber die, die schon ernannt wurden, werden nicht angefasst. Da dies aber alles nur ein Handel mit Alemán war, wurde dem anschließend wieder die volle Bewegungsfreiheit in ganz Nicaragua gewährt. (...)

Praktisch setzt Daniel die neo-liberale Politik der Vorgängerregierungen fort. Der erste Haushalt stammte noch von Bolaños. Das Schlimmste an diesem Haushalt war, dass darin hohe Mittel vorgesehen waren für die Bezahlung der internen Staatsschulden. Das heißt, damit werden die Bankiers bezahlt, die sich nach dem Zusammenbruch der Banken<sup>13</sup> an den Staatspapieren bereichert haben.

Das erste, was Ortega nach seiner Amtsübernahme gemacht hat, war, sich mit Bankiers und internationalen Investor\_innen zu treffen. Am fünften Tag seiner Präsidentschaft weihte er eine Maquila ein, die mit US-amerikanischem Geld gebaut worden war. Wie gesagt, die neoliberale Politik setzt sich fort. (...)

- 1 CENIDH - Centro Nicaragüense de Derechos Humanos, nicaraguanisches Menschenrechtszentrum
- 2 CPC - Consejos del poder ciudadano
- 3 Neun Führungskräfte der Organisation „Red de Mujeres contra la violencia“ sind von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden, weil sie sich im Jahr 2002 dafür eingesetzt hatten, dass ein neunjähriges Mädchen abtreiben konnte.
- 4 Coordinadora Civil ist die landesweite nicaraguanische Dachorganisation verschiedener sozialer Bewegungen wie z. B. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Bauern- und Bäuerinnenverbänden.
- 5 Canal 4 ist ein privater Fernseh- und Rundfunksender, der die Regierung Daniel Ortega unterstützt. Privat heißt, es steht sandinistisches Geld dahinter. Canal 8 und Canal 100 % noticias sind weitere private Sender, letzterer ist ein reiner Nachrichtensender.
- 6 ENACAL - Empresa Nicaragüense de Acueductos y Alcantarillado Sanitario ist das staatliche nicaraguanische Unternehmen für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.
- 7 Ende 2003 war das Gesetz der Staatsbürgerlichen Teilnahme (Ley 475, Ley de Participación Ciudadana) verabschiedet worden. Es ist die rechtliche Grundlage der seither existierenden Komitees zur Gemeindeentwicklung (Comités de Desarrollo Municipal), die die Basis des Nationalen Planungsrats für Wirtschaft und Soziales (CONPES) (Consejo Nacional de Planificación, Económica y Social) bilden.
- 8 CONPES - Consejo Nacional de Planificación Económica y Social
- 9 Am 4. und 5. Oktober 2007, anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Zentralamerikanischen Gerichtshofes
- 10 Regimen de Convivencia familiar
- 11 SISEP - Superintendencia de Servicios Públicos - Diese Institution aus der Zeit von Präsident Bolaños ist ein Kind des Paktes. Ihr einziger Zweck war es, einigen Liberalen gut dotierte Posten zu verschaffen.
- 12 Ley Marco - Mit diesem Gesetzesvorhaben, das die Kompetenzen des Präsidenten einschränken sollte, hatten die beiden Pakt-Partner Bolaños geärgert. Nachdem Ortega jetzt selbst Präsident ist, steht er dem Gesetz nicht mehr so positiv gegenüber.
- 13 Im Jahr 2000 brachen vier Banken zusammen.

## Notes from Nowhere wir sind überall weltweit. unwiderstehlich. antikapitalistisch



Nautilus

**Ein Muss für alle, die nicht an »Alternativlosigkeit« glauben und diesen Zweifel praktisch bestätigt sehen wollen. Subjektive Berichte, praktische Tipps und zusammenführende Analysen machen dieses Buch zu einer alternativen Weltreise. Es ist eine Protestchronik gegen die »neue Weltordnung«, die Globalisierung des Marktes. Seine bestechenden Argumente sind Humor, Fantasie, Hartnäckigkeit und eine gute Portion Mut. Ein Pflasterstein gegen den Zynismus und ein beeindruckendes Dokument der Zivilcourage.**

**»Es ist das erste Buch, das die sprudelnde Kreativität und das radikale Denken der weltweiten Protestbewegungen wahrhaftig einfängt und darstellt.«  
Naomi Klein**

www.edition-nautilus.de

ISBN 978-3-89401-536-7

19,90 Euro

## INKOTA-Brief Die Nord-Süd-Zeitschrift aus Berlin



Nummer 144 – Juni 2008

### Landwirtschaft global

#### Der Kampf um Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit

- Ernährungssouveränität statt Konzerninteressen
- Der Irrweg der Agrokraftstoffe
- Biosprit macht Hunger - eine neue INKOTA-Kampagne
- Agrarkolonialismus in Afrika
- Landwirtschaft und Klimawandel
- Brasilien: Auf der Suche nach einer neuen Agrarreform
- Eine Gender-Perspektive auf die globale Landwirtschaft

Es schreiben u.a. Bernhard Walter, Pia Eberhardt, Timo Kaphengst, Uwe Hoering, Helen Rupp und Hanns Wienold

Aktuelle Ausgabe (48 Seiten): 3,50 Euro zzgl. Versand  
Abo (4 x pro Jahr): 14 Euro inkl. Versand  
Den Schwerpunkt "Landwirtschaft global" gibt es auch als eigenständiges INKOTA-Dossier 2, 28 Seiten, 2,50 Euro  
Jeweils ab 5 Ex. 20%, ab 10 Ex. 30% Rabatt

#### INKOTA-netzwerk e.V.

Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin  
Tel.: 030-42 89 111, Fax: 030-42 89 112  
E-Mail: inkota-brief@inkota.de  
Web: www.inkota.de

## Mit dem Flugdienst

des  
Ökumenischen Büros  
rund um die Welt

Flüge innerhalb Europas, nach Asien,  
Afrika und natürlich nach Zentral-  
und Südamerika

Sonder- und STA-StudentInnen tarife,  
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Tickethinterlegungen, **Pauschal- und Last**

**Minute** Reisen mit oder ohne Hotel,  
Reiseversicherungen  
und  
Mietwagen ...

Flugdienst im Internet

**www.oeku-buero.de/flug**

Onlinebuchung für  
Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen

**Internetsondertarife** von Lufthansa und  
anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen und  
Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen  
und, und, und...

Einfach mal reinschauen,  
anrufen, anfaxen oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62

Email: flug@oeku-buero.de